



Stadtratssitzung

Donnerstag, 10. September 2009, 13.30, 17.00 und 20.40 Uhr

Hotel-Restaurant „Jardin“ und ab 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Produktgruppen-Budget 2010 (Abstimmungsbotschaft) (vgl. Ablaufplan auf der Rückseite) (FD: Omar / FPI: Hayoz)	09.000092
2. Dringliche Motion Fraktion SVPplus (Ueli Jaisli/Manfred Blaser, SVP): Ein- heitliches Schulmodell Manuel 3a als integratives Modell in der Stadt Bern einführen (BSS: Olibet)	09.000215
3. Kleine Anfrage Manfred Blaser (SVP): Unser Bernerbär gehört auf jedes Fahrzeug von BernMobil (TVS: Rytz)	09.000261

Inhaltsverzeichnis	Seite
Protokoll Nr. 25	1329
Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 15.30 Uhr	1330
1 Produktgruppen-Budget 2010 (Abstimmungsbotschaft)	1331
Gemeinde und Behörden	1348
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.10 Uhr	1349
1 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2010 (Abstimmungsbotschaft)	1350
Präsidialdirektion	1356
Präsenzliste der Sitzung 20.40 bis 23.00 Uhr	1371
1 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2010 (Abstimmungsbotschaft)	1372
Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie	1384
Eingänge	1393

Präsenzliste der Sitzung 13.30 bis 15.30 Uhr

Vorsitzend

Präsident Ueli Haudenschild

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Cristina Anliker-Mansour
Rania Bahnan Buechi
Vinzencz Bartlome
Giovanna Battagliero
Thomas Begert
Kathrin Bertschy
Henri-Charles Beuchat
Lea Bill
Manfred Blaser
Conradin Conzetti
Bernhard Eicher
Regula Fischer
Jan Flückiger
Urs Frieden
Rudolf Friedli
Jacqueline Gafner Wasem
Thomas Göttin
Guglielmo Grossi
Beat Gubser
Erich J. Hess

Kurt Hirsbrunner
Jimmy Hofer
Natalie Imboden
Mario Imhof
Stefan Jordi
Dannie Jost
Ruedi Keller
Michael Köpfli
Vania Kohli
Peter Künzler
Lea Kusano
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniela Lutz-Beck
Ursula Marti
Corinne Mathieu
Claudia Meier
Christine Michel
Patrizia Mordini
Philippe Müller
Nadia Omar
Stéphanie Penher

Pascal Rub
Rahel Ruch
Hasim Sancar
Emine Sariaslan
Martin Schneider
Rolf Schuler
Miriam Schwarz
Tanja Sollberger
Hasim Sönmez
Barbara Streit-Stettler
Luzius Theiler
Gisela Vollmer
Nicola von Greyerz
Tanja Walliser
Peter Wasserfallen
Béatrice Wertli
Thomas Weil
Manuel C. Widmer
Rolf Zbinden
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist

Entschuldigt

Peter Bühler
Rithy Chheng
Dolores Dana
Susanne Elsener
Tania Espinoza

Simon Glauser
Claude Grosjean
Leyla Gül
Ueli Jaisli
Daniel Klauser

Robert Meyer
Martin Trachsel
Aline Trede
Markus Wyss

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
Barbara Hayoz FPI

Reto Nause SUE
Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Annina Jegher, Ratssekretärin
Simone Bonjour, Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
Hanni Reut, Telefondienst

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann

1 Produktegruppen-Budget 2010 (Abstimmungsbotschaft)

Geschäftsnummer 09 000092 / 09/255

Gemeinderatsantrag

1. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung mit den Produktegruppen-Budgets für das Jahr 2010, der bei Aufwendungen und Erträgen von je Fr. 1 027 543 314.07 ausgeglichen ist, wird den Stimmberechtigten zur Annahme empfohlen mit folgenden Festlegungen:
 - die **Steueranlage** beläuft sich weiterhin auf das **1,54-fache** (unverändert) der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze,
 - die **Liegenschaftssteuer** beträgt wie bisher **1,5 Promille** des amtlichen Werts,
 - die **Hundetaxe** je Hund und Jahr beträgt unverändert **Fr. 100.00**.
2. Der Stadtrat genehmigt das Produktegruppen-Budget 2010 mit den Globalkrediten pro Dienststelle, den übergeordneten Zielen und den Steuerungsvorgaben.
3. Er bereinigt und genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.

Bern, 17. Juni 2009

Sämtliche Beschlüsse zum Produktegruppen-Budget 2010 erfolgen unter Namensaufruf. Die Namenslisten zu den Abstimmungen finden sich im Anhang.

Nadia Omar (GFL) für die Finanzdelegation: Im Namen der Finanzdelegation mache ich die Gesamtwürdigung des Produktegruppen-Budgets 2010 der Stadt Bern. Das Budget besteht aus vielen Zahlen. Ich möchte mich auf fünf Zahlen (abgesehen von den Jahreszahlen) beschränken und mehr Gewicht auf die Inhalte legen. Der Gemeinderat legt dem Stadtrat ein Produktegruppen-Budget 2010 über Fr. 1'027'534'314.07 vor. Die Steuermehreinnahmen und der Leistungsausbau werden sich 2010 im Lot halten. Das Budget ist ausgeglichen. Der Gemeinderat beantragt die gleiche Steueranlage, die gleiche Liegenschaftssteuer und die gleiche Hundetaxe wie 2009. Änderungen in der Steueranlage sind laut Gemeindegesetz erst möglich, wenn der Bilanzfehlbetrag – unsere Schulden beim Kanton – abgetragen sind. Bis 2011 werden Rückzahlungen an den Kanton (Abschreibungen) auf den altrechtlichen Bilanzfehlbetrag durch jährliche ausserordentliche Gewinnablieferungen der ewb finanziert werden. Zudem werden allfällige Überschüsse der Rechnung in den Schuldenabbau gesteckt. Ende 2011 wird der altrechtliche Bilanzfehlbetrag voraussichtlich noch 23 Mio. betragen. Die kantonal vorgegebene Rückzahlungsfrist bis 2017 wird von der Stadt eingehalten werden können. Das Budget zeigt eine Zunahme im Vergleich zum Vorjahr von 4% und überschreitet zum ersten Mal die Milliardengrenze. Die grossen Ausgabenzunahmen nach Sacharten sind Zunahmen bei den eigenen Beiträgen, d.h. an städtische Institutionen, und steigende Personalkosten (Teuerung und neue Stellen). Die direkte Selbstfinanzierung der Stadt beträgt 70%, und der Bruttoverschuldungsanteil sinkt im Gegensatz zum Vorjahr. Das Fazit ist: Die Stadt steht gut da. Aber: Der Ausblick ist eher düster. Im IAFP finden sich von 2011 bis 2013 Neuverschuldungen von durchschnittlich 20 Mio. pro Jahr, wenn keine Gegenmassnahmen getroffen werden. Wir erwarten vom Gemeinderat einen grossen Effort, damit auch das Budget 2011 ausgeglichen sein wird. Die Finanzdelegation stellt keine konkreten Sparanträge. Sie hat das Alternativbudget der FDP nicht behandelt. Das Alternativbudget wurde von niemandem vertreten. Im parlamentarischen System müssen Anträge persönlich vertreten werden. Es reicht nicht, wenn sie nur schriftlich eingereicht werden. Im Weiteren hat die Finanzdelegation die

einzelnen Direktionen und deren budgetäre Veränderungen diskutiert. Hier das Wichtigste in Kürze:

- Bei der PRD zeigt sich eine Steigerung durch die Beiträge bei den Kulturförderungen und durch den Umzug der Statistikdienste in den Erlacherhof.
- Bei der SUE verursachen einige neu geschaffene Stellen, Beiträge an die öffentliche Energieberatung, der Umzug der Feuerwehr und der Betrieb des Bärenparks eine Steigerung.
- Bei der BSS steigen insbesondere die Kosten für die Sozialarbeit und die Personalkosten.
- Bei der TVS steigert sich das Budget durch Folgekosten, durch Neubauten, durch die Rohstoffteuerung und durch viele grosse Bauprojekte.
- Bei der FSU gibt es beim Personalrechtsdienst neue Stellen und eine Aufstockung bei der Telefonzentrale.

Die Finanzdelegation hat auch die Anträge der Kommissionen diskutiert. Selbstkritisch ist zu bemerken, dass kein Antrag finanzrelevant ist. Dafür sind die Diskussionen relativ lang ausgefallen. Die Finanzdelegation ist ein sehr gutes Instrument, um sich eine Übersicht über das ganze Budget zu verschaffen. Es wäre auch ein gutes Gremium, um die Grundsatzanträge der Opposition gegen das Budget zu diskutieren. Anträge müssten aber rechtzeitig eingereicht und persönlich vertreten werden. Ich danke der zuständigen Direktorin für ihre kompetenten Auskünfte. Mein persönlicher Dank gilt auch Hans Arni für die gute Unterstützung bei der Vorbereitung meiner Gesamtwürdigung.

Die Finanzdelegation empfiehlt dem Stadtrat das Budget einstimmig zur Annahme. Dasselbe gilt für die Abstimmungsbotschaft und den Antrag des Gemeinderats betreffend Steueranlage. Die Finanzdelegation lehnt hingegen den Antrag FDP mit einer Gegenstimme ab. Sie empfiehlt dem Stadtrat alle Kommissionsanträge zur Annahme.

Ich erlaube mir noch eine persönliche Bemerkung: Ich würde einen Runden Tisch mit den Fraktionspräsidien und dem Gemeinderat zum Thema „Zukunft der städtischen Finanzen“ sehr begrüßen. Der heutige Prozess ist nicht sehr befruchtend. In den letzten fünf Jahren war immer die eine Seite, teilweise mit Scheuklappen, für das Budget, die andere Seite dagegen, mit teilweise unrealistischen, von Trotz strotzenden Anträgen. Ein Runder Tisch, ohne Tabus, an dem offen über Einnahmen und Ausgaben und auch über die Steuerbelastung diskutiert werden könnte, könnte aus diesem Trott befreien und die voraussichtlichen Defizite der nächsten Jahre verhindern helfen.

Fraktionserklärungen

Hasim Sancar (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Fraktion Grünes Bündnis/Junge Alternative dankt den Angestellten der Verwaltung und den Kommissionsmitgliedern ganz herzlich für die Vorbereitungsarbeit des Produktegruppen-Budgets 2010. Das Budget 2010 überschreitet das erste Mal die Grenze von einer Milliarde mit ausgeglichenem Aufwand und Ertrag. Dies ist – trotz abnehmender Einnahmen von juristischen Personen – dank steigendem Ertrag von natürlichen Personen möglich. Die Strategie der Wohnbauförderung und der Stadterweiterung trägt ihre Früchte, worüber wir uns freuen. Auch das Rating von Moody's gibt dem Stadtberner Budget dieses Jahr wiederum eine gute Note. Wir haben viel erreicht: Brunnen und der Bahnhofplatz sind da. Tram Bern-West, Breitenrainplatz, Tram Ostermundigen usw. kommen noch dazu. Kopfschmerzen bereitet uns natürlich der Feuerwehrstützpunkt. Obwohl aufgrund der höheren Steuereinnahmen in den Jahren 2007-2009 der Beitrag für den Finanzausgleich nochmals mit 2,6 Mio. Franken auf 31,5 Millionen steigt, bleiben die Abgeltungen der Zentrumslasten unverändert auf 32,1 Millionen Franken, was wir stossend finden. Einmal mehr bezahlen die Einwohner der Stadt Bern für die anderen Gemeinden – ein guter Grund neue Grenzverläufe im Sinne einer Regionalpolitik zu diskutieren. ewb legt weiterhin goldene Eier.

Vielleicht verstehen die Bürgerlichen nun endlich, dass es richtig war, ewb voll in der Hand der Stadt Bern zu behalten. Mit der ausserordentlichen Gewinnablieferung von ewb ist sogar eine weitere Abschreibung des Bilanzfehlbetrags von 25 Millionen vorgesehen, und die Steueranlage bleibt unverändert bei 1,54. Damit fällt der Bilanzfehlbetrag bis Ende 2010 unter 50 Millionen. Dies trotz Mehrkosten für den Leistungsausbau von 20 Millionen Franken. Das ist ein wohltuendes Ergebnis in Zeiten wirtschaftlicher Tiefgänge. Wir sehen das ausgeglichene Budget und die Abschreibung der Schulden daher positiv. Eine Steuerreduktion, wie die Partei der Finanzdirektorin oder andere Parteien es gerne hätten, finden wir zur jetzigen Zeit indes völlig fehl am Platz. Es ist nicht der Moment mit Steuersenkungen Reiche reicher zu machen. Die Stadt muss hingegen mit Sondermassnahmen sinnvoll in Soziales, Ökologie und Arbeitsplätze für Jugendliche investieren. Die Fraktion Grünes Bündnis/Junge Alternative begrüsst die Investitionen für 80 neue Kinderbetreuungsplätze. Neben dem kontinuierlichen quantitativen Ausbau muss aber auch die Betreuungsqualität gewährleistet sein, die unter Druck gekommen ist. Zwischen 1997 und 2006 wurden in städtischen Kitas die Plätze von 300 auf 408 ausgebaut; hingegen stagnierten die Stellen beim Fachpersonal. Deshalb fordern wir mehr qualifiziertes Personal pro Betreuungsplatz. Dies würde uns 487'000 Franken kosten, würde aber die Betreuungsqualität verbessern. Wir können und sollen eine hoch stehende Qualität gewährleisten. Autofreie Sonntage sollten in Bern die Luft und das Klima verbessern und neue Mobilitätsformen aufzeigen. Bis heute hat der Gemeinderat nicht gehandelt, obschon eine interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL/EVP bereits im Jahr 2004 überwiesen und 2009 ein Rückkommensantrag des Gemeinderates abgelehnt wurden. Damit die Motion umgesetzt wird, verlangt die Fraktion GB/JA! die Realisierung von zwei autofreien Sonntagen, die uns 377'000 Franken kosten würden. Die ökologischen Anliegen sind diesen Betrag wert! Die Stadt Bern hat lobenswerte Schritte unternommen, um Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern. Wirtschaftskrisen sind Dauerkrankheiten des kapitalistischen Systems. Sie tauchen etwa alle zehn Jahre in anderem Kleid aber nicht weniger perfid auf. Die aktuelle Wirtschaftskrise hat bereits bewirkt, dass viele Junge und Jugendliche beim Berufseinstieg auf Hindernisse stossen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist gestiegen und für 2010 ist mit einer weiteren Zunahme um einen Drittel zu rechnen. Es braucht weitere Anstrengungen von Seite der Stadt Bern, um der drohenden Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Für Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit beantragt die Fraktion GB/JA! 450'000 Franken. Damit soll in der Stadtverwaltung ein Pool von Praktikumsstellen für Stellen suchende Lehr- und Studienabgänger/innen geschaffen werden, auch wenn es ein Tropfen auf einen heissen Stein bedeutet. Dieses Engagement hat seinen Preis. Es wirkt sich aber langfristig positiv auf das soziale Klima und die Solidarität in schwierigen Zeiten aus. Kommt hinzu, dass die Reintegration der Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt diese Kosten mittels Steuern und Arbeit bei weitem kompensieren würde. Ein Teil der Mehrausgaben wird durch den Verzicht auf die öffentliche Finanzierung des Kleinen Bärengrabens von 600'000 Franken durch StaBe kompensiert. Gemäss Bericht des Preisgerichtes zum öffentlichen Projektwettbewerb von 2003 und Vortrag des Gemeinderats zum BärenPark-Projektierungskredit 2004 ist der Betrag für den kleinen Bärengraben als Teil des BärenPark-Budgets vorgesehen gewesen. StaBe führt die Steuerzahlenden in die Irre, indem sie Kosten übernimmt, die von privaten Investoren übernommen werden sollten. Wir haben bisher 11 Haushaltsanierungen durchgeführt und damit die Schmerzgrenze überschritten. In vielen Bereichen ist die Stadt ausgeblutet. Eine weitere Sparrunde würde sie nicht ertragen. Das kann auch die Schwarzmalerei der bürgerlichen Parteien nicht ändern. Sicher, wir tragen die Verantwortung für unsere Schulden. Wir haben aber auch eine soziale Verantwortung, die anstehenden Aufgaben aktiv anzugehen. Wenigstens ein Teil der 700 Kinder, die auf einen familienexternen Betreuungsplatz warten, sollen endlich in die Kita gehen können. Die Jugendlichen in Bern sollen die Gewissheit haben, dass sie

eine Lehrstelle finden, die von Armut betroffenen Menschen in Bern sollen trotz Wirtschaftskrise in Sicherheit leben können, und ökologische Vorsätze sollen verwirklicht werden.

Ich komme zu den Anträgen der anderen Parteien:

Die FDP verlangt für die Budgetabstimmung eine Variantenabstimmung mit einer FDP-Alternative, die gespickt ist mit Kürzungen inklusive Steuersenkung. Wie kommt eine Partei, die in den Wahlen einen Drittel ihrer Sitze im Stadtparlament verloren hat, dazu, einen solchen Anspruch zu erheben? Wir wünschen der FDP mehr Realitätsbezug.

Den Antrag der FDP, 5,1 Millionen Franken fast unbemerkt an die Kantonspolizei zu schenken, können wir weder nachvollziehen noch akzeptieren. Die Stadt Bern bezahlt deutlich mehr pro Kopf an die Kantonspolizei als die anderen Gemeinden, dies obschon die Stadt bereits im Lastenausgleich benachteiligt ist.

Die SVP zeigt mit den über 100 Anträgen, dass sie im Wahlkampf des letzten Jahres hängen geblieben ist. Die Zahl der Anträge ist zwar hoch, doch die Methode ist sehr einfach, nämlich Beträge abzurunden. Kommt hinzu, dass ein Teil der Anträge gar keine Ersparnisse generieren würde. Denn wenn Ausgaben, die durch Bund und Kanton fremdfinanziert sind, gekürzt werden, muss auch auf der Ertragsseite eine Reduktion vorgenommen werden – ein Nullsummenspiel also. In diesem Zusammenhang wäre wünschenswert, wenn der Gemeinderat eine Liste der zwingenden Aufgaben machen würde, die nicht gekürzt werden können oder bei welchen auch eine Reduktion auf der Ertragsseite gemacht werden müsste, wenn gekürzt würde.

Die Kürzungsanträge der Grünliberalen können wir nicht nachvollziehen. Wir werden ihre Anträge nicht unterstützen, weil sie unseren sozialen Anliegen zuwider laufen. Von dieser Partei hätten wir mehr Substanz und weniger Pauschalkürzungsvorschläge erwartet. Wir lehnen alle bürgerlichen Anträge ab. Die GFL stellt differenzierte Kürzungsanträge, die wir teilweise unterstützen werden. Die Fraktion Grünes Bündnis/Junge Alternative stimmt dem Produktegruppen-Budget 2010 zu, inklusive den Kommissionsanträgen. Das StaBe-Budget nehmen wir nur zustimmend zur Kenntnis, wenn unser Antrag angenommen wird. Die Abstimmungsbotschaft zum Budget nehmen wir zustimmend zur Kenntnis.

Giovanna Battaglio (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion steht hinter dem Budget 2010. Ich möchte mich an dieser Stelle ebenfalls bei der Verwaltung und bei den Kommissionsmitgliedern für ihre Arbeit bedanken. Eine Eingangsbemerkung: Normalerweise finde ich es sehr praktisch, wenn ich für ein Stadtratsvotum mit „copier et coller“ arbeiten kann. Aber hier ist es wirklich zum Verzweifeln. Sowohl bei der FDP als auch bei der SVP hatte ich angesichts der gestellten Anträge ein massives „déjà vu“, und zwar eines von der schlechten Sorte. Die beiden Fraktionen foutieren sich einmal mehr um die Kommissionsarbeit. Sie stellen die Anträge nicht in den Sachkommissionen, wo sie hingehören, um sie nicht dort diskutieren zu müssen, sondern sie stellen sie hier im Stadtrat, obwohl sie sonst als eigentliche „Effizienzapostel“ bekannt sind. Wenn es wenigstens etwas Neues wäre! Aber nein, es sind die ewig gleichen zum Teil populistischen, zum Teil unmöglichen und bei der SVP grösstenteils widersprüchlichen und nicht umsetzbaren Anträge. Auch den Erpressungsversuch der SVP, von dem wir in der Zeitung lesen konnten, hatten wir schon letztes Jahr. Zum Vorschlag von Nadia Omar für einen Runden Tisch: Wenn alle Parteien seriöse, sachorientierte Politik machen und dafür die bestehenden Strukturen nutzen würden, würden die Diskussionen, die an einem Runden Tisch erfolgen sollten, in den Sachkommissionen und der Finanzdelegation geführt. Der Runde Tisch würde sich erübrigen. Jetzt zum Budget: Wir haben ein ausgeglichenes Budget 2010. Das Budget zeigt, dass die rot-grüne Stadt Bern eine solide und weitsichtige Finanzpolitik betreibt. Sie hat ihre Finanz-Hausaufgaben gemacht. Wir bauen gleichzeitig weiter den altrechtlichen Bilanzfehlbetrag ab, tätigen zukunftsgerichtete Investitionen und stärken damit die Wirtschaft in diesen schwierigen Zeiten. Dies bestätigt

auch das diesjährige Rating von Moody's, das der Gemeinderat am Montag veröffentlicht hat. Wieder hat die Stadt Bern bei der neutralen Kreditwürdigkeitsanalyse ein gutes AA2-Rating erreicht. Positiv bewertet werden der Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrages und das nahezu konstante Ausgabenniveau. Hervorgehoben werden die Stärke von Bern als Kantons- und Bundeshauptstadt und die wirtschaftliche Schlüsselfunktion innerhalb des Kantons. Weil diese Finanzpolitik für die SP/JUSO richtig ist, lehnen wir auch dieses Jahr die Steuersenkungsanträge von FDP und SVPplus ab. In der aktuellen Wirtschaftssituation eine Steuersenkung zu fordern ist völlig daneben. Das haben die bürgerlichen Parteikollegen in der Exekutive begriffen. Eine Steuersenkung kommt für die SP/JUSO zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht nur wegen der aktuellen Wirtschaftskrise nicht in Frage. Wir werden einer Steuersenkung so lange nicht zustimmen, wie die Stadt Bern ihren altrechtlichen Bilanzfehlbetrag nicht abgebaut hat, und die Investitionen in Familien, Kinder, Umwelt, Bildung, Infrastrukturanlagen, Wohnungen, Langsamverkehr und öV noch nicht dort sind, wo wir sie haben wollen. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt auch den Eventualantrag der FDP betreffend Variantenabstimmung über das Budget ab. Auch hier gilt wie schon letztes Jahr: Die Berner Stimmbevölkerung kann jedes Jahr das Budget ablehnen, das ihr vom Stadtrat, den sie gewählt hat, vorgelegt wird. Zu den für die SP/JUSO wichtigen Punkten im Budget 2010: Der altrechtliche Bilanzfehlbetrag wird um weitere 25 Mio. reduziert, so dass er Ende 2010 weniger als 50 Mio. betragen wird. Dank der Tatsache, dass die Stadt Bern nicht das Bankenzentrum, sondern das Polit- und Verwaltungszentrum der Schweiz ist, gehen die Steuereinnahmen auch im 2010 trotz schwieriger Konjunkturlage nicht zurück. Und die Stadt Bern erhält auch im 2010 mehr Einwohner. Bern ist angesichts der hohen Lebensqualität als Wohnort beliebt. Unsere Energie- und Wasserversorgerin ewb ist eine florierende städtische Unternehmung, die auch dieses Jahr 25 Mio. mehr Gewinn abliefern kann, der zur Abtragung des Bilanzfehlbetrags verwendet wird. Mit dem Budget 2010 investieren wir in unsere Infrastruktur und in die Zukunft: Es wird in Wohnungen, in den Ausbau der öV-Linien, in Lärmschutz an Stadtstrassen und in Unterhalt und Werterhalt unserer Strassen und Grünbereiche investiert. Auch Grossprojekte wie der Uferschutz Felsenau oder die Strassensanierung im Bollwerk werden in Angriff genommen. Mit dem Budget 2010 investieren wir aber auch in Menschen: In Familien, Kinder und die Bildung. Hier ist besonders der Ausbau der Familienergänzenden Kinderbetreuung zu erwähnen. Dank einer SP-Motion sind auch im Budget 2010 zusätzlich 80 neue Kita-Plätze vorgesehen. Und wir investieren in Tagesschulen, in die Schulsozialarbeit und in Altersheime. Weiter werden auch die dringend notwendigen zusätzlichen Ressourcen bei der Sozialhilfe aufgestockt. Und bei der Fremdenpolizei werden mehr Stellen geschaffen. Unter anderem können mehr Kräfte in den Jugendschutz investiert werden. Das Budget 2010 zeigt also, dass für RGM die Erhaltung und Förderung von der Lebensqualität an oberster Stelle steht. Der vorgesehene Leistungsausbau ist richtig und vertretbar. Die Stadt Bern ist weiterhin eine gute Arbeitgeberin: Für die städtischen Angestellten ist ein Teuerungsausgleich von 0,5% budgetiert. Es wird auch Geld in den Aktionsplan Gleichstellung, in Lehrstellen, in Praktikumsplätze und in die Gesundheitsförderung investiert. Ein Wermutstropfen ist vor allem, dass wir nach wie vor nicht die Zentrumslasten entschädigt erhalten, die uns zustehen würden. Es sind unverändert 32 Mio. anstatt 50 Mio. Hier wird unser Verhandlungsgeschick mit dem Kanton und Überzeugungsarbeit mit unseren Grossrätinnen und Grossräten gefordert sein. Weiter wissen wir auch, dass die im Kanton beschlossene Steuergesetzrevision uns im 2010 und auch weiterhin mindestens 8 Mio. an Steuererträgen kostet. Zu den Anträgen von FDP und SVPplus: Es muss einfach wieder einmal klar und deutlich festgehalten werden: Die Stadt Bern hat über 80% gebundene Ausgaben, die sie nicht beeinflussen kann. Ich stelle einmal mehr fest, dass sich die beiden Parteien überhaupt nicht um die Kommissionsarbeit kümmern. Und die SVPplus ist zudem offenbar wirklich nicht im Stande, seriöse politische Arbeit zu leisten. Auch dieses Jahr wurden von ihr 109 Anträge eingereicht, die grösstenteils nicht umsetzbar sind.

Die SVPplus beantragt interessante Kürzungen: Sie will die Fachstelle für Gleichstellung abschaffen, mit der Begründung, die Gleichstellung in unserer Gesellschaft sei vollzogen. Die Zusammensetzung der Fraktion SVPplus macht das gerade deutlich! Glücklicherweise ist die SVPplus doch nicht ganz ein Abbild der Gesellschaft. Im Weiteren will die SVPplus, dass in der Innenstadt nur noch zwei Mal und in den Quartieren nur noch ein Mal geputzt wird. Das nenne ich volksnahe Vorschläge! Gleichzeitig moniert die SVPplus, die Stadt werde immer dreckiger. Und wie letztes Jahr steht die SVPplus offenbar über dem Gesetz: Sie verlangt z.B. die Kürzung von 5 Mio. bei den Tagesschulen, obschon der Kanton vorgibt, dass die Gemeinden ein bedarfsgerechtes Angebot an Tagesschulen haben müssen. Die Kosten dafür sind dank der höheren Beiträge des Kantons bereits deutlich zurückgegangen. Wenn die Anträge der Bürgerlichen, vor allem diejenigen der SVPplus, angenommen würden, würden zig städtische Angestellte ihre Stelle verlieren: Von der Gleichstellungsbeauftragten bis zum Strassenarbeiter. Wieder einmal soll zu Lasten von Angestellten, Familien, Kindern, Jugendlichen, Sozialhilfebeziehenden, Migrantinnen und Migranten gespart werden, und das alleine zugunsten von mehr Polizei und weniger Steuern.

Noch zur Polizei: Endlich haben wir es geschafft, wenigstens einigermaßen sprechende Kennzahlen ins Budget aufzunehmen. Es fehlt nur noch ein funktionierendes Controlling der Kantonspolizei. Auch dieses fordern wir mit dem Budget bis spätestens Ende 2010. Die SP/JUSO begrüsst auch die Erhöhung der uniformierten Präsenz von 65'000 auf 72'000 Stunden pro Jahr. Mit Interesse habe ich heute die Medienberichterstattung über den Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Initiative für mehr Sicherheit gelesen. Für mich geht dieser Gegenvorschlag in die richtige Richtung und entspricht der Sicherheitspolitik der SP deutlich mehr als der Initiativtext. Wir setzen nicht auf einseitig repressive Massnahmen, sondern sehen in der Vielfalt von Massnahmen das Rezept für die Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheit. Dass die Forderung nach der Festlegung von Präsenzstunden in unserer GO, also auf Verfassungsstufe, deplaziert ist, sollte auch den Initianten einleuchten. Auch die Höhe der Forderung von 5,8 Mio. ist übertrieben. Wir fordern die FDP auf, nicht an der Initiativforderung festzuhalten, sondern mit uns über einen Gegenvorschlag zu diskutieren. Zu den einzelnen Anträgen werden wir uns in der Detailberatung äussern. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt das Budget 2010 an.

Kurt Hirsbrunner (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Die Fraktion BDP/CVP hat sich intensiv mit dem Budget 2010 auseinandergesetzt. Die Mitglieder der Sachkommissionen und der Finanzdelegation haben an den Sitzungen die Meinung der Fraktion eingebracht und konstruktiv an Problemlösungen mitgearbeitet. Dafür danke ich herzlich. Mein Dank geht auch an den Gemeinderat und alle am Budget Beteiligten aus der Verwaltung. Auf den ersten Blick zeigt sich dem kritischen Betrachter eigentlich ein schönes Bild. Es ist festzustellen, dass das Budget ausgeglichen ist, und der altrechtliche Finanzfehlbetrag abgebaut werden kann. Bei näherem Betrachten zeigt dieses Budget jedoch auf, dass nicht sorgsam, langfristig und verantwortungsbewusst mit den Finanzen umgegangen wird. Bei der detaillierten Betrachtung des Budgets stellt die Fraktion BDP/CVP fest, dass die Ausgaben im Budget 2010 um sage und schreibe 13 Mio. Franken wachsen, und der Finanzfehlbetrag eigentlich nur durch eine ausserordentliche Gewinnablieferung von ewb reduziert werden kann. Gerade hier möchte die Fraktion BDP/CVP bemerken, dass ewb eigentlich keine „gäbige Milchkuh“ sein kann. Hier geht es um Gebühren, die dem Bürger aus der Tasche gezogen werden. Die Anforderungen an dieses Unternehmen steigen stetig. Die Fraktion BDP/CVP fordert den Gemeinderat auf, dafür zu sorgen, dass die Stadt Bern in Zukunft auch ohne ausserordentliche Gewinnablieferungen finanziell auf eigenen Füßen stehen kann. ewb muss sich für die nähere Zukunft fit machen. Was passiert, wenn die Einnahmen durch die Liberalisierung nicht mehr so reichlich fliessen? ewb sollte sich auch mit andern wichtigen Aufgaben wie zum Beispiel dem mögli-

chen Ausstieg aus der Kernenergie, dem Abschalten des Atomkraftwerkes befassen können. Wie sollen solche Projekte an die Hand genommen werden, wenn das erwirtschaftete Geld immer in die Stadtkasse abfließt? Die heutige Finanzpolitik gefährdet die Investitionen in zukunftsweisende Produktionskapazitäten. Die Fraktion BDP/CVP betrachtet diese Entwicklung mit grosser Sorge und stellt fest, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, mit Steuergeldern und Gebühren sorgsam umzugehen. Der Gemeinderat hat informiert, dass gemäss Hochrechnung die Zahlen des Budgets stimmen. Er rechnet mit einem leichten Rückgang der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen, der offenbar durch die Mehreinnahmen bei den natürlichen Personen in etwa aufgefangen werden kann. Aus der Sicht des Gemeinderates gibt es auch keinen Anlass, im Vollzug 2009 und 2010 sofort Sparmassnahmen einzuleiten. Die Fraktion BDP/CVP hätte es aber begrüsst, wenn bereits heute auf die bevorstehende schwierige Finanzlage Rücksicht genommen würde, weil der Gemeinderat ja anerkennt, dass für das Jahr 2011 ausgabenseitige Sparmassnahmen ins Auge gefasst werden müssen. Offenbar hat hier das Sprichwort „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ keine Gültigkeit. Die Fraktion BDP/CVP ist bereit, auf die Budgetdiskussion einzutreten. Zu zwei wichtigen Anträgen möchte ich kurz schon jetzt Stellung nehmen:

Die Fraktion ist grösstmehrheitlich nicht bereit, eine Steuersenkung ins Budget aufzunehmen. Solange der Finanzfehlbetrag nicht restlos abgebaut ist, kommt für uns eine Steuersenkung nicht in Frage. Schon gar nicht lassen wir uns von der Fraktion SVPplus erpressen! Zudem sind wir auch nicht bereit, bereits heute im Budget 2010 einen Beitrag für die Erhöhung der Polizeipräsenz aufzunehmen, ohne dass ein Abstimmungsresultat zur Initiative der FDP vorliegt. Die Mitglieder der BDP/CVP-Fraktion werden sich wenn nötig zu einzelnen Anträgen äussern. Ansonsten wird die Fraktionsmeinung zu den einzelnen Anträgen auf der Resultatsanzeige oder durch das Handaufstrecken ersichtlich sein. Ob die Fraktion dem Budget zustimmen wird, entscheidet sie dann nach gewalteter Diskussion.

Peter Künzler (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Mit dem vorliegenden Produktgruppen-Budget bestellt der Stadtrat bei Gemeinderat und Verwaltung die Leistungen, die dieses Jahr zu erbringen sind und bewilligt zugleich die für diese Leistungen erforderlichen Gelder. In den stadträtlichen Kommissionen wurden diese Leistungen und ihre Preise ausführlich diskutiert. Das merkt man bei einer grossen Anzahl von Anträgen von Fraktionen, die in diesen Kommissionen vertreten sind in auffälliger Art nicht. Für das Verständnis des Budgets ist ausschlaggebend,

1. dass eine ganze Anzahl Leistungen vom Kanton erbracht werden. Dies gilt insbesondere für den öffentlichen Verkehr.
2. dass im Rahmen des Finanzausgleichs eine ganze Reihe von Leistungen der Stadt vom Kanton mitfinanziert wird. Das hat zur Folge, dass das Prüfen von Bruttobeträgen im Produktgruppen-Budget sachwidrig bis unsinnig ist.
3. dass ein Grossteil der Kosten, die der Stadt erwachsen, im Rahmen von langfristigen Verpflichtungen der Stadt entstehen oder gebundene Ausgaben sind, die von einem Jahresbudget gar nicht wirklich beeinflusst werden können. Diese Vorgaben schränken den Handlungsspielraum von Gemeinderat und Parlament ganz erheblich ein. Wir müssen uns an diese Vorgaben halten – ob murrend oder knurrend.

Unsere Priorität als GFL/EVP-Fraktion ist, dass nachhaltig regiert werden müsste. In den Beratungen der Sachkommissionen wie in denen unserer Fraktion standen folgende Grundsätze im Vordergrund:

- Unser Umgang mit den Ressourcen muss zukunftstauglich sein. Das heisst: Das Handlungsgewicht muss auf die erneuerbaren Energien gelegt werden.

- Und wir müssen unsern Handlungsschwerpunkt bei den Kindern und Jugendlichen haben. Sie sind unsere erneuerbaren Personalressourcen. Nur so kann unser Wohlstand nachhaltig Bestand haben
- Unsere Ausgaben sollen langfristig im Gleichgewicht mit unseren Einnahmen stehen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass es nicht nur darum geht, das „Kässeli“ zu balancieren. Es geht auch immer darum, daran zu denken, dass wir in die Zukunft investieren müssen. Nur dann machen wir eine zukunftssichere Finanzpolitik.

Zum diesjährigen Budget: Das Budget ist einmal mehr ausgeglichen. Während aber in den letzten Jahren nur die politischen Berufspessimisten die Zukunft schwarz malten, sind dieses Mal tatsächlich Probleme in Sicht. Wir geraten in die bekannte Zange: Die Verschlechterung der Wirtschaftslage wird sich auf die Einnahmen der Stadt auswirken. Unsere Einnahmen werden tatsächlich abnehmen. Das war in den letzten Jahren nicht so. Dazu kommt die andere Seite der Zange: Die sozial schwächeren Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner werden eine grössere Menge an Fürsorgegeldern in Anspruch nehmen. Dazu kommt weiter das Problem der Jungen. Wir müssen ihre Ausbildung, d.h. ihre Lehrstellen, sicherstellen. Auch das wird nicht ohne zusätzliche Lasten für die Stadt möglich sein. Auch die kantonale Gesetzgebung wird sich nicht zu unseren Gunsten auswirken. Wir werden zusätzliche Lasten tragen müssen. Aus diesen Gründen ist eine Reaktion in dieser Situation sicherlich grundfalsch: Das Senken der Steuern. Wir müssen jetzt investieren! – Wir brauchen alles Geld, das wir haben, um mit Schwergewicht in die Ausbildung unserer Jugend, in den Erhalt unserer Lebens- und Wohnqualität und in den sozialen Ausgleich zu investieren. Es geht um Investieren, und nicht einfach um ein Ausbalancieren des Budgets. Das Geld, das wir einnehmen, brauchen wir dringend. Das Budget 2010 ist also noch ausgeglichen. Wir können es mit den erwähnten Bedenken zur Annahme empfehlen und werden sicher auf die Diskussion eintreten. Wir haben insgesamt vier Anträge zum Budget, die wir im Verlauf der Debatte einzeln begründen werden. Wir unterstützen eine Reihe von Anträgen von anderen Fraktionen. Dazu gehören Anträge der Fraktionen SP/JUSO, GLP, GB/JA! und einige Anträge aus dem „Alternativbudget“ der FDP. Wir werden uns im Rahmen der jeweiligen Behandlungsblöcke je einmal zu unseren Anträgen und einigen Anträgen anderer Fraktionen äussern. Auf sämtliche Anträge, die „Bruttokosten“ betreffen, treten wir nicht ein. Wer immer noch nicht begriffen hat, dass eine Bestellung von Leistungen auf Nettokosten basieren muss, arbeitet unseriös und schadet der Stadt. Wir sind hier kein Strassentheater. Wir möchten allen Parlamentskolleginnen und -kollegen, die in den verschiedenen Kommissionen gearbeitet haben, für ihre Mühe und den enormen Zeitaufwand herzlich danken. In diesen Dank möchten wir auch alle Verwaltungsangehörigen einschliessen, die jedes Jahr wieder das Budget betreuen und anpassen – und auch dies nicht nur während der ordentlichen Arbeitszeit.

Michael Köppli (GLP) für die Fraktion GLP: Auch ich danke dem Gemeinderat, der Verwaltung und den Kommissionsmitgliedern für die grosse Arbeit für das Produktgruppen-Budget. Wir haben festgestellt, dass ein solches Budget für ein Milizparlament eine grosse, fast unlösbare Herausforderung darstellt. Der Grund dafür ist der unterschiedliche Informationsstand von Verwaltung, Gemeinderat und vom Milizparlament Stadtrat. Die Verwaltung kennt – zum grössten Teil – die wahren Kosten für ihre Leistungen. Der Gemeinderat kennt sie vielleicht noch ansatzweise. Wir können sie nur erahnen. Dazu ein konkretes Beispiel: Eine Dienststelle erbringt 100 Mal eine von uns gewünschte Leistung. Sie sagt, die Kosten dafür betragen eine Million Franken. Wir haben nur die Möglichkeit, an den Steuerungsvorgaben zu schrauben und zu sagen, wir wünschen diese Leistung nur noch 90 Mal. Dann betragen die Kosten dafür nur noch 900'000 Franken. Wir wissen nicht, ob die 100 Mal tatsächlich eine Million kosten, oder ob mit mehr Effizienz und Abbau von Doppelspurigkeiten es nicht möglich wäre, die 100 Mal Leistung auch für 900'000 Franken zu erbringen. Aus diesem Grund beantragen

wir – sehr moderat – Kürzungen bei Globalbudgets. Wir sind überzeugt, dass es solche Effizienzgewinnmöglichkeiten gibt. Der Grund ist einfach: Die Verwaltung ist per se primär ein Monopolist. Sie bietet die Verwaltungsleistungen als Einzige an und steht nicht in Konkurrenz mit der Privatwirtschaft, wie das bei andern Unternehmen stets der Fall ist. Deshalb ist sie nicht unter Druck, nicht verpflichtet, ganz effizient zu arbeiten und nur die minimalen Kosten aufzuwenden, um eine Leistung zu erbringen.

Wir erachten das Produktegruppen-Budget 2010 als scheinheilig. Das Budget ist zwar ausgeglichen. Aber es rechnet mit einer sehr optimistischen Prognose bei den Steuereinnahmen. Wie Kurt Hirsbrunner richtig dargelegt hat, baut man zwar den altrechtlichen Bilanzfehlbetrag wieder um 25 Mio. ab. Das ist aber nur dank der Gewinnablieferung von ewb möglich. Die Probleme, die sich daraus ergeben, wiederhole ich nicht. Ich schliesse mich diesbezüglich den Worten von Kurt Hirsbrunner an. Die Stadt Bern hat immer noch sehr hohe Schulden. Das ist für uns sehr stossend. Und es droht neues Ungemach. Ich zitiere aus dem IAFP, den wir vor einigen Monaten im Stadtrat behandelt haben: Im Jahre 2011 rechnet die Stadt Bern mit einem zusätzlichen neurechtlichen Bilanzfehlbetrag von 17 Mio. Franken. Im Jahr 2012 beträgt der erwartete Bilanzfehlbetrag bereits 23,7 Mio. Franken und im Jahr 2013 24,49 Mio. Franken. In kürzester Zeit wird – wenn wir nicht jetzt mit Sparen beginnen – dieser Bilanzfehlbetrag wieder sehr stark ansteigen, so dass wir schon bald wieder bei 100 Mio. Franken anlangen. Eine solche Verschuldung geht zwangsläufig auf Kosten der kommenden Generationen. Das kann und wird die GLP nicht mitverantworten. Es müssen jetzt gezielt Sparmassnahmen eingeleitet werden. Die GLP-Fraktion hat deshalb eigene Sparanträge eingereicht. Sie sind in unseren Augen moderat und realistisch. Wir werden auch einzelne Anträge aus andern Fraktionen, die aus unserer Sicht ebenfalls realistisch sind, unterstützen.

Hasim Sancar hat uns den Vorwurf gemacht, wir seien unsozial. Wir sind nicht unsozial aber nachhaltig. Und wir sind sozial gegenüber den kommenden Generationen, denen wir keine Schuldenberge hinterlassen möchten. Giovanna Battaglio hat gesagt, das vorgelegte Budget sei sehr weitsichtig. Für uns ist das nicht weitsichtig, weil damit vorgesehen ist, in den nächsten vier Jahren neue Schulden von fast 70 Mio. Franken anzuhäufen. Das Ziel unserer Anträge ist nicht ein Abbau von Leistungen, sondern Abbau von Bürokratie und Steigerung der Effizienz in der städtischen Verwaltung. Zur Steuerbelastung: Sie ist in der Stadt Bern sehr hoch, wahrscheinlich zu hoch. Steuersenkungen müssen aber nachhaltigen Charakter haben. Sie dürfen auf keinen Fall zu einer Neuverschuldung führen. Das wäre jedoch in den kommenden Jahren angesichts des IAFP zwingend der Fall.

Die RGM-Parteien unterstützen seit Jahren den kontinuierlichen Ausbau des öffentlichen Sektors. Das mag angenehm sein. Aber das ist nicht mehr finanzierbar. Wir haben die Verantwortung und die Pflicht, den kommenden Generationen einen gesunden Finanzhaushalt zu hinterlassen. Oder anders gesagt: Wir haben nicht das Recht, mehr Geld auszugeben, als wir in der Stadtkasse haben. Dazu ein konkretes Beispiel: Fast wöchentlich überweisen wir Motionen oder Postulate, meistens von RGM-Parteien und v.a. im Sozialbereich. Sie kosten sehr viel, sind oft „nice-to-have“. Wir verstehen aber nicht: Die BSS hat eine SP-Direktorin. Wir haben einen Gemeinderat, der sich mehrheitlich aus RGM-Mitgliedern zusammensetzt. Warum traut die linke Seite, die RGM-Parteien, dem Gemeinderat nicht zu, dass er eine Strategie hat und mischt sich unablässig ein, mit Vorstössen, die sehr hohe Kosten verursachen? Zu FDP und SVP: Steuersenkungen sind populärer als Schuldenabbau. Aber sie sind im heutigen Zeitpunkt unverantwortlich. Die Mitglieder von FDP und SVP streuen den Bernerinnen und Bernern jährlich Sand in die Augen und suggerieren ihnen, eine Steuersenkung sei langfristig finanzierbar. Das ist schlicht nicht der Fall. Die GLP bleibt dabei: Sparen ist dringend notwendig. Aber die Einsparungen müssen vollständig in den Schuldenabbau einfließen. Wir haben einen entsprechenden Antrag eingereicht und hoffen, dass er von Ihnen unterstützt wird. Zur Fraktion SVPplus: In den letzten Jahren hatte ich ein gewisses Verständnis für die Frustration

der Fraktionsmitglieder: Alle von dieser Seite eingebrachten Anträge wurden abgelehnt. Letztes Jahr wurden 100 Anträge eingereicht. Ich hätte es nicht so gemacht. Aber ein minimales Verständnis kann man für dieses Vorgehen haben. Jetzt ist das Parlament aber neu zusammengesetzt. Insbesondere sind zwei neue Fraktionen dazugekommen, die – wie wir aus den heutigen Voten gehört haben – sehr sensibel sind für das Thema gesunde Finanzen. Wir verstehen nicht, warum die SVPplus-Fraktion nicht versucht hat, konkret mit uns zusammenzuarbeiten und vielleicht realistische Forderungen einzubringen. Stattdessen machen Sie weiter auf billigen Populismus. Dazu eine Analogie aus der Welt des Fussballs: Sie spielen auf Zeit, indem Sie mehr als 100 Anträge einreichen, zum Teil 13 zu einem einzigen Globalbudget, was mit einem Antrag möglich wäre, wenn man sich an die Regeln der Gemeindeordnung halten würde. Das machen Sie nur, um 13 Mal ans Rednerpult treten zu können. Das ist Zeitspiel. Das gibt im Fussball gelb. Und Sie verlangen Namensaufruf. Sie wollen absichtlich die Ratsdebatte in die Länge ziehen und lächerlich machen. Das ist Obstruktion, Unsportlichkeit, was im Fussball Gelb-Rot gibt.

Zusammenfassend: Wir werden auf das Budget eintreten, aber wir werden ihm so nicht zustimmen. Für eine Zustimmung der GLP-Fraktion müssen substantielle Einsparungen vorgenommen werden. Steuersenkungen wären wünschenswert, sind aber zum heutigen Zeitpunkt nicht finanzierbar. Folglich lehnen wir Anträge auf Rückweisung und Steuersenkungen der Fraktionen FDP und SVPplus ab. Zum Schluss ein Appell an uns alle: Nehmen wir unsere Verantwortung wahr und sorgen wir für gesunde Finanzen in der Stadt Bern. Wir unterstützen den sehr zielgerichteten Vorschlag von Nadia Omar, für die kommenden Jahre einen Runden Tisch zu installieren, sehr.

Bernhard Eicher (JF) für die Fraktion FDP: Auch die FDP-Fraktion und der Jungfreisinn danken dem Gemeinderat, der Verwaltung und den vorberatenden Kommissionen für ihre Arbeit. Trotzdem werden wir das vorliegende Budget ablehnen und den vorliegenden Rückweisungsantrag unterstützen. Uns fehlt ein zentraler Punkt: Die FDP-Fraktion und der Jungfreisinn wollen eine Steuersenkung. Wir sind der Meinung, es sei jetzt Zeit dafür. Der Grund dafür ist einfach: Uns ist es ein Anliegen, dass die Stadt auch weiterhin für Privatpersonen und KMU attraktiv ist. Wir sind auf die Steuerzahlenden angewiesen. Die Milliarde, die wir heute verteilen, fällt nicht vom Himmel. Das Geld wurde hart verdient. Diesem Umstand muss man Rechnung tragen. Und wir kommen von anderen Gemeinden und andern Kantonen, die in der letzten Zeit die Steuern gesenkt haben, immer mehr unter Druck. Wenn wir unsere guten Steuerzahlenden halten wollen, müssen auch wir die Steuern senken. Das durch die CS vor kurzem veröffentlichte Rating hat ergeben, dass die Stadt Bern punkto Lebensqualität und öV gut dasteht. Bei den Steuern sieht es hingegen sehr schlecht aus. Da müssen wir endlich Gegensteuer geben. Uns ist bewusst, dass Steuersenkungen in diesem Gremium umstritten sind. Es gibt viele Leute, die lieber Geld umverteilen und darüber reden, wem sie noch Geld geben könnten, als sich einmal zu überlegen, woher das Geld überhaupt kommt. Einer der drei Gründe, die gegen eine Steuersenkung angeführt werden, ist die Wirtschaftskrise. Es wird immer gesagt, der Binnenkonsum müsse gestützt werden, es müsse dafür gesorgt werden, dass die Leute Geld zum Ausgeben haben. Wenn wir die Steuern senken, haben die Leute zusätzliches Geld, das sie für den Konsum einsetzen können. Wenn wir die Steuern senken würden, bräuchte es eine Ausgabendisziplin. Damit hat man in linken Kreisen mehr Mühe. Das ist wahrscheinlich auch der wahre Grund für die Ablehnung der Steuersenkung. In die Kategorie „zynisch“ gehört das Argument der SP, zuerst müsse der altrechtliche Bilanzfehlbetrag abgebaut werden. Das ist Augenwischerei. Und in die Kategorie „witzig“ gehört das Argument der GLP gegen eine Steuersenkung. Sie sagt, zuerst müssen die Schulden abgebaut sein, dann würde sie über eine Steuersenkung diskutieren. Die Stadt Bern hat über eine Milliarde Schulden. Wenn wir in diesem Tempo mit Schuldenabbau weiterfahren, werden die

Schulden in 40 bis 50 Jahren abgebaut sein. Die von uns geforderte Steuersenkung von 1.54 auf 1.49 ist moderat. Das würde einen Ausfall von 11 Mio. Franken bedeuten. Der jetzt vorzunehmende Leistungsausbau, der nicht gebundene Ausgaben betrifft, beträgt ca. 11 Mio. Wir sind der Meinung, man könne nicht nur die Steuern senken. Deshalb haben wir auch dieses Jahr ein Alternativbudget unterbreitet, in dem wir aufzeigen, wo Einsparungen möglich sind. Die Ausführungen zu den einzelnen Anträgen werden wir in der Detailberatung vorbringen. Wir haben auch unsere Initiative für mehr Sicherheit berücksichtigt. Dafür wurden ca. 5 Mio. eingeplant. Ich hoffe, das sei für die Kritiker ein Indiz, dass wir es mit der Initiative und mit unserem Alternativbudget ernst meinen. Wir versuchen, einen Vorschlag zu unterbreiten, der realistisch ist und unsere politische Überzeugung widerspiegelt. Wir befürchten, dass die Mehrheit im Stadtrat unsere Steuersenkungsvorlage nicht annehmen wird. Deshalb möchten wir eine Variantenabstimmung vorschlagen, in der das Alternativbudget dem stadträtlichen Budget gegenübergestellt wird. So könnte die Bevölkerung auswählen, ob sie eine Steuersenkung will, zum Preis von einigen Einsparungen, oder ob sie die Einsparungen nicht will und dafür bereit ist, den gleichen Steuersatz zu bezahlen. Alle, die von der Arbeit des Gemeinderats und vom Budget so überzeugt sind, sollten vor einer Konkurrenzofferte nicht Angst haben. Das technische Argument, eine Alternativabstimmung beim Budget sei nicht möglich, können wir nicht annehmen: Beim Progr war es möglich, also wird es auch für das Budget 2010 möglich sein. Es wurde uns vorgeworfen, wir hätten das Alternativbudget nicht in die Sachkommissionen eingebracht. In den Sachkommissionen kann man nur einzelne Punkte des Alternativbudgets diskutieren. Wir wollen eine Gesamtsicht-Steuersenkung und nachher Vorschläge, wo Einsparungen möglich sind. Nur in der Finanzdelegation hätte man das diskutieren können. Dort wurde diese Diskussion nicht für nötig gehalten. Giovanna Battagliero hat ihr „dèjà vu“ erwähnt. Es ist völlig logisch, dass wir die gleichen oder ähnlichen Anträge schon letztes Jahr gestellt haben. Wir setzen uns für unsere politische Überzeugung ein, der wir im besten Fall ein Leben lang treu bleiben. Wir werden auch nächstes Jahr dafür kämpfen. Du, Giovanna, kannst also Deine Belehrungen schon für nächstes Jahr auf die Seite legen. Zur Idee der GFL/EVP-Fraktion einer gruppenweisen Abstimmung: Wir werden das ablehnen. Das Parlament hat den Auftrag, das Budget ausführlich zu diskutieren. Das können sehr lange und sehr kontroverse Diskussionen sein, wenn sehr verschiedene Vorstellungen vom Budget aufeinander treffen. Es geht bei diesem Budget um eine Milliarde Franken, die wir heute und nächsten Donnerstag verteilen. Wenn man sich das vor Augen hält, ist das eine der wichtigsten Debatten, die wir im Jahr überhaupt führen. Es wäre einer Demokratie nicht würdig, wenn wir beginnen würden, die Anträge von Minderheiten zusammenzufassen, und damit der Minderheit die Möglichkeit nähmen, jeden Antrag einzeln zu begründen.

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVPplus: Das Budget 2010 ist eine reine Katastrophe. Sicher kann die Verwaltung nicht viel dafür. Sie hat sicher alles ihr Mögliche unternommen, um ein möglichst gutes Budget vorzulegen. Die Schuld an diesem überaus schlechten Budget trägt allein der Gemeinderat. Er muss Vorgaben für das Budget machen. Er macht die falschen Vorgaben. Die Steuereinnahmen werden nächstes Jahr bestimmt abnehmen. Man sieht aufgrund aller Konjunkturzahlen, dass es dem Gewerbe schlechter geht. Wenn es dem Gewerbe schlechter geht, wird sich das auf die Privatpersonen auswirken. Verschiedentlich wurden die vielen von der SVP eingereichten Anträge erwähnt. Die Anträge sind nicht so jenseits von Gut und Böse, wie das von den linken Parteien behauptet wurde. Warum haben wir an vielen Orten die Bruttokosten gesenkt und nicht die Nettokosten? Der Polizei, die den ruhenden Verkehr kontrolliert, werden die Nettokosten gesenkt. Wenn sie mehr Bussenzettel verteilt, kann sie mit dem gleichen Geld weiterarbeiten. Deshalb haben wir an vielen Orten Bruttokürzungen vorgenommen. Das heisst, dass der Betrag, der von einer andern Instanz zugesprochen wird, plus der Betrag, der von der Stadt kommt gekürzt werden müssen. Uns wurde

der Vorwurf gemacht, wir hätten die Anträge nicht den Sachkommission vorgelegt. Um das zu widerlegen, muss ich aus einem Kommissionsprotokoll vorlesen: Als wir in der PVS das Budget behandelten, haben wir in jedem Teilbereich unsere Anträge eingebracht. Im Beschluss heisst es: „Die Kommission lehnt sämtliche Anträge Hess ab: Anträge Nr. 1 und Nr. 2: 3 Ja, 6 Nein. Anträge Nr. 3 bis 11: 1 Ja, 6 Nein, 2 Enthaltungen. Anträge Nr. 12: 1 Ja, 7 Nein, 2 Enthaltungen...“ So geht es durch das ganze Protokoll weiter.

Der Ratspräsident bittet Erich Hess, nicht aus Kommissionsprotokollen zu zitieren.

Die von uns eingereichten Anträge sind durchaus durchdacht. Es geht nicht nur darum, die Zeit zu verlängern, wie uns vorgeworfen wurde. Wir sind der Meinung, wir müssen uns seriös und eingehend mit dem Budget befassen. Für uns stimmt ein grosser Teil im Budget nicht. Deshalb haben wir so viele Änderungsanträge eingereicht. Von der SP wurde gesagt, eine Steuersenkung sei jenseits von Gut und Böse, weil wir in einer Wirtschaftskrise seien. Die SP hat wahrscheinlich das wirtschaftspolitische System nicht ganz begriffen. Sie wird es wahrscheinlich auch nie begreifen. Ihr Ziel ist es ja, dem Bürger und den Firmen möglichst viel Geld abzunehmen. Gerade in einer wirtschaftlichen Krise ist es wichtig, die Steuern zu senken, damit jedem einzelnen Bürger mehr Geld zur Verfügung bleibt, um die Gesamtwirtschaft anzukurbeln. Das Gleiche gilt für die Firmen. Je mehr Steuern sie bezahlen müssen, desto weniger Geld haben sie zur Verfügung, um neue Investitionen zu tätigen, was für die Zukunft und für den Fiskus der Stadt Bern bezüglich Steuereinnahmen viel besser wäre. Es geht auch um neue Firmen, die wir dazu bringen könnten, sich in der Stadt Bern niederzulassen. Zum Rückweisungsantrag der Fraktion SVPplus: Wir möchten dem Stadtrat eine kurze, gute Budgetdebatte ermöglichen, aber nicht zum heutigen Zeitpunkt. Das Budget ist nämlich so katastrophal, dass wir es so nicht durchgehen lassen können. Deshalb stellen wir einen Rückweisungsantrag mit folgenden zwei Auflagen:

1. Der Steuersatz muss um zwei Steuerzehntel gesenkt werden.
2. Die durch die Steuersenkung begründeten Mindereinnahmen müssen im Produktgruppen-Budget 2010 eingespart werden.

Uns wird der Vorwurf gemacht, wir wissen gar nicht, wo einsparen, weil wir nicht genug Hintergrundwissen haben. Das ist zum Teil sicher richtig. Wir haben im grossen blauen Buch nur die Gesamtkosten der gesamten Direktion und der einzelnen Dienststellen. Wir sehen nicht haargenau, wo das Geld hingeht. Der Gemeinderat müsste die Einsparungen in einem neuen Budget einbringen, über das wir ca. Ende November diskutieren würden. Dann würden wir keine Anträge mehr einreichen. Dann hätten wir eine kurze Budgetdebatte. Wir werden dem Antrag auf Zusammenlegung der Voten zu den einzelnen Anträgen nicht zustimmen. Nicht dass uns das Angst machen würde. Die Redezeit pro Antrag bleibt ja bestehen. Ich bitte Sie, dem Rückweisungsantrag der SVPplus-Fraktion zuzustimmen.

Einzelvoten

Natalie Imboden (GB): Wir sind der Meinung, das vorliegende Budget sei ein Antikrisenbudget. Deshalb wird es von unserer Fraktion GB/JA! so unterstützt. Wir sagen Ja zum Budget, weil es sozial und ökologisch verträglich ist. Uns ist wichtig, dass in dieser Stadt weiterhin investiert wird, in die Hardware, aber auch in die Menschen, in die „Software“, wenn man das so nennen darf. Wir haben mit Freude zur Kenntnis genommen, dass in der Stadt Bern im Jahr 2010 neben dem städtischen Haushalt inklusive Anstalten fast eine halbe Milliarde Franken investiert wird. Eine halbe Milliarde Franken, die den Unternehmungen in der Stadt und in der Region Bern zugute kommt. Die Stadt Bern ist ein wichtiger wirtschaftspolitischer Faktor. Das finden wir richtig. In diesem Zusammenhang waren wir erstaunt, in der sehr interessan-

ten Medienmitteilung der Finanzdirektion zum Moody's Rating folgende Aussage der Finanzdirektorin zu lesen: „Eine antizyklisch motivierte Finanzpolitik führt nur zu einer Erhöhung der Verschuldung, ohne ein nachhaltiges Wachstum auslösen zu können.“ Diese Aussage hat mich erstaunt. Ich möchte den Stadtpräsidenten fragen, ob der Gemeinderat wirklich der Meinung ist, eine antizyklisch motivierte Finanzpolitik sei falsch. Wir sind klar der Meinung, eine antizyklische Finanzpolitik sei der richtige Weg. Das sagen nicht nur linke Ökonomen und Ökonomen. Das hat man in den letzten Monaten gehört. Auch die vorher bürgerlichen oder liberalen Ökonomen und Ökonomen haben gemerkt, dass es in der Wirtschaftskrise durchaus sinnvoll ist, die nicht mehr ganz aktuellen aber immer noch interessanten Bücher des Ökonomen Keynes wieder einmal zu konsultieren und auf die heutige Zeit anzuwenden.

Der zweite Punkt, der uns wichtig ist, ist die Erhaltung der Kaufkraft. Ich bin sonst mit Herrn Hess nicht einverstanden. Aber auch uns ist es ein Anliegen, dass die Bürgerinnen und Bürger genug Geld in der Kasse haben, und die Kaufkraft gestärkt wird. Deshalb unterstützen wir den Gemeinderat in seinem Vorhaben, den Teuerungsausgleich für unsere städtischen Angestellten zu gewähren. Auch das ist ein Beitrag zur Stärkung der Kaufkraft.

Durch Moody's wurde bestätigt, dass die Stadt Bern als Verwaltungsstadt eine gewisse Krisenresistenz hat. Diese Resistenz äussert sich darin, dass wir bei einem wirtschaftlichen Aufschwung weniger schnell profitieren, dass hingegen in einer schlechten Wirtschaftslage die Einnahmenreduktionen verzögert zu Buche schlagen. Die Wirtschaftslage ist ernst. Sie sollte aber nicht dramatisiert werden. Von den natürlichen Personen kommt das meiste Geld, das ins städtische Budget fliesst. Genau diese natürlichen Personen kann man mit einer Kaufkraftstärkung stärken. Bei den natürlichen Personen verzeichnen wir eine Zunahme der Steuererträge von rund 13 Mio. Franken. Etwa so viel beträgt auch der vorgesehene Leistungsausbau. Wir geben also nur das weiter, was wir mehr erhalten haben. Das ist verantwortungsbewusst.

Zur Idee vom Runden Tisch: Wir haben 11 Haushaltsanierungsmassnahmenpakete hinter uns. In der Stadt Bern wurde schon viel geschraubt. Wir hatten auch schon x Runde Tische. Ich habe auch schon an Runden Tischen teilgenommen. Wir helfen jederzeit mit bei einer solchen Diskussion. Aber machen Sie sich keine Illusion: Das Budget wird hier diskutiert, unabhängig von einem Runden Tisch. Man kann Finanzpolitik nicht an einen Runden Tisch delegieren. Das ist nicht der richtige Weg. Von der FDP wurde gesagt, man könne 13 Mio. sparen, ohne Einbussen. Das ist Augenwischerei. Und die Bürgerinnen und Bürger würden das sehen. Wer eine Steuersenkung verspricht und sagt, es gebe keine Einbussen, disqualifiziert sich selber. Die FDP will bei der Jugendförderung, beim Umweltschutz, bei der Kulturförderung und bei der Grünflächenpflege sparen. Das sind Bereiche, die von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut wahrgenommen werden. Fazit: Was von der bürgerlichen Seite kommt, ist eigentlich ein Krisenverstärkungsprojekt, in dieser Wirtschaftslage sicher die falsche Lösung. Wir hoffen, dass die Stimmbürgerinnen und -bürger das erkennen werden und mit einem Ja oder Nein über das Budget befinden können.

Jan Flückiger (GLP): Eine Antwort an Bernhard Eicher: Die Grünliberalen wollen nicht erst dann über Steuersenkungen reden, wenn sämtliche Fremdkapitalressourcen abgebaut sind. Wir fordern einzig, dass der altrechtliche Finanzfehlbetrag von ca. 50 Mio. abgebaut wird. Wenn das mit einer nachhaltigen, langfristigen Politik gemacht wird und unseren Sparanträgen zugestimmt wird, könnten wir in drei bis vier Jahren über Steuersenkungen reden.

Pascal Rub (FDP): Zu Natalie Imboden: Wir wollen nicht sparen. Aber die Stadt will 20 Mio. mehr ausgeben, netto 12 Mio. Wir wollen nicht mehr ausgeben.

Gemeinderat

Direktorin FPI *Barbara Hayoz*: Die Zahlen, die der Gemeinderat Ihnen vorgelegt hat, sind transparent und sprechen eine klare und eigene Sprache. Um die Zahlen zu verstehen, bedarf es keiner Auslegung oder Interpretation, egal wo man oder frau politisch steht und sich bewegt. Die Eintretensvoten der verschiedenen Fraktionen haben eines deutlich gemacht: Sparen ist immer schwieriger als Geld ausgeben. Der Gemeinderat beurteilt es als äusserst gefährlich, den Anträgen, die das Budget verschlechtern, zuzustimmen, mit dem Resultat, dass wir im Bereich der Familienergänzenden Tagesbetreuung von einem „sehr guten“ zu einem „ausserordentlich guten“ Level gelangen. Das mag in diesem Bereich für die einen oder andern erstrebenswert sein. Gesamtheitlich gesehen bringt man damit unsern Finanzhaushalt massiv aus dem Lot und gefährlich in die roten Zahlen. Die Kosten dafür betragen nicht nur 400'000 Franken sondern, bei näherer Betrachtung, 2.2 Mio. Franken. Diesen Betrag müssten wir dann an einem andern Ort einsparen, was bekanntlich nicht so einfach ist. Das können und dürfen wir uns nicht leisten. Denn am Schluss wären wir in einer ziemlichen Schieflage. Interessant ist, dass die Kürzungsanträge zum Budget 2010 ausschliesslich Verwaltung und Exekutive betreffen, und dass das Parlament bei sich selber den Rotstift nicht ansetzt. Im Budget 2010 des Gemeinderats wird ein Leistungsausbau vorgesehen, der zu einer Mehrbelastung von 20,3 Millionen Franken führt. Das Budget trägt der aktuellen konjunkturellen Situation Rechnung. So werden unter anderem für zusätzliche Altersheimplätze und Heimplatzierungen 4,1 Millionen Franken, für den weiteren Ausbau der Spitex 2,7 Millionen Franken, für die Aufstockung der Sachbearbeitung in der Sozialhilfe 1,38 Millionen Franken oder für den Leistungsausbau im öffentlichen Verkehr 1,48 Millionen Franken zusätzlich ausgegeben. Unter Berücksichtigung der kantonalen Beiträge und des Lastenausgleichs verbleibt netto ein Leistungsausbau von 13 Millionen Franken, was einem halben Steuerzehntel entspricht. Der Gemeinderat ist der Meinung, das könne er mit seinem seriösen Budget verantworten. Wir stellen fest, dass bis anhin die Auswirkungen der Finanzkrise gering waren. Darum wurden die Massnahmen, die der Gemeinderat getroffen hat, mit Augenmass getroffen, unabhängig von populistische Forderungen von Leuten, die das Gefühl haben, in der Rezession könne man genau dem zur Umsetzung verhelfen, was man schon immer habe realisieren wollen. Bei solchen Spielen hilft der Gemeinderat nicht mit. Die Struktur der Stadtberner Wirtschaft ist durch den öffentlichen Sektor geprägt. Dies begrenzt das Ausmass positiver wie negativer konjunktureller Schwankungen, was vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein grosser Vorteil ist. Bei den Steuereinnahmen, der städtischen Personalvorsorgekasse, den Gewinnablieferungen der städtischen Anstalten oder bei den Sozialausgaben sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine namhaften Auswirkungen der Rezession spürbar. Die verschärfte Situation bei der Arbeitslosigkeit wird mittelfristig, falls sich die Wirtschaft nicht rasch erholt, zu einem Anstieg der Sozialleistungen führen. Im Budget wird von einer Zunahme der Sozialausgaben ausgegangen. Die Gewinnablieferungen der stadteigenen Anstalten sind auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten in ihrer Höhe nicht gefährdet. Und wir gefährden damit auch die Unternehmen nicht. Bei der städtischen Personalvorsorgekasse besteht im Gegensatz zu vielen andern Personalvorsorgekassen kein Zwang zur Ergreifung von Sanierungsmassnahmen. Zusammengefasst: Insgesamt zeigt sich die Stadt Bern krisenresistent. Trotzdem haben wir Massnahmen zur Stützung der Konjunktur ergriffen. Die Investitionsbudgets 2009 und 2010 sehen Investitionen vor, die mehr als 50 Prozent über dem Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2008 liegen. Insgesamt werden die Stadt und ihre Anstalten rund 475 Millionen Franken (2009) und 445 Millionen Franken (2010) investieren. Als Sofortmassnahme hat der Gemeinderat zusätzlich beschlossen, Investitionen durch den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik im Umfang von 5,1 Millionen Franken vorzuziehen, Lärmschutzmassnahmen entlang der Stadtstrassen für 7,0 Millionen Franken zu beschleunigen und energieeffiziente Gebäudesan-

nierungen währen zwei Jahren mit zusätzlich 2,0 Millionen Franken zu unterstützen. Zur Aussage von Frau Imboden bezüglich eines zusätzlichen städtischen Konjunkturprogramms: Der Gemeinderat hat dazu eine kritische Einstellung. Natalie Imboden, wenn Sie mich schon zitieren, wünsche ich, dass Sie mich ganz zitieren und nicht nur einzelne Sätze herauspicken! Ich habe gesagt, dass es in einer kleinen, offenen Volkswirtschaft wie derjenigen der Stadt Bern kaum möglich ist, mit einer antizyklisch motivierten Finanzpolitik die konjunkturelle Entwicklung zu beeinflussen. Eine antizyklisch motivierte Finanzpolitik führt nur zu einer Erhöhung der Verschuldung, ohne ein nachhaltiges Wachstum auslösen zu können. Solche Programme müssen von den Bundesbehörden ausgelöst werden. Dafür ist sogar der Kanton zu klein. Es wurde verschiedentlich vom Moody's Rating gesprochen. Das Rating hat nicht den Zweck, uns zu loben, sondern soll dazu dienen, dass wir an den Finanzmärkten gute Konditionen erreichen. Und das hat wieder bestätigt, dass wir in der Stadt Bern auf einem guten Weg sind. Die neutrale Kreditwurdigkeitsanalyse belegt, dass die Stadt Bern eine solide Finanzpolitik verfolgt. Primäres Ziel – das wird betont – soll der Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrages sein. Die hohe Kreditwürdigkeit der Stadt resultiert aus der soliden Haushaltslage, die das Ergebnis einer umsichtigen Finanzpolitik der Stadtregierung ist. Als positiv streicht Moody's unter anderem die Tatsache hervor, dass die Stadtverwaltung ihre laufenden Ausgaben nahezu konstant halten konnte. Wie die Analyse weiter belegt, sind die Kapitalausgaben der Stadt abnehmend. Es wurde immer wieder vom schlimmen, grossen Schuldenberg gesprochen. Man muss in diesem Zusammenhang zur Kenntnis nehmen, dass die Ausgaben für den Schuldendienst im Jahr 2003 noch 27 Prozent der Gesamtausgaben der Stadt Bern ausmachten. Im Jahr 2008 betrug dieser Anteil noch 7 Prozent (50 Millionen Franken). Ich wünsche, dass man immer wieder solche Vergleiche macht, und dabei feststellen kann, dass effektiv etwas passiert ist. Was von einigen Sprechern immer wieder als „Schulden“ bezeichnet wird, ist einerseits der Bilanzfehlbetrag, den wir abbauen wollen. Dafür machen wir grosse Anstrengungen. Andererseits sind es die Schulden für das Geld, das wir am Kapitalmarkt aufnehmen. Wir können nicht alles zu 100% selber finanzieren. Niemand kann das, auch kein Unternehmen. Also gehen wir an den Kapitalmarkt und nehmen Geld auf, wofür wir Zinsen bezahlen müssen. Wir werden auch in Zukunft immer Schulden machen müssen. Wir nehmen auch sehr viel Geld für die städtischen Unternehmen ewb und Bern Mobil auf. Diese Schulden sind in unserer Bilanz. Auf der andern Seite haben wir auch Sachwerte, die diesen Schulden gegenüber stehen. Trotz der hohen Fremdverschuldung ist die Stadt nicht am verlumpen. Der Gemeinderat hat dem Stadtrat ein ausgeglichenes Budget 2010 vorgelegt. Wir wollen die bisherige finanzpolitische Richtung weiterverfolgen. Diese lautet: Vollständiger Abbau des Bilanzfehlbetrages, Beibehaltung der Ausgabendisziplin in der Verwaltung und strikte Kontrolle der Fremdverschuldung. Die Analyse von Moody's bekräftigt den gewählten Kurs des Gemeinderats. Wir wollen vor allem erreichen, dass wir in Zukunft einen grössere finanziellen Handlungsspielraum für die Stadt haben.

In Bezug auf die geführte Diskussion danke ich vorab den Sprecherinnen und Sprechern der Sachkommissionen und der Finanzdelegation. Ich bedanke mich für ihre Arbeit, für ihre Voten. Ich bedanke mich vor allem auch für die anerkennenden Worte gegenüber der Verwaltung. Ich werde sie gerne weiterleiten. Der Gemeinderat und der Stadtrat müssen den eingeschlagenen Kurs der eisernen Ausgabendisziplin und weiterer Sparanstrengungen konsequent weiterverfolgen. Die schwierigen Jahre liegen noch vor uns. Diesbezüglich bin ich mit der Mehrheit der Sprecherinnen und Sprecher einig. Noch etwas zum Runden Tisch: Das ist eine nette Idee. Leider hat das Instrument in der Vergangenheit keine durchschlagenden Erfolge erzielt. Am Runden Tisch sitzt man zusammen, sieht sich in die Augen, beschliesst am Schluss sogar etwas. Aber nachher gehen alle in ihre Fraktionen, und die Fraktionen machen dann, was sie wollen. Diesen Umweg können wir uns sparen. Wir diskutieren das Budget hier und in den Kommissionen. Bitte ersparen Sie uns weitere lange abendliche Sitzungen an

Runden Tischen, an denen Beschlüsse gefasst werden, an die sich nachher niemand mehr hält. Ich möchte als Finanzdirektorin nicht weitere Runde Tische begleiten müssen. Die Sprecherin der SP hat es gesagt: Eine solide Finanzpolitik dank rot-grüner Gemeinderatsmehrheit und einer freisinnigen Finanzdirektorin! Danke für das Lob. Wir werden das Lob als Bestätigung unserer Anstrengungen mitnehmen. Zur Gewinnablieferung ewb: Die 25 Mio. sind nicht erwirtschaftetes Geld. Die neuen Fraktionen im Stadtparlament haben das nicht mitverfolgt. Dabei handelt es sich um eine Sonderausschüttung, die aufgrund der Auflösung von stillen Reserven bei ewb angefallen ist. ewb ist selber auf den Gemeinderat zugekommen und hat gefragt, ob wir dieses Geld wollen. Wir wären ein schlechter Gemeinderat, wenn wir dieses Angebot nicht angenommen hätten. Durch die Entgegennahme der drei Mal 25 Mio. schädigen wir ewb nicht und bauen damit den Bilanzfehlbetrag ab. Dabei gewinnen beide Seiten. Die drei Mal 25 Mio. werden also nicht über Gebühren finanziert. Es handelt sich um eine Auflösung von stillen Reserven. Ich wäre froh, wenn auch die neuen Fraktionen das zur Kenntnis nehmen würden. Ich danke Ihnen jetzt schon für eine effiziente Debatte. Und ich danke Ihnen auch im Voraus für eine möglichst unveränderte Annahme des Budgets, das der Gemeinderat Ihnen vorlegt.

Rückweisungsantrag

Rückweisungsantrag SVPplus

Rückweisung des PGB 2010 mit folgenden Auflagen:

1. Senkung Steuersatz um 2 Steuerzehntel
2. Die durch Senkung des Steuersatzes verursachten Mindereinnahmen müssen im PGB 2010 eingespart werden.

Erich J. Hess (SVPplus): Ich bitte den Stadtrat inständig, den Antrag anzunehmen. Wir müssen in der Stadt Bern die Steuern senken. Wir werden eine effiziente Budgetdebatte haben, wenn Sie diesem Antrag zustimmen. Sonst wird die Budgetdiskussion sich über Stunden, über Tage hinziehen. Das Budget hat aus unserer Sicht so viele Mängel, dass es gesamthaft zurückgewiesen werden muss. Sonst muss man sich stunden- oder tagelang über das Budget unterhalten, um herauszufinden, wo Einsparungen gemacht werden können. Mit diesem Antrag geben wir dem Gemeinderat eine zweite Möglichkeit, ein sauberes, gutes Budget vorzulegen, mit einer über zwei Steuerzehntel gesenkten Steueranlage. Wir werden nicht mehr Verlust machen, weil über das Budget die Mindereinnahmen ausgeglichen werden. Ich bitte Sie, wie das vorher auch die Gemeinderätin gemacht hat, so eine effiziente Ratsdebatte zu ermöglichen.

Ratspräsident *Ueli Haudenschild:* Ich weise darauf hin, dass verlangt worden ist, dass alle Abstimmungen unter Namensaufruf erfolgen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag der Fraktion SVPplus ab (14 Ja, 48 Nein).
2. Der Stadtrat beschliesst Eintreten.

Ratspräsident *Ueli Haudenschild:* Wir haben einen **Antrag GFL auf blockweise Diskussion der Anträge.**

Peter Künzler (GFL): Der Antrag ist in Ihren Sitzungsunterlagen vorbereitet. In der Synopse vom 4. 9. 2009 sehen Sie grau markierte und weiss markierte Bereiche in Abwechslung. Wir beantragen, dass wir in diesen Blöcken jeweils diskutieren – bei Änderung der Direktion un-

terbricht auch der Block – und am Schluss des Blockes abstimmen, über bereinigte Anträge, die den jeweiligen Block betreffen. Wir hoffen auf diese Art eine höhere Effizienz in den Ratsbetrieb zu bringen.

Erich J. Hess (SVPplus): Ich bitte Sie im Namen der Fraktion SVPplus, diesen Antrag abzulehnen. Es erstaunt uns, dass das Ratssekretariat schon lange wusste, dass dieser Antrag gestellt wird, uns jedoch nicht orientiert hat. Mich erstaunt auch, dass wir heute noch zusätzliche 5 Blätter zum Budget erhalten haben. Sie weichen vom Originalbudget ab. Zum Antrag von Peter Künzler: Es kann doch nicht sein, dass man in einem einzigen Votum Stellung nehmen müsste zur Erhöhung der Nettokosten von 120'000 Franken zugunsten von Stabsdienstleistungen und zu einer Kürzung zulasten des Umweltschutzes von 477'700 Franken. Das wäre kein demokratisches Vorgehen, wie wir es im Berner Stadtrat gewohnt sind. Es wäre einzig und allein wiederum ein Diktat der linken Mehrheit in diesem Rat, wenn das so angenommen würde. Vor allem würde es kleineren Parteien die Budgetdebatte unerhört erschweren. Es könnte nicht sachlich über die einzelnen Anträge befunden werden. Ich bitte Sie im Namen der Fraktion SVPplus, das Vorgehen aus demokratischen Gründen abzulehnen. Es ist eine reine Diktatur.

Peter Künzler (GFL): Ich muss mich entschuldigen: Ich habe, ohne es zu wollen, eine Verwirrung angerichtet. Wir haben einen Block von Geschäften, z.B. auf Seite 3 die Geschäfte 9 bis 16 grau unterlegt. Man äussert sich zu jedem dieser Geschäfte. Und nach Beendigung der Diskussion wird einzeln über die Anträge abgestimmt. Das ergäbe einen Block Diskussion und einen Block Bereinigung der Anträge. Niemand wird auch nur im Geringsten in seinen demokratischen Rechten beschnitten. Im neuen Geschäftsregelement des Stadtrats, in Artikel 47 Absatz 3 wird genau das ermöglicht. Ist jetzt klar, was wir beantragen?

Philippe Müller (FDP): Wenn jemand so lange erklären muss und immer noch nicht sicher ist, ob es allen klar ist, ist das schon ein Grund für eine Ablehnung des Antrags. Man würde keine Zeit gewinnen, wenn sich doch alle zu jedem Antrag äussern könnten. Und es macht auch keinen Sinn, wenn jemand zum Antrag 8 spricht, der nächste zum Antrag 15 und nachher jemand zum Antrag 9, etc. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Er bringt zeitlich keinen Gewinn und stiftet nur Verwirrung.

Vinzenz Bartlome (BDP): Der Antrag bezweckt etwas ganz einfaches, das wir in jeder Sitzung praktizieren: Das Zusammenlegen von Traktanden.

Jacqueline Gafner Wasem (FDP): Es ist nicht das Gleiche wie das Zusammenlegen von Traktanden. Es sind höchst unterschiedliche Anträge. Wie Philippe Müller gesagt hat, sparen wir zeitlich nichts ein. Aus dem Antrag wird ein heilloses Gewirr resultieren. Wenn man dann nach einer halben Stunde Redeschlacht über die einzelnen Anträge abstimmt, weiss niemand mehr, über was man abstimmt. Bitte lehnen Sie den Antrag ab.

Ratspräsident *Ueli Haudenschild*: Es wurde der Ordnungsantrag gestellt, die Diskussion zu beenden und über den Antrag abzustimmen.

Erich J. Hess (SVPplus): Wie meine Vorvotanten aus der FDP gesagt haben: Es sind in den einzelnen Blöcken so unterschiedliche Themen, dass wir nicht über die Blöcke einzeln abstimmen können. Ich glaube, es wurde ein Ordnungsantrag gestellt.

Ratspräsident *Ueli Haudenschild*: Der Ordnungsantrag wird zurückgezogen, wenn wir nach diesem Votum abstimmen.

Erich J. Hess (SVPplus): Nehmen wir zum Beispiel die Anträge Nr. 95 und Nr. 97: Sie betreffen ganz verschiedene Themen. Wenn wir das alles mit dem Mixer mischen, resultiert ein heilloses Durcheinander. Ich bitte Sie, den Antrag der GFL abzulehnen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Antrag GFL auf eine blockweise Diskussion zu (48 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltung).

Gemeinde und Behörden

Pascal Rub (FDP) für die Kommission SBK: Die SBK hat das Budget von Gemeinde und Behörden in ihrer Sitzung vom 14. August 2009 beraten. Im Namen der SBK danke ich der Verwaltung ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit und für die Beantwortung unserer zahlreichen Fragen. Die Delegationsbesuche sind sehr zufriedenstellend verlaufen. Wir konnten feststellen, dass sich das Budget Gemeinde und Behörden im bisherigen Rahmen bewegt. Die heute vorliegenden Sparanträge Nr. 1 bis Nr. 6 wurden in der Kommission nicht gestellt und konnten deshalb nicht diskutiert werden. Aus diesem Grund werden sie von der SBK nicht kommentiert. Die Kommission hat dem Produktegruppen-Budget in der Version des Gemeinderats grossmehrheitlich zugestimmt und beantragt dem Stadtrat das Produktegruppen-Budget von Gemeinden und Behörden zur Annahme.

Die Sitzung wird um 15.30 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Ueli Haudenschild*

Die Protokollführerin: *Simone Bonjour*

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.10 Uhr

Vorsitzend

Präsident Ueli Haudenschild

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
 Michael Aebersold
 Cristina Anliker-Mansour
 Rania Bahnan Buechi
 Vinzenz Bartlome
 Giovanna Battagliero
 Thomas Begert
 Kathrin Bertschy
 Henri-Charles Beuchat
 Lea Bill
 Manfred Blaser
 Conradin Conzetti
 Rithy Chheng
 Dolores Dana
 Bernhard Eicher
 Susanne Elsener
 Regula Fischer
 Jan Flückiger
 Urs Frieden
 Rudolf Friedli
 Jacqueline Gafner Wasem
 Thomas Göttin
 Guglielmo Grossi
 Beat Gubser

Leyla Gül
 Erich J. Hess
 Kurt Hirsbrunner
 Jimmy Hofer
 Natalie Imboden
 Mario Imhof
 Ueli Jaisli
 Stefan Jordi
 Dannie Jost
 Ruedi Keller
 Daniel Klausner
 Michael Köpfli
 Vania Kohli
 Peter Künzler
 Lea Kusano
 Annette Lehmann
 Edith Leibundgut
 Daniela Lutz-Beck
 Ursula Marti
 Corinne Mathieu
 Claudia Meier
 Christine Michel
 Patrizia Mordini
 Philippe Müller

Nadia Omar
 Stéphanie Penher
 Pascal Rub
 Rahel Ruch
 Hasim Sancar
 Emine Sariaslan
 Martin Schneider
 Rolf Schuler
 Miriam Schwarz
 Tanja Sollberger
 Hasim Sönmez
 Barbara Streit-Stettler
 Luzius Theiler
 Martin Trachsel
 Gisela Vollmer
 Nicola von Greyerz
 Tanja Walliser
 Peter Wasserfallen
 Béatrice Wertli
 Thomas Weil
 Manuel C. Widmer
 Rolf Zbinden
 Christoph Zimmerli
 Beat Zobrist

Entschuldigt

Peter Bühler
 Tania Espinoza
 Simon Glauser

Claude Grosjean
 Robert Meyer

Aline Trede
 Markus Wyss

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
 Barbara Hayoz FPI

Reto Nause SUE
 Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Annina Jegher, Ratssekretärin
 Annika Wanner, Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
 Hanni Reut, Telefondienst

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann

1 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2010 (Abstimmungsbotschaft)

Sämtliche Beschlüsse zum Produktgruppen-Budget 2010 erfolgen unter Namensaufruf. Die Namenslisten zu den Abstimmungen finden sich im Anhang.

Fortsetzung: Gemeinde und Behörden

1	S. 53 Stadtkanzlei (040)	GLP	Kürzung Nettokosten um Fr. 300'000 auf Fr. 5'128'665 zulasten Beziehungspflege und Repräsentation (040010) ¹
2	S. 53 Stadtkanzlei (040)	GLP	Eventualantrag A (falls Antrag 1 abgelehnt wird) Kürzung Nettokosten um Fr. 50'000 auf Fr. 5'378'665 zulasten Beziehungspflege und Repräsentation (040010)
3	S. 53 Stadtkanzlei (040)	GLP	Eventualantrag B (falls Antrag 1 abgelehnt wird) Kürzung Nettokosten um Fr. 250'000 auf Fr. 5'178'665 zulasten Stadtarchiv (040200) → Streichung Umzugskosten
4	S. 53 Stadtkanzlei (040)	FDP	Kürzung Nettokosten um Fr. 350'871.58 auf Fr. 950'000 zulasten Stadtarchiv (040200) ²
5	S. 66 Informationsdienst (050)	FDP	Kürzung Nettokosten um Fr. 74'714.50 auf Fr. 840'000 zulasten Informationsdienst (050000) ³
6	S. 71; Finanzinspektorat (060)	GFL/EVP	Kürzung Nettokosten um Fr. 150'000 auf Fr. 1'082'994 zulasten Finanzinspektorat (060) ⁴

Conradin Conzetti (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Ich beziehe mich auf den Abschnitt Gemeinde und Behörden der Synopse auf Seite 1. Unsere Fraktion behandelt die Anträge Nr. 1 bis Nr. 6 in einem Block, so wie wir es vorhin beschlossen haben. Die GFL/EVP arbeitet und befindet auf der Basis des Budgetvorschlags. Wir stimmen dem Budget im Wesentlichen zu, halten aber Ausschau nach möglichen Sparmassnahmen oder Einschränkungen der Ausgaben. Wir vermuten und befürchten, dass es in den nächsten Jahren finanziell enger wird. Wir wollen sowohl sparen, als auch in die Nachhaltigkeit unserer Stadt investieren können. Auf dieser Basis haben wir geschaut, wo wir Einsparungen vorschlagen können. Wir zielen zuerst

¹ Begründung für die 3 GLP (Eventual)-Anträge: Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum Beziehungspflege und Repräsentation erneut ausgebaut werden soll. Die Beziehungspflege und Repräsentation stellt gemäss eigener Beschreibung „eine effiziente, kontinuierliche Koordination und Gestaltung der Repräsentationsaufgaben für den Stadtpräsidenten und den Gemeinderat sicher“. Unsere Regierung repräsentiert sich bereits heute sehr gut, teilweise wird der Repräsentation auch zu viel Gewicht beigemessen. Bei diesem Budgetposten kann daher ohne spürbare Folgen für die Bevölkerung der Stadt Bern gespart werden, indem sich der Gemeinderat selbst etwas einschränkt und sich auf die tatsächlich zwingenden Repräsentationsaufgaben beschränkt. Bei PG 040010 müssen daher 50'000 Franken eingespart werden. Zudem budgetierte man 2009 bei PG040200 (Stadtarchiv) 250'000 Franken für den Umzug des Stadtarchivs, diese Kosten müssen nun eingespart werden.

² Begründung: Budgeterhöhung 2009 war temporär wegen Umzug in Kubus, nun kann man wieder auf das Niveau von 2008.

³ Begründung: Der Kommunikationsapparat muss nicht weiter ausgebaut werden. Das Niveau 2008 reicht aus.

⁴ Begründung: Abwarten bis die Überprüfung der Finanzkontrolle vorliegt.

auf die internen Verwaltungsstellen. Wir können uns vorstellen, in Stabsstellen Ausbaupläne nicht zu vollziehen. Wir möchten damit vermeiden, dass unmittelbare Dienste an der Bevölkerung eingeschränkt würden. Im Bereich der Kinderbetreuung könnte es gemäss dem Votum der Finanzdirektorin sogar zu einem Ausbau kommen. Das begrüsst unsere Fraktion. Unsere Fraktion ist nicht immer überzeugt von den Berichten der internen Verwaltungsstellen. Oft haben wir das Gefühl, dass es sich um eine übertriebene Detailgenauigkeit handelt oder dass allzu viel und zu detailliert kontrolliert wird. Daher haben wir den Antrag Nr. 6 gestellt, um den geplanten Ausbau des Finanzinspektorats um eine Stelle für 150'000 Franken nicht zu vollziehen. Wir finden, dass das Finanzinspektorat genug und gute Arbeit leistet. Wir brauchen keine übermässige Kontrolle. Durch Kontrolle können nicht alle Schäden behoben werden. In den letzten Monaten hatten wir verschiedene Beispiele für das Versagen der Finanzkontrolle. Der Stadtrat hat der Aufsichtskommission (AK) den Auftrag gegeben, das ganze System der internen und externen Finanzkontrolle und der Finanzrevision neu zu überprüfen. Eventuell ergibt sich aus dieser Überprüfung eine Neuordnung. Darum finden wir es zum jetzigen Zeitpunkt kontraproduktiv, das Finanzinspektorat um eine Stelle für 150'000 Franken aufzustocken. Die GFL/EVP-Fraktion unterstützt den Antrag Nr. 3 der GLP, weil wir auch den Eindruck haben, dass die Umzugskosten des Stadtarchivs eine einmalige Ausgabe darstellten und die Nettokosten nun gesenkt werden könnten. Den Antrag Nr. 5 der FDP wollten wir zuerst unterstützen. Wir haben jedoch festgestellt, dass das Budget des laufenden Jahres mit der Kürzung von 74'000 Franken unterschritten würde. Das ist nicht in Ordnung. Wir unterstützen diesen Antrag daher nicht.

Nicola von Greyerz (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Ich kann mich grösstenteils meinem Vordrner anschliessen. Wir lehnen sämtliche Anträge Nr. 1 bis Nr. 5 ab. Wir werden nur Antrag Nr. 6 zustimmen. Zu Antrag Nr. 4 möchte ich einen Vergleich anbringen. Stellen Sie sich vor, Sie kaufen ein neues Auto auf welches Sie alte Pneus montieren. Wir haben im Kubus einen neuen schönen Ort für unser Stadtarchiv. Jetzt will man dort sparen. Es geht um die Genehmigung von 140'000 Franken Mietreserve, damit das Stadtarchiv mehr Platz hat, um auf den neusten Stand gebracht zu werden. Es werden mehr Akten gesammelt. Das Informationsbedürfnis der Bürger ist heute grösser. Der Ausbau, den man erreichen möchte, ist state of the art. Bei Antrag Nr. 5 können wir nicht nachvollziehen, warum man eine Kürzung beantragen kann. Es geht darum, die Verwaltung effizienter zu machen und sie an Standards wie Intranet anzupassen. Dafür wird eine 50%-Stelle benötigt.

Tanja Sollberger (GLP) für die Fraktion GLP: Die GLP stellt den Antrag, beim Globalbudget der Stadtkanzlei die Nettokosten um 300'000 Franken zu kürzen. Aus unserer Sicht kann in der Produktegruppe 040010 Leistungen für Politik und Verwaltungsführung beim Produkt Beziehungspflege und Repräsentation ein Betrag von 50'000 Franken eingespart werden. So würde der Betrag mit 312'518 Franken den Nettokosten von 2008 entsprechen. In diesem Bereich kann man ohne negative Folgen für die Stadt und die Stadtbevölkerung Einsparungen machen. Der Gemeinderat und der Stadtpräsident repräsentieren die Stadt Bern gut und daher kann das in bescheidenerem Masse gemacht werden. Der zweite Einsparungsbereich betrifft die Produktegruppe 040200 Stadtarchiv. Gemäss der Ausgabe im PGB 2009 belaufen sich die Umzugskosten auf 250'000 Franken. Im Budget 2010 ist nicht ersichtlich, dass diese Kosten wieder wegfallen. Im Bereich Archivierung bleiben die Kosten auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Es heisst, dass Personal transferiert worden sei. Aber man sieht in dieser Produktegruppe nicht, dass Einsparungen vorgenommen worden sind. Das Gegenteil ist der Fall. Die Kosten der Stadtkanzlei werden im Vergleich zum Vorjahr um 260'000 Franken steigen. Neue Aufgaben sind gemäss PGB nicht übernommen worden. Falls Antrag Nr. 1 ab-

gelehnt wird, stellt die GLP zwei Eventualanträge Nr. 2 und Nr. 3, aufgeteilt in die beiden Einsparungsbereiche. Die GLP wird den Anträgen Nr. 5 und Nr. 6 zustimmen.

Dannie Jost (FDP) für die Fraktion FDP: Mein Votum betrifft Antrag Nr. 4. Die FDP beantragt eine Plafonierung auf der Höhe des Budgets des Vorjahres. Die Umzugskosten beim Stadtarchiv fallen weg. Mit der Digitalisierung ist das im laufenden Budget zu kompensieren. Die Kosten dürfen nicht weiter auf diesem hohen Niveau bleiben.

Peter Wasserfallen (SVP) für die Fraktion SVPplus: Bei den Anträgen Nr. 1 bis Nr. 6 geht es um Gemeinde und Behörden. In Antrag Nr. 1 geht es um die Kürzung der Nettokosten von 300'000 Franken zu Lasten der Beziehungspflege und Repräsentation. Unsere Fraktion stimmt diesem Antrag zu. Die Stadt Bern ist in vielen Bereichen überrepräsentiert. Oft wäre es nötig, weniger Apéros und mehr Basisarbeit zu machen. Bei der Beziehungspflege und Repräsentation kann man mit 5'128'665 Franken genug machen, ohne die budgetierten 300'000 Franken zusätzlich zur Verfügung zu haben. In Antrag Nr. 2 geht es nochmals um dasselbe. Es wird erneut deutlich, dass Schluss ist mit Aufstocken, dass jetzt mehr Basisarbeit geleistet werden muss. 5'378'665 Franken sind ausreichend. Mit Antrag Nr. 3 und Nr. 4 beantragen die GLP und die FDP eine Kürzung beim Budget des Stadtarchivs. Letzten Freitag war die Eröffnung des Kubus/Titan, der bereits Risse aufweist. Ich bin selbst Historiker und habe nichts gegen Archive und Stadtarchive. Diese beiden Anträge finden wir wichtig. Das Geld war temporär für den Umzug in den Kubus/Titan budgetiert. Jetzt sollte man wieder aufs Niveau von 2008 zurückkommen. Das Stadtarchiv soll in die schönen Räumlichkeiten umziehen, die hell, modern und transparent sind. Dort sollen die Dienstleistungen wie bisher erbracht werden. Das ist im Sinne des Stadtarchivs. Wir brauchen keinen „hipen“ Medienturm. Wir sind nicht die Bodleian Library in Cambridge oder das National Archive in Washington DC. Es ist ein kleines Archiv im Vergleich zum Bundesarchiv oder zum Staatsarchiv am Falkenplatz. Das Stadtarchiv wird auch leben können, wenn man die Kürzungen von 250'000 Franken bzw. 950'000 Franken macht. Archivare brauchen Archivalien. Momentan werden sie mit dem Ordnen der Archivalien ausreichend beschäftigt sein. Ich habe gehört, sie hätten neue Akten gefunden, welche sie nun registrieren müssen. Das geht auch ohne dieses Geld. Die SVPplus-Fraktion unterstützt Antrag Nr. 3 und Nr. 4 ebenfalls. Bei Antrag Nr. 5 verlangt die FDP eine Kürzung von 74'714.50 Franken mit der Begründung, dass der Kommunikationsapparat von 2008 ausreichend sei. Das finde ich auch. Die Informationen, die die Stadt auf dem Internet herausgeben will, sind ausreichend und immer verfügbar. Die Informationen, die die Stadt nicht herausgeben will, werden erst zugänglich, wenn man eine Interpellation, eine kleine Anfrage oder eine Petition macht. Die Informatikdienste der Stadt Bern sind ausreichend für das, was gemacht werden muss. Es gibt genügend Broschüren und Prospekte der Stadt. Darum ist es gut, wenn man diesem Antrag zustimmt. Antrag Nr. 6 lehnt die SVPplus-Fraktion ab. Wir haben erst gerade einen Vorstoss zur Überprüfung der Stellung des Finanzinspektors überwiesen. Im Anhang dieses Vorstosses haben wir das Reglement der Stadt Zürich abgedruckt. Dort hat der Finanzinspektor eine freiere Stellung und ist unabhängig. Es ist wichtig, dass der Finanzinspektor gestärkt und dass ihm nicht Geld weggenommen und seine Stellung institutionell überprüft wird. Das haben wir in der Sozialhilfedebatte gesehen. Darum wird die SVPplus-Fraktion den Antrag Nr. 6 ablehnen. Wir bitten die anderen Fraktionen, den Anträgen Nr. 1 bis Nr. 5 zuzustimmen und Antrag Nr. 6 abzulehnen.

Vinzenz Bartlome (BDP) für die Fraktion BDP/CVP: Ich spreche zu Antrag Nr. 3 und Nr. 4. Es geht um die Streichung der Umzugskosten des Stadtarchivs, welche nächstes Jahr entfallen. Im Moment ist das Stadtarchiv am Zügeln. Am 2. November 2009 wird es am neuen Standort seinen Betrieb aufnehmen. Weshalb benötigt es im 2010 weiterhin einen Kredit von 1,3 Mio.

Franken, wenn der Umzug bis dann abgeschlossen ist? Es waren insbesondere berufliche Interessen, die mich motivierten, nochmals nachzuhaken. Es hat sich herausgestellt, dass die Erhöhung der Kosten nicht mit dem Umzug zusammenhängen. Die 350'000 Franken setzen sich zusammen aus 140'000 Franken für den neuen Standort, welchem der Stadtrat mit dem Entscheid für den Umzug in den Kubus zugestimmt hat. Das sind die Mehrkosten, weil es ein doppelt so grosser Raum ist. Es gibt Neben- und Amortisationskosten. Neu muss ein Innenausbau gemacht werden, welcher amortisiert werden muss. Es handelt sich daher um gebundene Kosten, welchen der Stadtrat bereits zugestimmt hat. 100'000 Franken sind für die Verschiebung einer Stelle, welche bisher bei der Stadtkanzlei angesiedelt war, budgetiert. Das ist ein Nullsummenspiel, da dieser Posten bereits im Budget existiert. Weiter sollen im 2010 für 50'000 Franken Hilfskräfte angestellt werden, die ein Archivgesamtverzeichnis erstellen. Das ist dringend notwendig. Es darf nicht sein, dass ein Archiv nicht weiss, was es bei sich archiviert. Weitere 60'000 Franken sind für den Beitrag zur KOST. Diese Stelle sucht für unsere Verwaltung auf der Kantons- und Gemeindeebene gemeinsame Wege zu einer elektronischen Archivierung zu erschliessen. Das führt zu einer riesigen Kostenersparnis, wenn alle Staatsarchive und die grösseren Stadtarchive der Schweiz das zusammen machen, statt wenn die Stadt Bern das alleine entwickeln muss. Weiter ist der Beitritt zu einem Online-Katalog im Budget enthalten. Am neuen Standort werden neue Geräte verwendet. Die bisherigen Geräte sind 15-jährig und älter. Das sind notwendige Kosten. Ein grosser Teil sind gebundene Kosten und haben mit dem Umzug nichts zu tun. Das Stadtarchiv läuft gesamthaft auf einem sehr bescheidenen Niveau. Vergleichen Sie es mit St. Gallen oder Lausanne. Schauen Sie den Standard dort an. Unser Stadtarchiv arbeitet sehr günstig und sollte jetzt die Möglichkeit erhalten, die neuen Lokalitäten zu nutzen und unsere Erwartungen umzusetzen. Für mich ist ein Antrag unseriös, wenn nicht vorgängig abgeklärt wurde, warum die Kosten nicht gesenkt werden können. Es sieht danach aus, dass man das Geld anhand von Sympathien vergibt. Auf diese Art und Weise kann das Budget nicht behandelt werden. Die Fraktion BDP/CVP wird die Anträge Nr. 1 bis Nr. 6 ablehnen.

Luizius Theiler (GPB-DA): Die halbe GPB-DA stimmt den Anträgen zu, mit Ausnahme des Antrags Nr. 3 und Nr. 4. Wir sind der Ansicht, dass das Stadtarchiv das kollektive Gedächtnis der Stadt darstellt. Vinzenz Bartlome hat darauf hingewiesen, wie das Stadtarchiv im Vergleich zu anderen Archiven finanziell tief dotiert ist. Den Anträgen zur Kürzung des Budgets des Stadtarchivs stimmen wir nicht zu. Tendenziell nehmen die unproduktiven Leistungen der Stadt weit überproportional zum Bevölkerungszuwachs zu. Die Kosten der Stadtkanzlei haben seit der Rechnung vor zwei Jahren über 10% zugenommen. Wir haben im Bereich der Büros einen Rationalisierungseffekt. Warum nehmen die Kosten daher dermassen zu? Das hat mit dem grösseren Bedürfnis nach Selbstdarstellung und Repräsentation zu tun, mit der Beziehungspflege. Diese nimmt in Bern überhand. Als jüngstes Beispiel stellte Gemeinderätin Barbara Hayoz in der Orangerie an der Elfenau das neue Parkpflegewerk mit der Liquidation des Bauernhofs vor. Es wurde ein PR-Beauftragter angestellt, anstatt zuerst die Bevölkerung zu fragen, was sie dazu meint und welche Ideen und Vorschläge sie dazu hat. Es wurde ein Führungsentscheid von oben nach unten gefällt. Die Quartierkommission wurde ausgeschaltet. Diese Beziehungspflege kommt nachher in solchen Budgetposten kostenmässig zum Ausdruck. Gemeinderätin Barbara Hayoz wird sagen, es betreffe nicht diesen Budgetposten. Aber wir haben gar keinen Überblick, welche Kredite und welche Posten im PGB enthalten sind, welche Gelder genau für was benutzt werden. Diese Transparenz hat man mit der Umstellung auf die neue Stadtverwaltung zugunsten der so genannten Flexibilität der Verwaltung abgeschafft. Wir werden allen Anträgen zustimmen, die wirklich eine Verbesserung des Service public bringen und sinnvoll sind, wie z.B. die Tagesbetreuung. Kostenerhöhungen, die nur die Bürokratie ausweiten, ohne dass das Volk einen Nutzen hat, lehnen wir ab.

Bernhard Eicher (JF): Ich äussere mich primär zum Antrag Nr. 5. Wir möchten diesen Bereich plafonieren. Wir sehen nicht ein, wieso der Informationsdienst ausgebaut werden sollte. Unserer Meinung nach ist das unnötig. Wir streichen nicht dort, wo Stellen betroffen sind, sondern versuchen, darauf zu achten, dass der Stellenausbau eingeschränkt wird. Bei Antrag Nr. 4 sind wir davon ausgegangen, dass es sich um eine einmalige Erhöhung des Budgets für 2009 handle. Wir haben den Budgetposten von 350'000 Franken für 2010 immer noch im PGB. Es wird nun eine andere Begründung geliefert, wieso man dieses Geld unbedingt benötige. Das stört uns. Das kritisieren wir. Wir setzen uns für eine Plafonierung ein, damit das Budget nicht immer grösser wird. Die Anträge Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 3 wird die FDP-Fraktion annehmen. Antrag Nr. 6 werden wir ablehnen. Wir sehen nicht ein, wieso man ausgerechnet beim Finanzinspektorat kürzen sollte. Wir haben bei der Sozialhilfe gesehen, dass das Finanzinspektorat massiv behindert worden ist. Hinter der jetzigen Streichung der Mittel vermuten wir eine taktische Überlegung. Wahrscheinlich hat man nicht so gerne, wenn die Finanzinspektoren dem Gemeinderat zu fest auf die Finger schauen. Daher lehnen wir diesen Antrag ab.

Tanja Sollberger (GLP): Ich bringe eine Korrektur zu Antrag Nr. 1 an. Es geht um die Kürzung der Nettokosten um Fr. 300'000 auf Fr. 5'128'665 zulasten der Beziehungspflege und Repräsentation. Das bezieht sich auf das Globalbudget der Stadtkanzlei. Wenn dieser Antrag abgelehnt wird, haben wir zwei Eventualanträge eingereicht, wo die 300'000 Franken auf die Produktgruppen aufgeteilt werden. Aus dem Votum von Peter Wasserfallen habe ich erkannt, dass unser Antrag nicht richtig verstanden worden ist. Vinzenz Bartlome möchte ich entgegenen, dass es sich bei Antrag Nr. 3 nicht um ein Nullsummenspiel handelt. Die Kosten für 2010 steigen um 250'000 Franken. Wenn ich als Milizparlamentarierin bei jedem Posten nachforschen muss, warum er steigt, wird es sehr schwierig. Das PGB hat 600 Seiten. Es steht nirgends, warum die Kosten ansteigen. Es werden nicht mehr Aufgaben geleistet. Das finde ich sehr undurchsichtig und schwierig an dieser Budgetdebatte.

Erich J. Hess (JSVP): Mich hat bei der diesjährigen Budgetdebatte sehr gefreut, dass nicht nur die SVP und die FDP Kürzungsanträge gestellt haben. Das zeigt mir, dass sich nicht nur zwei Parteien mit dem Budget auseinandergesetzt haben. Neu hat sich die GLP mit dem Budget auseinandergesetzt und ist zum selben Schluss wie die bürgerlichen Parteien gekommen, nämlich, dass das städtische Budget ein enormes Sparpotential hat. Die Einsparungen, die hier vorgesehen sind, sind sinnvoll. Antrag Nr. 6 kann ich nicht zustimmen. Er muss zwingend abgelehnt werden. Wenn wir diesen Antrag abnehmen und das Budget des Finanzinspektorats um 150'000 Franken kürzen, geben wir der rot-linken Mehrheit im Gemeinderat noch viel mehr Kompetenzen, und wir können sie noch viel weniger beaufsichtigen. Sie können noch viel mehr wursteln wie sie wollen, so wie im ganzen Sozialschlamassel. Wir müssen unbedingt alles besser kontrollieren. Wir dürfen dort keine Kürzung vornehmen. Ansonsten werden wir ausnahmslos jedem Kürzungsantrag zustimmen. Es ist sonderbar, dass Antrag Nr. 6 von der GFL/EVP-Fraktion kommt. Sie schauen normalerweise, dass alles korrekt und nach Mass geschieht. Aber gerade hier, wo es um eine gewisse Aufsicht geht, möchten sie Einsparungen machen. Ich begreife die GFL in diesem Punkt nicht. Im ganzen Budget kommen wenige Anträge der GFL. Wahrscheinlich ist ihnen das Finanzinspektorat ein Dorn im Auge. Wieso genau? Ich hoffe, dass mir jemand diese Frage beantworten kann.

Conradin Conzetti (GFL): Das Finanzinspektorat ist von uns anerkannt. Es macht im Allgemeinen gute Arbeit. Unser Antrag richtet sich gegen einen Ausbau des Finanzinspektorats um eine Stelle. Die SVP ist sonst immer dafür, wenn es um Einsparungen im Ausbau geht.

Erich J. Hess (JSVP): Dann habe ich richtig vermutet. Es müssten viel mehr Kürzungsanträge der GFL vorliegen, wenn sie jeden Ausbau, der im Gesamtbudget gemacht worden ist, verhindern möchte. Dann müsste die GFL den Budgetantrag der FDP unterstützen. Die GFL kann nicht nur an einem Ort sparen wollen, aber am anderen Ort nicht. Ich empfehle der GFL, dem von der FDP vorbereiteten Budget zuzustimmen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät:* Wir sind in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und lesen täglich von der steigenden Arbeitslosigkeit. Im Rat verlangen alle Parteien mehr oder weniger erfolgreich, dass man Konjunkturprogramme macht und dass man die Stellen sichert. Der Gemeinderat legt heute ein vernünftiges und ausgeglichenes Budget mit bescheidenem Wachstum vor. Jetzt kommen jede Menge Sparanträge, die letztlich zum Ziel haben, dass wir Stellen abbauen müssen. Wenn der Stadtrat in dieser Zeit das Zeichen setzen will, dass jetzt Zeit sei, um Stellen abzubauen, dann verstehe ich diese Politik nicht. Daher möchte ich Sie bitten, die Anträge Nr. 1 bis Nr. 6 abzulehnen. Ich gehe kurz auf die einzelnen Anträge ein, damit ein minimales Fachwissen im Rat haften bleibt.

Wenn wir die 300'000 Franken von Antrag Nr. 1 sparen, hat das mit Apéros gar nichts zu tun. Das hat damit zu tun, dass wir zwei Stellen in der Stadtkanzlei haben, die sich mit Jungbürgerfeiern, mit Neuzuzügern, mit Neuzuzügerbroschüren, mit Ehrungen von Sportlern, mit Nachbarschaftstreffen, mit Konzerten im Erlacherhof und anderen Anlässen für die Bevölkerung beschäftigen. Wenn Sie diese 300'000 Franken streichen, werden diese Leistungen nicht mehr von diesen Stellen erbracht werden können. Das ist kein sinnvoller Antrag. Die beiden Eventualanträge schlüsseln die Einsparung auf. Zum einen will die GLP die Beziehungspflege und Repräsentation um 50'000 Franken kürzen. Da geht es genau um die vorher genannten Anlässe. Man will Hauptstadt und Konferenzort sein, man will in der Agglomerationskommission viele Aktivitäten haben, man will in der Regionalkonferenz präsent sein. Man will, dass wir mit den Nachbargemeinden verbesserte Beziehungen haben und gleichzeitig streicht man diesen Betrag, weil man ihn für unnötig betrachtet. Das ist widersprüchlich. Vinzenz Bartlome danke ich herzlich für sein Votum zum Stadtarchiv. Es war immer klar, dass der Umzug des Stadtarchivs zusätzliche Mietkosten von 140'000 Franken auslösen. Das war bereits in der Abstimmungsbotschaft klar deklariert. Man sollte jetzt nicht so tun, als ob man das nicht wüsste. Man hat sich vielleicht nicht informiert, aber man hätte es wissen können. Die anderen Ausgaben, wie die Stelle, die von der Stadtkanzlei transferiert wurde, unterliegen einem relativ komplizierten Mechanismus. Ich kann Ihnen das gerne einmal in einem längeren Exposé erklären. Das Controlling beim Finanzinspektorat wurde zur Stadtkanzlei transferiert. Dadurch hat die Stadtkanzlei neue Aufgaben übernommen, welche sie durch die Abtretung einer Stelle an das Stadtarchiv kompensieren konnte. Die Kürzung beim Stadtarchiv wäre fatal. Ich bin seit neun Jahren im Gemeinderat und war vorher zwölf Jahre im Stadtrat. Noch nie hatten wir einen so gut funktionierenden Informationsdienst. Jetzt werden Themen angepackt, die langsam notwendig werden wie Intranet, Internet, e-Government und Kundenfreundlichkeit in der Kommunikation und Information. Kaum beginnt das zu fliegen, wollen Sie das wieder kürzen. Das ist ein völlig falscher Entscheid zu einer Zeit, in welcher immer mehr Leute immer mehr Transparenz verlangen und Informationen wollen. Wir sollten zu Recht eine gläserne Verwaltung schaffen. Die Information und Kommunikation ist dort sehr wichtig. Der Kürzungsantrag ist unpassend. Beim Finanzinspektorat können Sie machen, was Sie wollen. Wir haben ein gutes Budget, daher lehnen wir alle Kürzungsanträge ab. Sie diskutieren darüber, mit welchen Mitteln das Finanzinspektorat wo angesiedelt werden soll. Soll es zur Stadt, zum Ratsbüro oder soll es bei der Verwaltung bleiben? Diese Diskussion steht Ihnen bevor. Daher sind Sie frei zu schauen, in welcher Form Sie das Finanzinspektorat ausgestalten wollen. Es gibt unter diesen sechs Anträgen keinen, den man nachvollziehen kann. Wenn Sie diese Anträge annehmen, heisst das Stellenabbau. Ich wiederhole mich wahrscheinlich noch einige Male.

Die PRD hat ausser den Löhnen, den Mietkosten und den Abgaben für Informatik kaum freie Mittel. Wir haben keine Projekte. Das ganze Budget ist an Löhne und Mietkosten gebunden. Wenn Sie dort mit Kürzungen beginnen, wird das fast jedes Mal personelle Konsequenzen haben. Bei der jetzigen Wirtschaftslage einen Angestellten zu entlassen, ist nicht verantwortbar.

Michael Köppli (GLP): Mit Antrag Nr. 1 wollen wir nicht 300'000 Franken bei der Beziehungspflege und Repräsentation sparen, sondern 50'000 Franken. Die restlichen 250'000 Franken werden beim Stadtarchiv eingespart. Wir haben gemäss Gemeindeordnung das Globalbudget gekürzt und nicht die einzelnen Produktgruppen.

Pascal Rub (FDP): Solange der Gemeinderat wiederholt, man wolle mit den Einsparungen Stellen abbauen, solange werde ich sagen, dass der Gemeinderat im 2010 20 Mio. Franken mehr ausgeben will als im letzten Jahr. Das ist kein Abbau und kein Sparen, sondern ein Weniger-Ausgeben.

Erich J. Hess (JSVP): Sie müssen sich nicht bereits am Anfang der Debatte aufregen, wenn ich rede. Ich werde heute Abend noch öfters das Wort ergreifen. Sie haben halt unserem Rückweisungsantrag nicht zugestimmt! In der Privatwirtschaft betreffen die Einsparungen auch Leute. Wenn die Stadt Einsparungen machen muss, kann es sein, dass Stellen abgebaut werden müssen. Sicher ist die momentane Situation der Wirtschaft nicht hervorragend, und diese Personen werden nicht sofort eine neue Stelle finden. Aber ich bin der Meinung, dass die Stadt hervorragende Leute angestellt hat. Diese hervorragenden Leute werden sicher wieder schnell etwas Neues finden, wenn sie die Stelle verlieren. Man kann auch vorerst auf natürliche Fluktuationen eingehen. Das wird noch nicht gemacht. Es werden immer wieder neue Leute auf vakante Stellen eingestellt. Dort wäre dringend Handlungsbedarf, damit man den aufgeschwollenen Verwaltungsapparat herunterfahren könnte. Die natürlichen Fluktuationen sollte man für einen Stellenabbau nutzen. Davon haben Sie wahrscheinlich noch nie etwas gehört.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 1 ab (24 Ja, 47 Nein). *Abst.-Nr. 028*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 2 ab (23 Ja, 46 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 029*
3. Antrag 3 obsiegt Antrag 4 (42 Ja, 27 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 030*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 3 ab (31 Ja, 38 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 031*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 5 ab (21 Ja, 47 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 032*
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 6 zu (35 Ja, 29 Nein, 5 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 033*

Präsidialdirektion

SBK-Kommissionspräsident *Pascal Rub* (FDP): Die SBK hat das Budget der PRD in der Sitzung vom 14. August 2009 beraten. Im Namen der SBK danke ich der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und die Beantwortung unserer zahlreichen Fragen. Die Delegationsbesuche sind sehr zufrieden stellend verlaufen. Alle Fragen konnten beantwortet werden. Es wurde festgestellt, dass sich das Budget der PRD im bisherigen Rahmen bewegt. Die heute vorliegenden Sparanträge Nr. 7 bis Nr. 23 sind der Kommission nicht vorgelegen und konnten daher nicht diskutiert werden. Sie bleiben somit von der SBK unkommentiert. Mit Antrag Nr. 24 empfiehlt die SBK dem Stadtrat einstimmig, bei der Denkmalpflege eine neue Kennzahl Nr. 4) Anzahl Beschwerden einzufügen. Die Kommission hat dem PGB in der Version des Gemein-

derates grossmehrheitlich zugestimmt und beantragt dem Stadtrat das PGB der PRD mit der neuen Kennzahl 4) zur Annahme.

PVS-Kommissionspräsident *Erich J. Hess* (JSVP): Als Kommissionspräsident danke ich der Verwaltung und dem Gemeinderat für die sehr seriöse Arbeit, die sie für das Budget geleistet haben. Wir haben das Budget eingehend geprüft und waren der Meinung, dass gute Arbeit geleistet worden ist. Wir haben keine Anträge zur PRD. Mit Freude haben wir gesehen, dass die 14 Lehrstellen weiterhin bestehen bleiben. Es hat zudem sehr viele Praktikumsplätze. Das begrüssen wir grundsätzlich. In den Delegationsbesuchen haben wir eingehend über Kürzungsmassnahmen diskutiert. Die PVS war der Meinung, dass jede Kürzung sehr tief greifende Massnahmen, nämlich Kündigungen, zur Folge hätte. Die PVS ist der Meinung, dass man aus diesem Grund keine Kürzungen vornehmen darf. Die PVS hat alle Anträge, die seitens der SVP gestellt worden sind, klar abgelehnt. Umso mehr erstaunt die PVS, dass die Anträge nochmals eingereicht worden sind. Die PVS ist der Meinung, dass Anträge, die in der Kommission deutlich abgelehnt werden, im Stadtrat nicht mehr gestellt werden müssten. Ich bitte Sie, die Anträge so wie sie der Gemeinderat gestellt hat, zu unterstützen und die einzelnen Kürzungsanträge abzulehnen.

Daniela Lutz-Beck (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Antrag Nr. 9 zur Kulturförderung der FDP befremdet. Die GFL/EVP-Fraktion lehnt globale Kürzung generell ab. Gerade das vorliegende Budget zeigt auf, dass Kürzungen durchaus möglich sind, wenn sie da ansetzen, wo sie eine sinnvolle Vereinfachung oder gar Verbesserung der Verwaltungsstrukturen ermöglichen. Der Antrag Nr. 10 der GLP kann die GFL/EVP-Fraktion annehmen, da die Teuerung nicht von der Kürzung betroffen ist. Ein Ausbau der Dienstleistung ist zurzeit nicht angezeigt. Uns ist es wichtig, transparent in Projekte zu investieren. Den Antrag Nr. 18 der BDP/CVP-Fraktion lehnen wir ab. Dem Antrag Nr. 19 des Gemeinderats stimmen wir zu. Zu erwähnen ist, dass es sich gerade in diesem Punkt zeigt, wie wichtig es ist, die Ausgaben transparent und nachvollziehbar zu deklarieren. Der Antrag Nr. 18 kürzt nicht die Zuwendung an den Progr, sondern städtische Gelder für die Projekte, die im Progr realisiert werden. Die Gelder sind somit nicht an das Gebäude Progr gebunden, sondern an die Projekte. Es wäre einfacher gewesen, eine Bezeichnung zu finden, die die Ausgabe besser beschrieben und eine Vermischung mit dem Gebäude Progr vermieden hätte. Dieser Hinweis geht zuhanden des Gemeinderats. Die Anträge Nr. 25 und Nr. 26 zur Stadtentwicklung der FDP und GLP führten durchaus zu Diskussionen, wobei wir uns erlauben werden, im Budget 2011 ein besonderes Augenmerk auf diese Budgetposten zu werfen. Wir erwarten eine Leistungsverbesserung der Abteilung. Wir unterstützen keine Kürzungen des Globalbudgets. Der Antrag Nr. 36 zum Stadtplanungsamt wird von der GFL/EVP-Fraktion unterstützt. Bereits im letzten Jahr hat die GFL/EVP-Fraktion jeglichen Ausbau des Stadtplanungsamtes abgelehnt. Die auszuführenden Aufgaben lassen sich unserer Meinung nach mit den vorhandenen personellen Ressourcen bewältigen. Wir stellen immer noch die Zuteilung der verschiedenen Ämter in Frage, in diesem Fall die Zuordnung des Stadtplanungsamtes in die PRD. Der vorliegende Antrag des Gemeinderates ist zudem nicht genügend begründet. Ich zitiere Conradin Conzetti 2008: „Wenn nötig, kann der Gemeinderat ja gezielte Aufträge an Spezialisten auch ausserhalb der Verwaltung übertragen, z.B. in der Stadtplanung“.

- | | | | |
|---|--|---------|--|
| 7 | S. 82; Dir.stab /
Gleichstellung
(100) | SVPplus | Kürzung Bruttokosten um Fr. 439'652 auf Fr. 3'558'956
→ Streichung Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann (100300) ⁵ |
| 8 | S. 88; Dir.stab /
Gleichstellung
(100) | SVPplus | Eventualantrag, falls Antrag 7 abgelehnt wird
Kürzung Bruttokosten um Fr. 219'826 auf Fr. 3'778'782
→ Streichung Gleichstellungsprojekte (100310) ⁶ |

Patrizia Mordini (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Alle Jahre wieder möchte die SVP die Gleichstellungsstelle abschaffen. Die Stadt hat einen verfassungsmässigen und gesetzlichen Gleichstellungsauftrag, den sie auf Gemeindeebene erfüllen muss. Die Aufgaben und Kompetenzen sind klar geregelt und werden klar eingehalten. Der Gleichstellungsauftrag ist ein Dauerauftrag. Die Gleichstellung ist zwar faktisch in der Verfassung verankert, ist jedoch tatsächlich noch nicht erreicht. Das zeigt sich in vielen Bereichen des täglichen Lebens. Ein Beispiel ist die bestehende Lohnungleichheit von Frauen und Männern, die durchschnittlich bei 21% liegt. Der Gleichstellungsauftrag ist daher eine Kernaufgabe der Stadt. Die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann hat eine Querschnittfunktion inne. Der Auftrag besteht darin, die Gleichstellung verwaltungsintern sowie extern voranzutreiben. Das erfordert Genderkompetenz, über welche sie verfügt. Die Fachstelle kommt ihrem Auftrag kompetent und kostengünstig nach. Nicht zuletzt müsste für eine Veränderung hin zu mehr Gleichstellung ein Umdenken stattfinden, d.h. eine Auseinandersetzung mit traditionellen und nicht-traditionellen Rollenbildern und Lebensentwürfen. Wir sehen, dass die Anträge auf Kürzung der Gelder dieser Stelle und der Eventualantrag von einer Partei kommen, die keine Frau im Stadtrat hat. Ich würde Ihnen empfehlen dieses Emma-Heft durchzulesen, um sich hinsichtlich Frauenbildern von Frauen und Männern, Vollzeit-/Teilzeitarbeitenden, Müttern und Vätern zu bilden und das Rollenverständnis von männlichen Schweizer Politiker der SVP eingehender zu untersuchen. Die SP/JUSO-Fraktion beantragt die Ablehnung dieser beiden Anträge. *(Überreicht der Fraktion SVPplus ein Emma-Heft)*

Thomas Weil (SVP) für die Fraktion SVPplus: Rudolf Friedli und ich haben zu diesem Thema bereits Motionen eingereicht. Wir stellen effektiv jedes Jahr den Antrag, diese Fachstelle aufzuheben. Die entsprechenden Projekte, die mit der Fachstelle verbunden sind, können auch gestrichen werden. Grundsätzlich ist es ein verfassungsmässiger Auftrag, das bestreiten wir nicht. Gleichstellung innerhalb der Gesellschaft oder der Verwaltung kann ohne eigene Fachstelle wahrgenommen werden. Es ist nicht ein verfassungsmässiges Recht oder ein Grundrecht, eine Fachstelle zu haben. Nicht jedes Grundrecht hat ein eigenes Büro, sonst müssten wir auch ein Büro für Wirtschaftsfreiheit, für Eigentumsgarantie oder für persönliche Freiheit haben. Dann müssten wir den ganzen Katalog der verfassungsmässigen Rechten institutionalisieren und in eine entsprechende Fachstelle überführen. Die Fachstelle wird immer aufgeblasener und generiert immer höhere Kosten. Das ist ein Beschäftigungsprogramm, das sich die Verwaltung und die Linken unter dem Deckmantel der Gleichstellung hier schaffen. Man könnte auch in anderen Bereichen als bei Mann/Frau die Gleichstellung einführen. Die Fachstelle ist längstens überflüssig. Die Gleichstellung ist in der Gesellschaft mehr oder weniger realisiert. Die Gleichstellung ist innerhalb der Behörden oder bei Stellen realisiert. Was unsere Fraktion anbelangt, so haben wir Frauen auf der Liste. Wenn diese nicht gewählt werden, ist das nicht unser Problem. Das ist die Wählergunst. Wir fördern gerne Frauen. Wir haben in

⁵ Begründung: Unnötig! Gleichstellung ist in unserer Gesellschaft vollzogen!

⁶ Vgl. Anm. 5.

unserer Partei auch Frauen in Kaderfunktionen. Wir hatten eine Gemeinderätin, wir hatten eine Fraktionspräsidentin. Wir haben Freude, wenn Frauen bei uns auf der Liste sind oder ein Mandat haben.

Rudolf Friedli (SVP): Gleichstellung ist wichtig, aber sie ist schon lange erreicht. Weil sie erreicht ist, kann man nicht mehr Gleichstellung dazu sagen. Daher erfindet man etwas unter dem Begriff „gender“. Das ist ein anderes Wort, das eingebracht wird, damit man mit der gleichen Geschichte wieder von vorne beginnen kann.

Tanja Walliser (SP): Wir sind schon weit gekommen, was die Gleichstellung von Mann und Frau angeht. Nach mehr als 100 Jahren Kampf haben wir es endlich geschafft, das Frauenstimmrecht einzuführen. Als letztes europäisches Land haben wir es vor vier Jahren auch noch geschafft, den Mutterschaftsurlaub einzuführen. Frauen dürfen studieren, arbeiten, politisieren etc. Der Antrag der SVP ist ein Schlag ins Gesicht aller Frauen und modernen Männer. Frauen verdienen immer noch 20% weniger als Männer. Frauen werden von ihren Männern vergewaltigt und verprügelt. Frauen werden als Rabenmütter bezeichnet, weil sie es wagen, Familie und Karriere zu vereinbaren. Dieser Antrag ist auch ein Schlag ins Gesicht für alle modernen Männer, die kein Anrecht auf einen Vaterschaftsurlaub haben und die sich gerne um ihre Kinder kümmern würden, aber keine Möglichkeit dazu haben. Was meint die SVP damit, wenn sie sagt, dass die Gleichstellung in unserer Gesellschaft vollzogen sei? Meint sie damit, dass in der Bundesversammlung weniger als 1/3 der Mitglieder Frauen sind? Oder meint sie damit, dass Frauen einen Tag in der Woche gratis arbeiten, weil sie durchschnittlich 1/5 weniger verdienen als Männer? Oder meint sie damit, dass Frauen weder in der Wirtschaft noch in der Politik in leitenden Gremien angemessen vertreten sind? Frauen machen mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Sind im Bundesrat 50% Frauen? Oder in den Chefetagen von UBS, Credit Suisse und Novartis? Die Fachstelle ist dringend nötig. Vielleicht schafft es dann irgendwann auch eine Frau in die SVP-Fraktion.

Jimmy Hofer (parteilos): Ich muss die Frau verteidigen. Man erhält den Eindruck, eine Frau sei nur etwas wert, wenn sie in der Politik sei, wenn sie einen guten Job und eine gute Ausbildung habe. Der härteste Job, den die ganze Gesellschaft zu vergeben hat, ist derjenige der Hausfrau. 365 Tage, 7 Tage pro Woche, 24 Stunden pro Tag. Sie wollen die Frauen zwingen, dass sie nicht mehr diesen harten Job machen, nicht mehr das Fundament dieser Gesellschaft sind, sondern dass es aufgeteilt wird. Die Frau ist etwas vom Wichtigsten in dieser Gesellschaft, zu 100% gleichberechtigt, wenn sie ihren Job gut macht. Jeder Frau steht es frei, das zu machen, was sie will. Wenn keine Frauen in unsere Fraktion gewählt werden, kann ich nichts dafür. Wir hatten eine Frau auf unserer Liste. Bin ich schuld, dass sie nicht gewählt worden ist?

Peter Wasserfallen (SVP): Momentan hat es drei Frauen im Bundesrat und eine Bundeskanzlerin. Wenn man diese als Schattenbundesratsmitglied zählt, ergibt das 4:4. Die SVP hat durchaus Frauen, die bekannte Positionen haben. Im Parlament sind Natalie Rickli, Jasmin Hutter-Hutter. Sie müssen diese Frauen nicht politisch beurteilen. Genetisch sind sie klar Frauen. Es gibt Frauen, die eine andere Auffassung von Frau-Sein haben und gerne freiwillig bei den Kindern zu Hause und Hausfrau sein möchten. Diese Frauen sind auch im Parlament. Sie sind Frauen. Man kann sie nicht als Mann betrachten, nur weil sie politisch anders gesinnt sind. Das würde dazu führen, dass ich jeden Mann der SP oder weiter links aussen plötzlich als Frau betrachten müsste. Das will niemand so sehen. Die Generalsekretärin von Ueli Maurer ist eine Frau. Das beste Beispiel für Gleichstellung finde ich, dass man nach Eugénie Pollock und Doris Portmann den Brigadierposten Chefin Frauen der Armee aufgehoben hat. Heu-

te können Frauen in der Armee alle Posten wahrnehmen. Sie können Kampfpilotin oder Panzergrenadierin sein. Die Mehrheit geht in die Veterinär- oder Sanitätstruppen. In der Armee ist die Gleichberechtigung bereits lange eingeführt. Bei den Löhnen soll eine Frau, die die gleiche Ausbildung hat und die gleiche Stelle besetzt wie ein männlicher Kollege, den gleichen Lohn erhalten. Wenn sie vorher eine andere Ausbildung genossen hat, hat sie vielleicht nicht den gleichen Einstiegslohn. Da fordere ich auch Gleichberechtigung. Es ist aber bei uns nicht so schlimm. Wir sind hier nicht in Afghanistan oder in Somalia. Wir sind in der Schweiz. Es ist sehr viel geleistet worden. In der Schule gibt es bald nur noch Lehrerinnen. Die Jungs, die bereits zu Hause keinen Vater haben, weil die Eltern geschieden sind und die Mutter das Fürsorgerecht hat, haben nur noch Frauen um sich herum. Sie haben keine männlichen Vorbilder um sich herum und werfen sich dem erstbesten Rädelsführer an den Hals, wenn sie älter sind.

Ordnungsantrag

Bernhard Eicher (JF): Wir diskutieren über das Budget, konkret über eine Fachstelle, die im Budget enthalten ist. Die Meinungen sind gemacht, ich beantrage, die Rednerliste zu schließen und abzustimmen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag Eicher zu (50 Ja, 11 Nein). *Abst.-Nr. 034*

Rudolf Friedli (SVP): Es wurde gefordert, man solle wieder sachlich werden. Wir müssen Dinge finanzieren, die in den Zuständigkeitsbereich der Stadt gehören. Tanja Walliser hat Beispiele aufgezählt, für welche die Stadt nicht die zuständige Behörde ist. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, den Leuten zu helfen, dass sie einen gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Dafür haben wir Gerichte. Wenn sie es selbst nicht vor Gericht geltend machen können, können sie sich einen Anwalt nehmen. Wenn das eine so sonnenklare Sache ist, dass man durch den Gleichstellungsartikel für gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhält, kann man das sogar alleine vor Gericht durchziehen. Es ist gefragt worden, ob wir von der SVP einverstanden seien, wenn Frauen verprügelt werden. Selbstverständlich sind wir damit nicht einverstanden. Aber es ist auch nicht die Aufgabe des Gleichstellungsbüros. Dafür haben wir Frauenhäuser, die das sehr gut machen. Die werden öffentlich finanziert. Daneben gibt es noch die Opferhilfe, die über das Opferhilfegesetz definiert ist. Wenn es in der Bundesversammlung weniger Frauen hat als Männer gibt, ist es nicht Aufgabe der Stadt Bern, zu schauen, dass dort mehr Frauen gewählt werden.

Erich J. Hess (JSVP): Es sind zwei Anträge in diesem Abstimmungsblock. Daher gehe ich davon aus, dass ich zwei mal drei Minuten Redezeit habe.

Ratspräsident *Ueli Haudenschild*: Die SVP hat die beiden Anträge bereits begründet. Es ist ein Einzelvotum.

Erich J. Hess (JSVP): Im Programm des Stadtratspräsidenten sind bei Einzelvoten drei Minuten pro Antrag vorgesehen. Die Frauen müssen sich gar nicht minder berechtigt vorkommen. Sie sind durch die Männer weit mehr privilegiert. Die Frauen müssen keinen Militärdienst leisten, sie werden früher pensioniert. Die Frauen haben viel mehr Privilegien. Wir Männer lassen das gut sein. Die Gleichstellungsstelle braucht es daher nicht. Sonst müssten wir fordern, dass die Frauen statt einer RS eine Rübli-RS machen müssten, damit sie auch während Krisenzeiten die Familie zuhause ernähren und zuhause zum Rechten schauen könnten. Wenn

Sie jemanden in einem Betrieb anstellen, dann entlöhnen Sie diese Person soviel, wie sie Ihnen Wert ist. Es kann sein, dass eine Frau mehr verdient als ein Mann, der dieselbe Position hat. Es kommt immer auf die Leistung an, die erbracht wird. Wenn eine Frau weniger Leistung erbringt als ihr männlicher Kollege, ist es logisch und klar, dass der Mann mehr verdient als die Frau. Es gibt mehrere Beispiele, wo die Frau mehr verdient als der Mann. Sie müssen das in einer Gesamtoptik betrachten. Tanja Walliser sagte, dass lange für das Frauenstimmrecht gekämpft worden sei. Sie hat nicht eine Minute für dieses Recht kämpfen müssen. Das haben die Grossväter und Grossmütter gemacht. Wir haben damit nichts mehr zu tun gehabt. Wir sind in dieses politische System geboren worden. Das hat daher auch nichts mit dem Gleichstellungsbüro zu tun. Das Gleichstellungsbüro hat es 1971 oder 1972, als das Frauenstimmrecht eingeführt worden ist, noch gar nicht gegeben. Wie Jimmy Hofer gesagt hat, muss man nicht immer meinen, eine Frau, die zuhause sei, sei weniger wert. Sie entwerten die Frauen, die zuhause bleiben, obwohl diese der Gesellschaft unter dem Strich mehr bringen. Es ist besser, wenn die Mütter zuhause zu ihren Kindern schauen. Das ist höher anzurechnen, als wenn die Mütter zusätzlich arbeiten gehen. Es gibt ein paar einzelne Fälle, wo eine Mutter gezwungen ist, arbeiten zu gehen. Dafür hätten wir schlimmstenfalls Institutionen wie Kinderkrippen, wo man die Kinder hinbringen könnte. Wir müssen beim Gleichstellungsbüro Einsparungen machen und dieses abschaffen. Wir müssen jetzt Einsparungen machen, um die alten Finanzfehlbeträge abzubauen und um irgendwann die Steuern senken zu können. Stimmen Sie dem Streichungsantrag zu, im Interesse aller Stadtbernerinnen und Stadtberner. Es braucht kein Gleichstellungsbüro. Es geht nur um die Beschäftigung gewisser Leute, die wahrscheinlich in ihrem Büro nicht wissen, was sie Schlaues machen sollen. Wenn es aus Ihrer Sicht nicht möglich ist, die ganze Stelle zu streichen, wäre ich froh, wenn Sie dem Eventualantrag der SVP zustimmen und die Gleichstellungsprojekte streichen würden. Ich lege Ihnen ans Herz, den ersten Antrag anzunehmen, den Bernerinnen und Berner und den Steuerzahlern zu liebe.

Direktor PRD *Alexander Tschäppät*: Alle Jahre wieder! Wenn es zu diesem Thema kommt, gehen die Emotionen hoch und die Unsachlichkeit nimmt zu. Der Rat verliert die Contenance und den Stil. Die Diskussion sollte sachlich geführt werden, sei das zu Vorstössen oder zu einer Reorganisation. Aber nicht während der Budgetdebatte eine ganze Gleichstellungsabteilung streichen und die Leute auf die Strasse stellen, obschon ihr Leistungsausweis in den letzten Jahren sehr gross war. Wer hier behauptet, die Gleichstellung sei vollkommen vollzogen, der schliesst die Augen vor der Realität. Die Stadtverwaltung erfüllt die Gleichstellung in sehr weiten Teilen. Aber eine solche Stelle braucht es gerade auch, damit die Gleichstellung über die Stadtverwaltung hinaus in der Privatwirtschaft greift. Das Gleichstellungsbüro hat sehr viele gute Projekte angestossen, die weit über die Stadt hinaus Beachtung gefunden haben, so z.B. der Aktionsplan. Ich bitte Sie, die Streichung abzulehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 7 ab (8 Ja, 60 Nein). *Abst.-Nr. 035*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 8 ab (14 Ja, 50 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 036*

9	S. 93; Abt. Kulturrelles (110)	FDP	Kürzung Nettokosten um Fr. 1.5 Mio auf 32'253'079 zulasten Kulturförderung (110000) ⁷
10	S. 93; Abt. Kulturrelles (110)	GLP Änderung	Kürzung Nettokosten um Fr. 42'350 (45'349) auf Fr. 33'710729 (33'707'730) zulasten Kulturförde-

⁷ Begründung: Eine weitere Ausdehnung des Kulturbudgets ist nicht angebracht. Angesichts der Erhöhung vor zwei Jahren wird nun plafoniert.

		(Teuerung)	rung (110000) ⁸ → kein Ausbau Grundlagenarbeit / Dienstleistungen
11	S. 93 / S. 575; Abt. Kulturelles (110)	SVPplus	Kürzung Nettokosten um Fr. 178'000 (Förderung bildende Kunst) zulasten Abt. Kulturelles (110)
12	S. 93 / S. 575; Abt. Kulturelles (110)	SVPplus	Kürzung Nettokosten um Fr. 130'000 (Förderung Literatur) zulasten Abt. Kulturelles (110)
13	S. 93 / S. 575; Abt. Kulturelles (110)	SVPplus	Kürzung Nettokosten um Fr. 277'00 (Förderung Filmschaffen) zulasten Abt. Kulturelles (110)
14	S. 93 / S. 575; Abt. Kulturelles (110)	SVPplus	Kürzung Nettokosten um Fr. 436'000 (Förderung Musik) zulasten Abt. Kulturelles (110)
15	S. 93 / S. 575; Abt. Kulturelles (110)	SVPplus	Kürzung Nettokosten um Fr. 805'000 (Tanzschaffen) zulasten Abt. Kulturelles (110)
16	S. 93 / S. 575; Abt. Kulturelles (110)	SVPplus	Kürzung Nettokosten um Fr. 241'000 (a.o. Beiträge kulturelle Aufgaben) zulasten Abt. Kulturelles (110)
17	S. 93 / S. 575; Abt. Kulturelles (110)	SVPplus	Kürzung Nettokosten um Fr. 320'000 (Progr) zulasten Abt. Kulturelles (110)
18	S. 93, Abt. Kultu- relles (110)	BDP/CVP	Kürzung Nettokosten um Fr. 320'000 auf 33'433'079 zulasten Abt. Kulturelles (110) → Streichung Beitrag Progr ⁹
19	S. 93; Abt. Kultu- relles (110)	Gemeinde- rat	Kürzung Nettokosten um Fr. 186'000 auf Fr. 33'567'079 zulasten Abt. Kulturelles (110) → Streichung Beitrag Progr
20	S. 95; Abt. Kultu- relles (110)	SVPplus	Änderung Steuerungsvorgabe 2) Förderung zeitgenöss. Kulturschaffens und Kul- turaustausch in % der verfügbaren Mittel: max. 10 % [statt mind. 10%]

Nicola von Greyerz (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Wir lehnen sämtliche Anträge ab. Nur dem Antrag Nr. 19 des Gemeinderates werden wir zustimmen. Ich kann mich Daniela Lutz anschliessen. Es geht nicht darum, dass man dem Progr das Budget kürzt. Es geht darum, dass im Progr Projekte stattfinden, die nicht gekürzt werden sollen. Wir kürzen auch nicht das Budget der Camerata, weil die Camerata im Progr probt und dort ihr Büro hat.

Christine Michel (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die GB/JA!-Fraktion lehnt Kürzungsanträge im Kulturbereich ab. Das Budget der Abteilung Kulturelles entspricht grundsätzlich der verabschiedeten Kulturstrategie. Dahinter stehen wir. Wir unterstützen die Erhöhung für die Camerata. Wir sind dafür, dass die Stadt weiterhin mit der Miete und Verwaltung von Ateliers im Progr bildende Künstlerinnen und Künstler unterstützt. Darum lehnen wir den Antrag Nr. 18 der BDP/CVP ab. Wir sind der Meinung, dass die Stadt im Rahmen ihrer Kulturförderungsstra-

⁸ Kein Ausbau der Grundlagenarbeit / Dienstleistungen gegenüber dem Budget 2009. Die Stadt Bern soll direkt in Kulturprojekte investieren und nicht ständig den eigenen Verwaltungsapparat ausbauen.

⁹ Begründung: Seit August 2009 ist der Progr eine selbständige Unternehmung. Als solches benötigt diese Institution keinen Förderkredit der öffentlichen Hand.

tegie im Progr weiterhin einzelne Projekte unterstützen kann. Darum sind wir gegen die Streichung des gesamten Beitrags an den Progr, also gegen den Antrag Nr. 19 des Gemeinderats.

Pascal Rub (FDP) für die Fraktion FDP: Für die FDP ist Kultur sehr wichtig. Kultur ist für die Gesellschaft wichtig und sie ist sogar ein eigenständiger Wirtschaftszweig. Die FDP will nicht weniger Kultur, sondern mehr. Das ist möglich, wenn mit den bisherigen jährlichen 32 Mio. Franken effizienter umgegangen wird. Wir fordern bereits seit langer Zeit, dass weniger Gelder in Institutionen, in Gebäude und in die Infrastruktur fliessen. Noch immer sind die Spielstätten sehr schlecht ausgelastet, noch immer gibt es zu viele Gärtchen, zu viel Sumpf. Das Geld muss endlich direkt bei den Kulturschaffenden ankommen und weniger versanden. Bis der Gemeinderat nicht an diesem Punkt ansetzt, sind wir nicht bereit, jedes Jahr mehr und mehr Geld zu sprechen. Wir sprechen uns für die Plafonierung auf dem Stand 2008 aus und bitten Sie, der Streichung von 1.5 Mio. Franken zuzustimmen. Dem Antrag der GLP werden wir zustimmen. Dem Antrag der SVP zur Kürzung beim Filmschaffen werden wir zustimmen, weil es kaum Sinn macht, wenn die Stadt Bern mit 200'000 Franken auch noch Filmpolitik macht. Das muss nicht auf städtischer Ebene gemacht werden. Wir werden im Sinn einer Schwerpunktbildung ebenfalls dem Antrag Nr. 15 zur Kürzung beim Tanzschaffen zustimmen. Bis jetzt war niemand mutig genug, zu sagen, wo man effektiv einen Schwerpunkt setzen muss. Deshalb werden wir hier ein Zeichen setzen. Die weiteren Anträge des Gemeinderats und der SVP zum Progr werden wir unterstützen. Antrag Nr. 20 lehnen wir ab.

Katrin Bertschy (GLP) für die Fraktion GLP: In Antrag Nr. 10 beantragen wir eine Kürzung der Nettokosten um 42'350 Franken zulasten der Kulturförderung. Wir sind der Ansicht, dass dieser Betrag beim Produkt Grundlagenarbeit/Dienstleistungen eingespart werden soll. Dieser Budgetposten ist bereits im Budget 2009 gegenüber den Kosten von 2008 um 95'000 Franken angestiegen. Jetzt ist eine weitere Erhöhung von 45'000 Franken geplant. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt direkt in Kulturprojekte investieren und den Verwaltungsaufwand für diese Dienstleistung möglichst gering halten soll. Die Kennzahl 5), die den Verwaltungsaufwand in % der Mittel wiedergibt, hat sich zwischen 2005 und 2008 von 6,5% auf 7% erhöht und soll nun weiter erhöht werden. Das widerspricht unserer Vorstellung der Mittelverwertung im Kulturbereich. Die Anträge Nr. 9, Nr. 11 bis Nr. 18 und Nr. 20 lehnen wir ab. Wir sind wie die FDP der Meinung, dass das Kulturbudget nicht weiter ausgebaut werden soll und dass eine Effizienzsteigerung möglich wäre. Der Ausbau basiert hier meistens auf Leistungsverträgen. Es wäre unseriös, diese zum jetzigen Zeitpunkt zu kündigen. Wir sind gerne bereit, über die Höhe der Kulturförderung zu diskutieren, wenn die neuen Leistungsverträge über die grossen Beträge abgeschlossen werden. Die GLP war für den Progr, aber auch dafür, dass der Progr nicht mehr Geld der Stadt erhält. Gemäss unserer Information bezahlt die Stadt 186'000 Franken, so wie im Antrag des Gemeinderats vorgesehen. Im Budget sind aber 320'000 Franken ausgewiesen. Offensichtlich stimmt das nicht. Wir werden den Antrag Nr. 19 unterstützen und dem Gemeinderat folgen.

Béatrice Wertli (CVP) für die Fraktion BDP/CVP: Kultur ist auch ein Wirtschaftszweig. Auch in der Kultur braucht es wirtschaftliche Ansätze, wenn es um die Finanzierung geht. Die BDP/CVP-Fraktion hat den Antrag gestellt, beim Progr die Nettokosten zu kürzen. Bei der Abstimmung wurde immer wieder betont, dass der Progr eine selbständige Unternehmung sei. Als solche braucht der Progr unseres Erachtens keine Förderkredite der öffentlichen Hand mehr. Wenn es darum geht, Projekte zu unterstützen, dann soll es eine projektbezogene Unterstützung sein und nicht eine Unterstützung der Institution. Wir unterstützen die Anträge Nr. 10, Nr. 17, Nr.18, und Nr. 19. Die anderen Anträge lehnen wir ab.

Peter Wasserfallen (SVP) für die Fraktion SVPplus: Worum geht es in Antrag Nr. 9? Es geht um die Kürzung zulasten der Kulturförderung im Bereich Grundlagenarbeiten und Bürokratie. Also nicht in dem Bereich, der den Künstlern zu Gute kommt. Die FDP fordert eine Kürzung um 1,5 Mio. Franken, in Antrag Nr. 10 fordert die GLP jetzt neu eine Kürzung um 42'350 Franken steuerungsberichtigt. Wir sind dagegen, dass die Kulturförderung, die nicht der Basis zugute kommt, aufgeblasen wird. Das braucht es nicht. Wir unterstützen die Anträge Nr. 9 und Nr. 10. Es ist Schluss mit dem Ausbau des Apparats, um irgendwelche Studien und Konzepte und Abklärungen zu machen. Die Wege im Kunstbereich sind in Bern relativ kurz, habe ich gehört. In Antrag Nr. 11 fordern wir die Kürzung der Nettokosten um 178'000 Franken auf null Franken. Warum fordern wir das? Es gibt bereits so viele Kulturprojekte, die von der Stadt unterstützt werden. Wir müssen irgendwo sparen, wo offenbar keine Leistungsverträge bestehen. Das sind die Posten der Anträge Nr. 11 bis Nr. 17. Dort sind keine Leistungsverträge vorhanden. Auf S. 575 stand eine Null und nicht eine Eins oder Zwei. Wir können dort also kürzen. In Antrag Nr. 11 trifft es die Förderung für bildende Kunst. Ich weiss nicht, was das genau ist, ob man da Gemälde einkauft und in einem Depot aufbewahrt, so wie beim Kulturdepot der Eidgenossenschaft, wo alles eingelagert wird und wovon nur wenig in den Büros der Chefbeamten hängt und ab und zu für eine Leihgabe ausgeliehen wird. Was wird für bildende Kunst gefördert? Wahrscheinlich weniger naturalistische Malereien, sondern irgendwas Modernes. Es gibt einen Overflow von Kultur in letzter Zeit. Das kommt nicht gut. In Antrag Nr. 12 bei der Förderung der Literatur habe ich ein Musterbeispiel, warum wir das um 130'000 Franken auf Null kürzen wollen. Das Weissensteinquartier wird von der Stadt Bern und von der Gemeinde Köniz überbaut. Bis anhin war es eine Brachelandschaft mit Spielgelegenheiten im Kies. Die Anwohnerschaft aus dem Weissensteinquartier bekundete Interesse und die Stadt Bern finanzierte ein Buchprojekt zur Unterstützung dieser Brachelandschaft. Dieses Buch war für 40 Franken in der Thalia Buchhandlung erhältlich. Die Stadt unterstützt ein Buchprojekt über ein Gelände, das sie später selbst überbauen und beseitigen will. Warum kann man nicht ans Senseufer gehen? Dort hat es auch Kieslandschaften. Es werden Bücher unterstützt zu Jubiläen der Reitschule und anderen Institutionen, die politisch der Mehrheit genehm sind. Das ist fragwürdig. Die Stadt Bern ist die falsche Adresse, um Romane und Schriftsteller zu unterstützen. Bei Antrag Nr. 13 ist anzumerken, dass das EDI mit Nicolas Bideau und der Kanton Bern bereits Filmförderung betreiben. Ich weiss nicht, was für Filmförderung die Stadt betreibt. Ich habe gehört, der Film 1000 Ozeane mit Max Riemelt, dem Top-Shootingstar aus Deutschland, sei offenbar ein spannender Film gewesen. Ich habe ihn leider nicht gesehen. Ich gehe nicht einen Film schauen, nur weil ich weiss, dass die Stadt Bern dort Geld investiert hat. Filmförderung soll über die Eidgenössische Filmförderung oder hauptsächlich über Private gemacht werden. Ich weiss nicht, warum die Stadt Bern Filme fördern muss. Das gehört nicht auf die Stufe der Stadt. Bei Nicolas Bideau müsste man auch Kürzungen ansetzen, wenn er Filme wie Sennentuntschi finanziert. Bei Antrag Nr. 14 wissen wir wieder nicht, was dahinter steht. Diesen Posten kann man auch um 436'000 Franken auf Null kürzen. Wir haben gute Musikensembles wie das BSO, die unterstützt werden. Man muss daher nicht noch eine weitere Kasse bereithalten. Man darf nicht vergessen, dass diese Kassen seit Jahrzehnten für Kulturunterstützung existieren. Wenn alles andere für x Mio. ausgebaut wird, muss man an einem Ort kürzen. Jetzt trifft es halt diese Kassen. Es trifft sie zu Recht. Wir können nicht alles unterstützen, der Staat ist nicht für alles da. Schliesslich ist die beste Kultur diejenige, die nicht vom Staat finanziert wird. In Antrag Nr. 15 geht es darum, dass es bereits viele Tanzveranstaltungen am Stadttheater und an anderen Orten gibt. Viel Tanz wird von Privaten gemacht wie Breakdance usw. Ist es nötig, das zu unterstützen? Am besten schliesst man diese Kassen und leert sie, damit nichts mehr vorhanden ist. In Antrag Nr. 16 geht es um die ausserordentlichen Beiträge bei kulturellen Aufgaben. Was heisst das? Es ist ein schwammiger Begriff, für den 241'000 Franken veranschlagt sind. In der letztjähri-

gen Rechnung ist der Betrag um ein vielfaches höher gewesen. Das ist offenbar eine Kasse, über welche alles, was man sonst nicht finanzieren kann, finanziert wird. Es wird buchhalterische Tricks geben, um das korrekt abrechnen zu können. Im nächsten Budget kommt man mit einem kleinen Budgetposten und dann wird es trotzdem viel teurer. Wie bei der Strassenreinigung. Man budgetiert wenig und plötzlich gibt es keinen milden Winter und eine riesige Rechnung. Mir graut davor, dass man diese Kasse immer überzieht. Darum wird die Kasse geschlossen. Antrag Nr. 17, Nr. 18 und Nr. 19 drehen sich um den Progr. Ich habe letzthin eine Einladung auf teurem Papier vom Progr erhalten. Vor zwei Wochen habe ich ein Couvert mit vielen Flyern und Studien erhalten. Da ist offenbar Geld vorhanden, um in den schönsten Farben zu drucken. Selbst die Schweizer Armee druckt die Armeeregimente nicht mehr auf dem teuersten Papier. Die Anderen haben anscheinend Geld, um in der ganzen Stadt ihre Promotion zu verteilen. Offenbar ist es billig, diese Drucksachen in der Schweiz herzustellen. Ich kann mir kaum vorstellen, dass sie in China auf einem Druckschiff gedruckt worden sind. Der Progr hat gegen unseren Willen etwas erzwungen. Jetzt hat er nicht mehr weiteres Staatsgeld zugute. Ich will schauen, was passiert, wenn der Progr die Vorgaben nicht einhalten kann. Wehret den Anfängen! Ich habe das bereits vor zwei Wochen bei der Debatte um das Rockmuseum gesagt. Die Kassen müssen geschlossen werden. Wenn der Progr schon zustande kommen musste, soll er jetzt auf eigenen Beinen stehen. Und sonst groundet er halt und das Gebäude geht wieder an die Stadt zurück. Dann haben wir hoffentlich dieses Kapitel auch abgehakt. Ich will nicht noch einmal so viele schöne Papiere ohne Inhalt im Briefkasten haben. Jetzt ist fertig, der Progr hat die 320'000 Franken nicht zugute. Beim Antrag Nr. 20 wollen wir maximal 10% für die Steuerungsvorgabe statt mindestens 10%. Wenn die Höhe unklar ist, gibt man am besten einen Maximaldeckel vor. So haben wir entsprechend gewährleistet, dass das nicht überschritten wird. Mindestens 10% können nachher auch 15% oder 20% sein. Wir von der SVPplus sind nicht generell gegen Kultur. Darum streichen wir die Steuerungsvorgabe nicht. Aber in der Stadt Bern gibt es einen Kulturoverload. Überall ist Kultur. Man muss Zürich, Berlin oder New York Konkurrenz machen. Das kulturelle Angebot in der Stadt Bern ist relativ gross, aber teilweise einseitig. Henri Huber, ehemaliger Gemeindepräsident von Köniz und jetzt Verwaltungsratspräsident des Stadttheaters sagt, man könne in Bern wie in St. Gallen Theater machen. Aber in St. Gallen ist full house. Dort wird nur gemotzt, wenn die Aufführung nicht wie vor 20 Jahren war. Bei uns ist experimentelles Schaffen gefragt. Die Ränge sind halb leer und Leute künden ihr Premierenabonnement und kaufen lieber die CD und das Libretto und sitzen zuhause vor der Stereoanlage. Die Kultur in Bern – wenn sie schon unterstützt wird –, muss auch den Willen haben, der Mehrheit etwas zu bieten und möglichst selbsttragend zu sein. Ich kann nicht ein Hallenbad bauen und sagen, es rentiere nicht, wenn ich während drei Stunden Turmspringen mache und die Bahnen für Schwimmclubs schliesse. Die Kultur in der Stadt Bern muss neu aufgesetzt werden. Sachen, die beliebt sind, müssen nicht immer abgeschafft werden. Es hat auch andere Sachen, wie das Elfenausommerprogramm. Alles, das beliebt ist, muss kaputt gemacht werden. Lassen Sie das, was beliebt ist bleiben, dann haben Sie full house! Warum laufen die Tell-Spiele in Interlaken so gut? Sie werden nicht nur von Touristen besucht. Dort sieht man etwas, das immer ein wenig variiert wird. Es ist nicht ein Hurra-Patriotismus. Wir werden in der Kultur immer Kürzungen fordern und durchzusetzen versuchen, um zu zeigen, dass die Kulturschaffenden Kultur für das Volk und nicht nur für einen Teil des Volks machen sollen. Wir unterstützen die Anträge Nr. 9 bis Nr. 20 in allen Belangen. Dort, wo zwei ähnliche Anträge vorhanden sind, unterstützen wir denjenigen, der mehr Geld einspart.

Luzius Theiler (GPB-DA): Der Titel „Beitrag für den Progr“ ist irreführend. Der Progr hat immer gesagt, dass er keine staatlichen Gelder bezieht, wenn er zur Stiftung wird. Dazu steht der Progr. Er ist mit dem Antrag des Gemeinderats einverstanden. Das ist nicht mehr ein Be-

trag für den Progr, sondern für die Abteilung Kulturelles, für die Stadtgalerie, für die Loge, für die Gästewohnung, für Ateliers, die im Progr platziert sind. Das sind andere Institutionen, die im Progr eingemietet sind und von der Stadt Unterstützung erhalten. Das ist kein Beitrag an den Progr. Ich kann mich mit dem Antrag Nr. 19 des Gemeinderats einverstanden erklären. Ich bitte Sie, die Anträge Nr. 18 und Nr. 20 abzulehnen.

Thomas Weil (SVP): Wir unterstützen alle Kürzungsanträge. Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass Kultur ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft ist. Das ist unbestritten. In einer freiheitlichen Gesellschaft in einem demokratischen Staat sollte Kultur weniger gesteuert werden. Wenn man Kultur als Wirtschaftszweig betrachtet, sollte sie sich auch selber erhalten, eigene Leistungen erbringen und am Markt auftreten können. Wer nicht bestehen kann, geht halt wieder unter. Ein Kulturzweig oder eine Gruppe, die nicht fähig ist, Publikum zu generieren und auf Subventionen angewiesen ist, hat nichts verloren. Das ist ganz im Sinne eines Staates in dem jeder seine Verantwortung trägt und nach seiner Leistungsfähigkeit beurteilt werden soll. Sonst kommen wir so weit, dass bestimmte Branchen wie Metzger oder Coiffeure Subventionen verlangen können, wenn es nicht gut läuft. Man könnte sagen, dass das auch zu einem Staatswesen gehöre und auch wichtig sei. Das ist fragwürdig. Wir sind der Meinung, dass man im Kulturbudget noch weitere Kürzungen machen sollte, weil das zeitgenössische Kulturschaffen stark überbewertet wird. Der Platz, den man dieser Kultursparte beimisst, ist völlig unverhältnismässig. Einzelne Leute in der Verwaltung haben das bereits früher viel zu stark gefördert. Der Gemeinderat sagt, Kürzungsanträge seien immer überflüssig, weil jemand darunter leidet. In einer wirtschaftlich schwierigeren Zeit müssen alle Haare lassen. Das geht der Privatwirtschaft so, das geht der Familie so. Beim Staat ist das genau gleich. Jeder muss zurückstehen. Die Kultur muss das akzeptieren. Es sind massvolle Anträge. Wir sind der Meinung, dass man in Bern ganze Bereiche streichen könnte, ohne dass jemand Schaden erleiden würde.

Bernhard Eicher (JF): Wir unterstützen Antrag Nr. 18. Ich kann es mir nicht verkneifen, zu sagen, dass wir versucht haben, Ihnen genau das in der Abstimmung zum Progr klar zu machen. Kaum ist die Abstimmung vorbei, kommen bereits Unterstützungsanträge. Man versucht, diese auf irgendeinen Weg einzuführen, zu begründen. Es geht vielleicht nicht direkt an den Progr, sondern an andere Institutionen und landet am Schluss beim Progr. Das haben wir bereits vor der Abstimmung gesagt. Wir beginnen jetzt, den Progr zu finanzieren. Ich wette, dass wir nächstes Jahr mehr Gelder für den Progr sprechen werden. Man hat Sie aufs Kreuz gelegt. Auf der linken Seite hat man gesagt, man wolle den Progr nicht subventionieren. Aber der Antrag wird nicht durchkommen. Man wird die 320'000 Franken sprechen. Sie haben die Zwei auf dem Rücken, Sie sind hereingelegt worden.

Erich J. Hess (JSVP): Ich werde als Einzelvotant die 20 Anträge begründen. Das heisst, dass ich 20 mal drei Minuten zur Verfügung haben werde. Ich werde nicht die ganze Stunde benötigen, aber einige Minuten wird es dauern. Unser Budget ist in einem katastrophalen Zustand. Wir sollten grössere Einsparungen vornehmen, damit wir nachher die Steuern senken können. Das habe ich in der Eintretensdebatte bereits erklärt. Sie müssen sich nicht aufregen, wenn wir unsere Anträge gut und lange begründen müssen. Was ist der Sinn von Kultur? Kultur ist das freie Denken und Schaffen der Leute. Kultur kann auch eine Freizeitbeschäftigung sein, wie Schwyzerörgeli spielen oder Alphorn blasen. Das sind alles sehr hochkulturelle Aktivitäten. (*Viele Ratsmitglieder verlassen den Saal.*) Sie werden nicht finanziert. Mein Votum ist beendet.

Vinzenz Bartlome (BDP): Luzius Theiler möchte ich sagen, dass für uns Antrag Nr. 19 eine indirekte Unterstützung des Progr darstellt. Wir wollen nicht, dass man über die Abteilung für Kulturelles Geld in den Progr pumpt. Ich gebe Bernhard Eicher Recht.

Direktor PRD *Alexander Tschäppät*: Ich bedaure den momentanen Ablauf des Ratsbetriebs. Wenn man seriös über ein Budget entscheiden will, soll man seriös darüber reden. Wir geben hier gegenüber der Bevölkerung eine traurige Visitenkarte ab, um das höflich auszudrücken. Ich bitte alle, im Interesse eines geordneten und glaubwürdigen Parlamentsbetriebs nicht zu filibustern. Was bringt das? Am Schluss machen wir drei Sitzungen, bis das Budget verabschiedet wird. Sie müssen wissen, wie viel Freizeit Sie opfern wollen für nichts und wieder nichts. Ich wäre froh, wenn wir zur Sachlichkeit zurückkommen könnten. Ich bitte Sie, Antrag Nr. 9 der FDP abzulehnen. In der Stadt Bern ist mit 29,4 Mio. Franken das meiste Geld in der Kultur in vierjährigen Leistungsvereinbarungen gebunden. Die freie Quote, die in der Kultur die Innovation ausmacht, mit der wir junge Leute fördern können und ihnen Chancen geben können, ein Werk zu verkaufen oder ein Atelier zu günstigen Bedingungen zu mieten, ist die Restquote von circa 3,7 Mio. Franken. Wenn Sie diesen Antrag gutheissen, streichen Sie jenen, welchen es in der Kultur heute schon am schlechtesten geht, die ohne Absicherungen und Verträge die Verantwortung auf sich nehmen und kulturpolitisch tätig sind, 50% der möglichen Zuschüsse. Das ist eine Kulturpolitik, die ich nicht mehr verstehen kann und die ich nicht vertrete. Antrag Nr. 10 fordert auch eine Kürzung des Budgets, es geht aber um weniger Geld. In letzter Zeit haben wir in der Kultur Mass gehalten. Wir sind nicht mehr gewachsen. Wir versuchen, zu halten, was wir haben. Wir haben einen Kanton, der uns kulturpolitische Vorgaben macht, die besagen, dass Kultur nicht mehr kosten darf. Wenn ich die Gelder für Kulturförderung der Stadt und des Kantons vergleiche, muss ich sagen, dass es nicht schlecht wäre, wenn die Region und der Kanton sich mehr an der städtischen Kulturförderung beteiligen würden. Ich bitte Sie daher, Antrag Nr. 10 abzulehnen. Die Anträge der SVP zielen darauf ab, alles zu streichen, was an freier Kultur noch möglich ist. Es wäre nur noch für die Leistungsverträge Geld vorhanden. Das ist eine Bankrotterklärung an alle freien Kulturschaffenden. Was den Progr betrifft, wird es keine Subventionierung des Progrs geben. Die 320'000 Franken kann man streichen, da haben wir kein Problem damit. Der Gemeinderat hat das bereits in der Kommission beantragt. Es gibt aber Aufgaben, die bis jetzt bereits geleistet worden sind und auch weiterhin geleistet werden müssen. Das sind die *artists in residence*, die Förderung von Ausstellungen und die Förderateliers, die mit einer Teilzeitstelle bewirtschaftet werden müssen. Das ist der Grund, dass wir das Progr-Budget in der Höhe von 320'000 Franken als nicht mehr nötig betrachten. Ein Teil des Geldes ist nötig, damit wir die Aufgaben, die in unserem Pflichtenheft enthalten sind, weiter fördern können. Im Stadtrat wurde sogar ein Antrag gestellt, dass im Progr keine Räume gemietet werden dürfen. Dieser Antrag wurde sehr deutlich abgelehnt. Kulturpolitisch macht es Sinn, dass der Progr als Kulturfabrik mit einer Vision in Zukunft funktionieren soll. Es ist sehr gut, wenn die Stadt einen kleinen Teil ihrer Kulturpolitik im Progr eingemietet hat. Damit wird nicht der Progr subventioniert, sondern es wird ein Mietzins bezahlt, der sonst jemand anderer bezahlen würde. Es ist nicht schwierig, an dieser Lage Räume zu vermieten. Wenn die Stadt sie nicht dort mietet, mietet sie die Räume an einem anderen Ort. Ich bitte Sie, die vorliegenden Anträge abzulehnen und den Antrag Nr. 19 des Gemeinderats gutzuheissen. Ich hoffe, mit den restlichen Geschäften meiner Direktion vor Mitternacht fertig zu werden.

Ordnungsantrag: Schliessen der Rednerliste.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag zu (49 Ja, 19 Nein). *Abst.-Nr. 037*

2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 9 ab (14 Ja, 54 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 038*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 10 ab (33 Ja, 34 Nein, 4 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 039*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 11 ab (8 Ja, 63 Nein). *Abst.-Nr. 040*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 12 ab (7 Ja, 63 Nein). *Abst.-Nr. 041*
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 13 ab (14 Ja, 55 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 042*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag 14 ab (7 Ja, 64 Nein). *Abst.-Nr. 043*
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag 15 ab (15 Ja, 53 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 044*
9. Der Stadtrat lehnt den Antrag 16 ab (7 Ja, 63 Nein). *Abst.-Nr. 045*
10. Der Stadtrat lehnt die Anträge 17/18 ab (23 Ja, 43 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 046*
11. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 19 zu (60 Ja, 10 Nein). *Abst.-Nr. 047*
12. Der Stadtrat lehnt den Antrag 20 ab (8 Ja, 62 Nein). *Abst.-Nr. 048*

21	S. 100; Denkmalpflege (120)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 802'615 auf Fr. 296'858 zulasten Baugesuche/Restaurierungen (120010) ¹⁰
22	S. 100; Denkmalpflege (120)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 296'857 auf Fr. 802'616 zulasten Grundlagenarbeit (120020) ¹¹
23	S. 101, Denkmalpflege (120)	SVPplus	Streichung Steuerungsvorgabe 1) Durchschnittl. Bearbeitungsdauer pro Baugesuch: ersatzlos streichen ¹² [GR beantragt Ersatz dieser Steuerungsvorgabe]
24	S. 101; Denkmalpflege (120 010)	SBK	Neue Kennzahl: Neu 4) Anzahl Beschwerden

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVPplus: Wir haben vier Anträge zu je fünf Minuten Redezeit. Das gibt 20 Minuten, für die ich als Vertreter der Fraktion SVPplus das Wort haben werde. Ich werde diese Anträge ausgehend und weitreichend erläutern. Ich finde es nicht richtig, dass ich vorhin mein Votum nicht mehr halten konnte, obwohl ich mich vor dem Bekanntgeben des Ordnungsantrages zu Wort gemeldet habe. Normalerweise wäre das Vorgehen so, dass man den Ordnungsantrag bekannt gibt. Nachher kann man sich nicht mehr melden, das ist klar. Wenn man sich aber vor dem Ordnungsantrag meldet, finde ich das nicht richtig, wenn man nicht mehr zu Wort kommt. Wir haben vorgesorgt und geben jetzt dem Ratspräsidenten eine Rednerliste ab. Jedes Fraktionsmitglied hat sich nun zu jedem Antrag vorgängig angemeldet, und so etwas wie vorhin kann nicht mehr passieren. Sie können nun Ordnungsanträge stellen, aber die Rednerliste wird noch nicht ganz erschöpft sein.

Wir wollen die Denkmalpflege abschaffen. Das heisst, nicht abschaffen, sondern zusammenlegen. Es macht keinen Sinn, dass man eine städtische und eine kantonale Denkmalpflege hat, die ihre Büros wenige hundert Meter voneinander entfernt haben. Wir finanzieren so zwei Büroapparate, einerseits über die kantonalen Steuern und andererseits über die städtischen Steuern. Man kann dort sehr viele Synergien nutzen. Der Denkmalpfleger ist wahrscheinlich nicht gleicher Meinung. Mich freut es, dass er als Zuschauer in die Ratsdebatte gekommen ist. Die Denkmalpflege ist grundsätzlich richtig. Wir haben ein UNESCO-Kulturerbe, die Altstadt von Bern. Es ist richtig, dass man auf dieses Erbe aufpasst und dazu schaut. Es gibt aber viele Sachen, wo es zu weit geht. Nicht nur die Innenstadt ist von der Denkmalpflege

¹⁰ Begründung: Aufgabe des Kantons.

¹¹ Vgl. Anm. 10.

¹² Vgl. Anm. 10.

abgedeckt. In der ganzen Stadt sind etwa 10%-15% der Gesamtgebäude von der Denkmalpflege geschützt. Das ist ein sehr hoher Anteil. Wenn wir die städtische Denkmalpflege aufheben würden, bedeut das nicht, dass wir keine Denkmalpflege mehr hätten. Es würden keine Erfahrungswerte verloren gehen. Wenn der Kanton die Aufgaben der Stadt Bern übernehmen müsste, würde er unseren fachlich sehr guten Denkmalpfleger wahrscheinlich übernehmen. Dies würde aber auf Kosten des Kantons geschehen. Es kommt immer wieder die Kritik, dass der Kanton einen grossen Teil der Denkmalpflege zahle. Das ist so. Aber auch die Stadt zahlt einen beachtlichen Anteil an die Denkmalpflege. Es kann nicht sein, dass wir dort solche Überkapazitäten haben. Die Stadt gibt hin und wieder individuelle Aufträge an die Denkmalpflege. Das sollte auch in Zukunft möglich sein. Mit der kantonalen Denkmalpflege müsste man eine Vereinbarung treffen, dass sie gewisse Aufträge der Stadt übernehmen würde. Das käme auf jeden Fall günstiger, als das ganze Jahr eine Denkmalpflege zu unterhalten. Durch die Abschaffung dieser Denkmalpflege würden wir eine beträchtliche Summe einsparen. Wenn wir konsequent durch das ganze Budget diese Einsparungen machen würden, dann könnten wir die Steuern senken. Wir haben Anträge gestellt, um über 90 Mio. Franken einzusparen. Die Denkmalpflege macht dort einen sehr kleinen Anteil aus. Viele Sandkörner ergeben am Schluss auch einen Sandhaufen oder einen ganzen Sandstrand. Daher müssen wir versuchen, überall wo möglich Einsparungen zu machen, damit wir die Steuern senken können. Wenn wir die Steuern senken können, dann bleibt den Leuten mehr Geld, um ihre Häuser zu sanieren. Wenn sie genug Geld haben, um die Häuser zu sanieren, können sie sich Gedanken machen, ob sie sie modern sanieren wollen oder nicht. Sie können die denkmalpflegerischen Aspekte viel besser in Betracht ziehen. Wenn sie viele Steuern bezahlen müssen, haben sie am Schluss kein Geld mehr und müssen die günstigste Lösung wählen. Durch die Abschaffung der städtischen Denkmalpflege würden wir sogar einen Synergiegewinn in der Denkmalpflege erreichen, indem viel mehr Leute auf die historischen Gegebenheiten ihrer Gebäude Rücksicht nehmen würden. Unser zuständiger Denkmalpfleger, der dann beim Kanton angestellt sein wird, wird die Leute fachkompetent beraten, wie sie ihre alten Liegenschaften den Baustilen gerecht sanieren können. Die SVPplus-Fraktion fordert aus diesem Grund, dass wir die Streichungen vornehmen.

Ratspräsident *Ueli Haudenschild*: Wir werden noch dieses Votum anhören und machen anschliessend Pause bis um 20.40 Uhr.

(Die Mehrheit verlässt den Saal.)

Erich J. Hess (JSVP): Vor drei Jahren, als die bürgerliche Seite die Ratssitzung verlassen hat, ist uns vorgeworfen worden, unser Vorgehen sei antidemokratisch. Jetzt, da wir uns diesen Geschäften widmen, laufen Sie davon. Die Denkmalpflege ist wichtig, aber man sollte schauen, die Kosten der Stadt Bern für die Denkmalpflege so tief wie möglich zu halten. Das heisst, dass wir die Denkmalpflege dem Kanton abgeben müssen. Nach kantonalem Recht ist diese Aufgabe eine kantonale Aufgabe. Die Stadt hat auf freiwilliger Basis eine Denkmalpflege. Der Kanton vergütet der Stadt den Teil zurück, der im kantonalen Auftrag vorgeschrieben ist. Alles, was die Stadt Bern darüber hinaus in die Denkmalpflege bezahlt, geht zulasten der Stadtkasse. Durch die Fusionierung der städtischen Denkmalpflege mit der kantonalen Denkmalpflege könnte man Synergien nutzen. Ich bitte Sie, die Anträge Nr. 21, Nr. 22 und Nr. 23 anzunehmen. Ich möchte die freundlichen Leute, die noch im Saal geblieben sind, nicht noch länger aufhalten und wünsche einen guten Appetit.

Die Sitzung wird um 19.10 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Ueli Haudenschild*

Die Protokollführerin: *Annika Wanner*

Präsenzliste der Sitzung 20.40 bis 23.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Ueli Haudenschild

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
 Michael Aebersold
 Cristina Anliker-Mansour
 Rania Bahnan Buechi
 Vinzenz Bartlome
 Giovanna Battagliero
 Thomas Begert
 Kathrin Bertschy
 Henri-Charles Beuchat
 Lea Bill
 Manfred Blaser
 Conradin Conzetti
 Rithy Chheng
 Dolores Dana
 Bernhard Eicher
 Susanne Elsener
 Tania Espinoza
 Regula Fischer
 Jan Flückiger
 Urs Frieden
 Rudolf Friedli
 Jacqueline Gafner Wasem
 Thomas Göttin
 Claude Grosjean
 Guglielmo Grossi

Beat Gubser
 Erich J. Hess
 Kurt Hirsbrunner
 Jimmy Hofer
 Natalie Imboden
 Mario Imhof
 Ueli Jaisli
 Stefan Jordi
 Dannie Jost
 Ruedi Keller
 Daniel Klausner
 Michael Köpfli
 Vania Kohli
 Peter Künzler
 Lea Kusano
 Annette Lehmann
 Edith Leibundgut
 Daniela Lutz-Beck
 Ursula Marti
 Corinne Mathieu
 Claudia Meier
 Christine Michel
 Patrizia Mordini
 Philippe Müller

Nadia Omar
 Stéphanie Penher
 Pascal Rub
 Rahel Ruch
 Hasim Sancar
 Emine Sariaslan
 Martin Schneider
 Rolf Schuler
 Miriam Schwarz
 Tanja Sollberger
 Hasim Sönmez
 Barbara Streit-Stettler
 Luzius Theiler
 Martin Trachsel
 Gisela Vollmer
 Nicola von Greyerz
 Tanja Walliser
 Peter Wasserfallen
 Béatrice Wertli
 Thomas Weil
 Manuel C. Widmer
 Rolf Zbinden
 Christoph Zimmerli
 Beat Zobrist

Entschuldigt

Peter Bühler
 Simon Glauser

Leyla Gül
 Robert Meyer

Aline Trede
 Markus Wyss

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
 Barbara Hayoz FPI

Reto Nause SUE
 Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Annina Jegher, Ratssekretärin
 Barbara Waelti, Protokoll

Beat Roschi, Ratsweibel
 Hanni Reut, Telefondienst

Stadtkanzlei

Jürg Wichtermann

1 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2010 (Abstimmungsbotschaft)

Sämtliche Beschlüsse zum Produktgruppen-Budget 2010 erfolgen unter Namensaufruf. Die Namenslisten zu den Abstimmungen finden sich im Anhang.

Ordnungsantrag Fraktion BDP/CVP

Kurt Hirsbrunner (BDP): Die **Redezeit ist generell auf 2 Minuten zu beschränken**. Es sind viele Chefbeamte anwesend, deren Zeit ist kostbar. Auch wir Stadträte sind teuer, schliesslich wollen wir doch sparen. Leere Worthülsen zu dreschen, wird mit der Zeit langweilig. Ausserdem wollen wir das Budget noch vor den Herbstferien durchbringen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag zu (49 Ja, 18 Nein). *Abst.-Nr. 049*

Fortsetzung: Präsidialdirektion

21	S. 100; Denkmalpflege (120)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 802 615 auf Fr. 296 858 zulasten Baugesuche/Restaurierungen (120010)
22	S. 100; Denkmalpflege (120)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 296 857 auf Fr. 802 616 zulasten Grundlagenarbeit (120020)
23	S. 101, Denkmalpflege (120)	SVPplus	Streichung Steuerungsvorgabe 1) Durchschnittl. Bearbeitungsdauer pro Baugesuch: ersatzlos streichen [GR beantragt Ersatz dieser Steuerungsvorgabe]
24	S. 101; Denkmalpflege (120 010)	SBK	Neue Kennzahl: Neu 4) Anzahl Beschwerden

Thomas Weil (SVP) für die Fraktion SVPplus: Ich vertrete einen Minderheitsantrag unserer Fraktion. Es gibt nämlich innerhalb unserer Fraktion Leute, die den Kürzungsanträgen zur Denkmalpflege nicht zustimmen. Wir meinen diese Instanz soll mit genau denselben Mitteln weitergeführt werden, wie bis anhin. Leider geriet die Denkmalpflege in letzter Zeit in negative Schlagzeilen. Der Denkmalpfleger nahm aber sehr kompetent Stellung und erbrachte so den Beweis, dass der Denkmalpflege in der Stadt Bern eine sehr wichtige Funktion zukommt. Die Stadt Bern ist sehr geschichtsträchtig, vor allem in der Innenstadt (aber nicht nur dort) gibt es Kulturgüter und Sehenswürdigkeiten von grossem Interesse für Touristen. Bern ist eine alte Stadt, die es (zumindest in den historischen Teilen) zu erhalten gilt. Nach Ansicht unserer Minderheit in der Fraktion ist eine kantonale Stelle zu weit entfernt. Die kantonale Denkmalpflege hätte eine andere Funktion und könnte die einzelnen Städte und kommunalen Gegebenheiten und Spezialitäten nicht beurteilen. Nicht alle Städte im Kanton benötigen eine eigene Behörde zur Denkmalpflege, aber in der Stadt Bern ist es sehr wichtig, weil viele erhaltenswerte Güter vorhanden sind. Dass Bern in der Vergangenheit, in der Gegenwart, aber auch in der Zukunft seine wesentliche Bedeutung behält, dafür steht die Denkmalpflege. Sie leistet viel Kleinarbeit als Schnittstelleninstanz zwischen den Behörden, der Baubehörde und den politischen Behörden. Der Denkmalpfleger in der Stadt Bern erfüllt eine schwierige Aufgabe und gerät immer wieder ins Kreuzfeuer. Obwohl er bewusst nicht politisch auftreten will

und sich zurückhält, wird er oftmals missbraucht und politisch in die Schusslinie gesetzt. Deswegen braucht es eine starke Stelle mit ausreichenden Mitteln.

Erich J. Hess (JSVP): Nach Kürzung der Redezeit auf 2 Minuten bleiben mir also für die 4 Anträge (inklusive der unbestrittenen) 8 Minuten Redezeit zur Begründung. Nachdem das halbe Parlament bereits draussen war, als ich vorhin redete, muss ich das Gesagte wiederholen. Kurz zusammengefasst: Wieso braucht es die städtische Denkmalpflege als eigenständige Organisation in der Stadt Bern nicht mehr? Denkmalpflege ist ein kantonaler Auftrag, der Kanton ist dafür zuständig. Es ist ein freiwilliger Akt der Stadt Bern Denkmalpflege zu betreiben. Wir könnten, wie viele andere Gemeinden im Kanton Bern auch, den Denkmalpfleger abschaffen. Der Kanton würde ihn übernehmen und den Lohn zahlen, allenfalls würde der Kanton besser zahlen als die Stadt. Daraus resultierten kein Fachkompetenzverlust und auch kein Verlust beim UNESCO-Weltkulturerbe. Da wir so viele erhaltenswürdige Bauwerke in der Stadt haben, braucht es den Denkmalpfleger, aber der muss nicht aus der Stadtkasse bezahlt werden. Auch benötigt er nicht so viel Zeit, wie heutzutage, die Denkmalpflege könnte beim Kanton gestrafft werden. Derzeit wird bei zu vielen Gebäuden ausserhalb der Altstadt kontrolliert, ob denkmalschützerische Kriterien rechtmässig umgesetzt werden. Auch gibt es zu viele als erhaltens- oder schützenswert eingestufte Gebäude. Sicher müssen aus allen Zeitepochen gewisse Gebäude unter Schutz gestellt werden, es gilt dabei aber masszuhalten. Man kann nicht alles, denkmalpflegerisch beschützen. Den Innovationen in diesem Bereich muss freie Hand geboten und den Bauherrschaften müssen gewisse Freiheiten eingeräumt werden. Wir müssen in allen Teilbereichen Einsparungen machen, damit wir in erster Priorität unsere Altlasten, unsere Schulden abzahlen können, und in zweiter Priorität die Steuern sofort senken können. Die Steuern müssen zwingend gesenkt werden, damit wir als Stadt Bern wieder ein attraktiver Wohnort und Wirtschaftsstandort werden. Ich bitte um Zustimmung zur Abschaffung der Denkmalpflege. Es ist nicht eine Abschaffung, sondern eine Zusammenlegung mit dem Kanton. Die städtische Denkmalpflege ist obsolet und kostet nur viel Geld.

Gisela Vollmer (SP): Ich gehe davon aus, dass der Stadtpräsident zum Inhalt der Denkmalpflege Stellung nimmt. Ich finde es unglaublich, wie hier mit der Fachabteilung Denkmalpflege umgegangen wird. Die Abteilung leistet hervorragende Arbeit. Es sind ja vor allem Ihre Leute, Erich Hess, die die Altstadt besuchen. Was macht Ihr denn ohne Altstadt, wenn die abgerissen und mit anderen Sachen überbaut ist? Es geht aber vornehmlich um den Umgang mit den Leuten, die tagtäglich für die Stadt arbeiten. So geht es wirklich nicht.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Wenn die Verwaltung, die das ganze Jahr hart arbeitet und ständig in der Kritik steht, so handstreichartig abgeschafft werden soll, ist es nötig, dass ich ein paar Worte zur Rettung ihrer Stellen und ihrer Arbeit sage. Dank dem Votum von Thomas Weil ist plötzlich ein bisschen Licht am dunklen Himmel der SVP zu entdecken. Offenbar merken doch einige Leute, dass die Arbeit der Verwaltungsabteilungen etwas wert ist. Von daher ist zu hoffen, dass sich diese Erkenntnis auf weitere Anträge überträgt. Die Abschaffung der Denkmalpflege ist Teil eines sich alljährlich anlässlich der Budgetdiskussion wiederholenden Rituals. Die SVPplus hat eine Motion eingereicht zur Kantonalisierung, respektive Abschaffung der Denkmalpflege. Darüber kann diskutiert werden. Es müssen Argumente geliefert werden und Gründe dafür oder dagegen. Man muss darlegen, was die Konsequenzen sind, sowohl in finanzpolitischer Hinsicht, als auch in Bezug auf Auswirkungen für das UNESCO-Weltkulturlabel oder für das Image, die Ansicht der wunderschönen Altstadt. Der eingeschlagene Weg über die Motion und deren anschliessende Diskussion ist in Ordnung. Erich Hess hat den Vorstoss eingereicht, den wir umfassend beantworten werden und über den wir im Rat eine (hoffentlich) sachliche Diskussion führen werden, bevor

darüber entschieden wird. Was aber hier gemacht wird, ist ein handstreichartiger Versuch via Budget die Denkmalpflege abzuschaffen. Das ist nicht seriös, scheint aber zum Stil gewisser Leute im politischen Leben zu gehören. Der Denkmalpflege in der Stadt Bern kommt eine wichtige Rolle zu, es müssen ja nicht immer alle glücklich sein über die dort gefällten Entschiede. Eine derartige Stelle wird es immer schwer haben, weil sie Interessen durchsetzen muss, indem sie konsequente Haltungen einnimmt, zum Beispiel gegenüber kommerziellen Interessen. Beim Gang durch die Stadt ist festzustellen, dass wir verglichen mit anderen Städten relativ wenig Bausünden begangen haben. Das ist der Verdienst einer langjährigen, hartnäckigen denkmalpflegerischen Arbeit, die sich in der Stadt langfristig auswirken wird. Das kann als Marketinginstrument heute und in Zukunft eingesetzt werden. Eine Diskussion über die Denkmalpflege ist zulässig, sie muss aber fundiert und seriös sein. Wir sind bereit, Ihnen die entsprechenden Unterlagen auf den Tisch zu legen. Der Antrag auf Abschaffung der Denkmalpflege zu Sparzwecken ist irrig, denn es ist nicht gespart. Das Produktegruppen-Budget der Denkmalpflege beläuft sich auf rund 1 Million Franken. In erster Linie sind das die Löhne, dann die Mieten und bescheidene Beiträge an Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, an die Leute also, die sich für den Erhalt des Kulturgutes Liegenschaften einsetzen. Wenn Sie das nun abschaffen wollen, sparen Sie nicht diese Million, sondern verlieren die rund 450 000 Franken an Geldern, die wir über den Kanton und Gebühren des Bauinspektors einnehmen, für das die Denkmalpflege Arbeiten übernimmt und in Rechnung stellt. Auch sind da Zuschüsse von rund 150 000 Franken, die an Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer gehen, die ihre Häuser denkmalpflegerisch zu erhalten suchen. Das ist quasi ein Konjunkturprogramm. Wenn Sie diese Beiträge heute streichen, zeugt das von Kurzsichtigkeit. Aber der richtige Ort, um über eine Kantonalisierung zu diskutieren, wird bei der Behandlung der Motion sein. Wer diese Anträge ausarbeitete, hat sie offensichtlich nicht ganz durchgedacht: Einerseits will er die Bauberatung abschaffen, was bedeutete, dass archiviert werden muss, was nicht mehr erarbeitet werden kann. Gleichzeitig will er auch die Archivierung abschaffen, was bedeutet, man würde nur noch bauberaten und alles, was erarbeitet wurde, nicht mehr archivieren. Beide Anträge sind in sich unstimmig. Der Rat kann nur das Richtige tun, nämlich beide ablehnen. Dem Antrag SBK mit der neuen Kennzahl stimmen wir zu.

Erich J. Hess (JSVP): Wie der Stadtpräsident zugab, kann hier eine halbe Million Franken eingespart werden. Das ist eine Menge Geld. Wenn derselbe Betrag andernorts auch noch eingespart wird, ergibt das sehr viel Geld. Der Denkmalpfleger wird über den Kanton laufen. Auch der Kanton wird gewisse Beiträge an die Bauherrschaft auszahlen, das weiss ich aus ländlichen Regionen, wo die kantonale Denkmalpflege gewisse Beiträge auszahlt. In der Stadt Bern würde dies auch vom Kanton übernommen. Der Denkmalpfleger ist nicht nur konstruktiv, wie Alexander Tschäppät uns glauben machen will. Nehmen wir nur mal das Theater beim neuen Bärengraben, wo bei der Brücke der Mauer entlang kein Lift gebaut werden darf. Es sehen viele Leute nicht ein, dass dies aufgrund denkmalschützerischer Überlegungen nicht möglich ist. Dort ist der einzig sinnvolle Ort zur Platzierung eines Liftes. Zu denken ist auch an die Suizidauffangnetze bei den Brücken. Auch da ist es der Denkmalpfleger, der dagegen hält. Oder die denkmalpflegerisch geschützte Schwelle bei der Matte, dafür lässt man das Quartier überschwemmen. Dort könnte eine neue Fischstauklappe gemacht werden, nach dem von Jimy Hofer vorgeschlagenen Muster. Die städtische Denkmalpflege ist der kantonalen einzugliedern.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 21 ab (2 Ja, 69 Nein). *Abst.-Nr. 050*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 22 ab (5 Ja, 66 Nein). *Abst.-Nr. 051*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 23 ab (6 Ja, 65 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 052*

4. Der Stadtrat stimmt dem Antrag 24 zu (72 Ja, 0 Nein). *Abst.-Nr. 053*

25	S. 104; Abt. Stadtentwicklung (130)	FDP	Kürzung Nettokosten um Fr. 382 659.58 auf Fr. 2 Millionen zulasten Stadtentwicklung/Statistik (130100)
26	S. 104; Abt. Stadtentwicklung (130)	GLP Änderung (Teuerung)	Kürzung Nettokosten um Fr. 12 250 (24 043) auf Fr. 2 370 409 (2 358 615) zulasten Stadtentwicklung / Statistik (130100)
27	S. 104; Abt. Stadtentwicklung (130)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 90 979 auf Fr. 2 327 725 zulasten Projekte Stadtentwicklung (130110)
28	S. 104; Abt. Stadtentwicklung (130)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 100 000 auf Fr. 2 318 704 zulasten Förderung Wohnbautätigkeit (130120)
29	S. 104; Abt. Stadtentwicklung (130)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 40 979 auf Fr. 2 077 720 zulasten Aussenbeziehungen / Politisches Controlling (130130)
30	S. 104; Abt. Stadtentwicklung (130)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 238 935 auf Fr. 2 179 769 zulasten Dienstleistung Statistik (130210)

Gisela Vollmer (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Beim Thema Stadtentwicklung liegen verschiedene Anträge zu Streichungen vor. Schon letztes Jahr hat man versucht im Budget Stadtentwicklung zu streichen. Zur Qualität der Stadtentwicklung kann man geteilter Meinung sein, das lässt sich aber nicht im Budget diskutieren. Wenn hier gestrichen wird, geht es um Stellen, die gestrichen werden. Es geht um nach Vertrag zustehende Lohnbezüge, die gestrichen werden sollen, und um die Statistik, die verkleinert werden soll. Bei der Statistik steht Bern aber eher im hinteren Feld in der Schweiz und hat da eher noch einen Nachholbedarf. Weitere Streichungen sind von daher unverständlich. Wir bedauern es ausserordentlich und sind der Meinung, dass man die Probleme, die man mit der Stadtentwicklung hat, anders lösen muss, nicht über das Budget.

Dolores Dana (FDP) für die FDP-Fraktion: Jedes Jahr kommen wir wieder damit und jedes Jahr wird abgeblockt. Und jedes Jahr verspricht die GFL ihre Mithilfe für das nächste Jahr und hilft dann im nächsten Jahr aber nicht. Wir führen jedes Jahr dieselbe Diskussion über die Stadtentwicklung. In der Rechnung 2007 gaben wir knapp 2.09 Millionen Franken für die Stadtentwicklung aus, in der Rechnung 2008 waren es 2.08 Millionen Franken. Der Voranschlag für 2010 steht bei 2.41 Millionen Franken. Wo ist denn der Mehrwert dieses Amtes, für das wir jetzt mehr Geld ausgeben sollen? 2007/08, zum Teil auch 2009 liegen nach der Zeit der grossen Projekte wie Brünnen und Entwicklungsschwerpunkt Wankdorf. Keine weiteren Grossprojekte sind in Aussicht. Diese Erhöhung ist in keiner Weise begründet. Eine, wie es heisst „räumliche Zusammenlegung“, sollte eigentlich zu Einsparungen und nicht zu Mehrausgaben führen. Als Beispiel wird die Sicherung des Einsteinhauses herbeigezogen, das ist klar Sache von Bern Tourismus und nicht der Stadtentwicklung. Wir bitten um Unterstützung unseres Antrages, den anderen Anträgen stimmen wir zu.

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVPplus: Damit wir die Steuern senken und unsere Schulden abbauen können, müssen wir massive Einsparungen vornehmen. Dabei dürfen wir keinen Bereich auslassen, sondern Einsparungen in jedem Bereich vornehmen. Wir haben

dem Gemeinderat die Möglichkeit gegeben und den Antrag gestellt, dass er selber Einsparungen machen kann. Wir forderten eine Steuersenkung um einen Steuerzehntel und die dementsprechende Einsparung des Gesamtbetrages im Budget. Sie haben den Antrag abgelehnt und somit ist es jetzt unsere Aufgabe hier möglichst viele Einsparungen durchzubringen. Natürlich sind diese nicht alle so fachkompetent geraten, wie wenn sie der Gemeinderat gemacht hätte. Alexander Tschäppät wirft uns vor, es seien unqualifizierte Anträge. Er sollte selber Einsparungen vornehmen, das wäre eigentlich seine Aufgabe. Unsere Aufgabe an diesem Globalbudget ist es dem Gemeinderat zu sagen, wie viel Geld er zur Verfügung hat. Dies erlaubt uns die vorliegenden Kürzungsanträge zu stellen. Mit der Kritik, sie seien unqualifiziert, kann ich leben. Die Begründung, wieso wir es so machen und nicht auf die andere Art, kennen Sie jetzt.

Nun zu den einzelnen Punkten: Antrag 30 zur Statistik. Wir sind nicht der Meinung, es brauche grundsätzlich keine Statistiken und Erhebungen in unserer Stadt. Es ist wichtig, gewisse Kennzahlen zu haben und die Bevölkerungsentwicklung zu kennen. Dadurch können wir herausanalysieren, wie gross der Ausländeranteil in unserer Stadt ist. Der ist sehr hoch. Dann können wir analysieren, wie viele Prozent dieser Ausländer kriminell sind ...

Der Redner wird von Ruedi Keller aus dem Plenum aufgefordert, sich zu der Sache zu äussern.

... ich spreche hier über Statistiken und über das Statistikamt. Das Statistikamt liefert wertvolle Zahlen. Unsere Fraktion ist der Meinung, das sei auch zu einem günstigeren Preis machbar. Wir kürzen die Bruttokosten um 238 935 Franken. Den Statistikdiensten stünde immer noch der Gesamtbetrag von 2 179 769 Franken zur Verfügung. Mit diesem bisschen weniger Geld wird das Statistikamt genau gleich effizient weiterarbeiten können, indem es organisatorische und strukturelle Optimierungen vornimmt. Das läuft so in jedem privaten Unternehmen. Wenn der Firmenchef mitteilt, es müssten gesamthaft 2 Millionen eingespart werden, wird das aufgeteilt und in den einzelnen Abteilungen werden die Einsparungen vorgenommen. Bei der Stadtentwicklung können durch Optimierungen bestimmt die von der GLP beantragten 24 043 Franken eingespart werden. Diese Einsparungen sind zwar weniger gross, als wir sie vorsahen, aber als Alternative, wenn unsere Anträge nicht durchkommen, ist zu hoffen, dass Sie den Antrag der GLP unterstützen. Selbst wenn es nur um 12 250 Franken geht – eingespartes Geld ist eingespartes Geld. Je mehr wir über das Gesamtbudget hinweg einsparen, desto mehr steht uns für die Steuersenkung und den Schuldenabbau zur Verfügung. Das muss heute Abend unsere erste Priorität sein. In all den Anträgen liegen Einsparungen, deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung. Dadurch wäre ein weiterer Teilbereich unseres Schuldenabbaus gewährleistet. Sie haben bereits eine grosse Zahl von Anträgen, womit grosse Beträge hätten eingespart werden können, abgelehnt. Wir nähern uns bald dem Ende dieser Budgetdebatte, deshalb sollten Sie jetzt Anträge annehmen. Sonst können wir, wenn wir über die Steuern diskutieren (und diese Diskussion wird auch eine Weile dauern), keine Steuersenkung vornehmen. Sonst leben wir auf Kredit und auf Kosten zukünftiger Generationen. Das machen wir schon heute, denn es wird der Stadt Bern in vernünftiger Zeit nicht möglich sein all diese Schulden zurück zu zahlen...

Der Redner wird vom Vorsitzenden aufgefordert, sich zum Thema zu äussern.

... Um zum Schluss zu gelangen: Zwecks Einsparungen bitte ich Sie um Annahme der Anträge 30, 29, 28, 27, 26 und 25.

Michael Köppli (GLP) für die Fraktion GLP: Als Entgegnung an meinen Vorredner: Sie wollen nur eins, nämlich Steuern senken. Zum Schuldenabbau gab es noch nie einen Antrag von Ihrer Seite. Zum eigentlichen Thema: Mit unserem (korrigierten) Antrag wollen wir 12 250 Franken bei der Stadtentwicklung sparen. Der ursprüngliche Betrag von 24 043 Franken wurde nach Teuerungsbereinigung auf 12 250 Franken festgesetzt. Dies nicht auf Kosten der Leistung, sondern weil für uns die Begründung für die Änderung des Budgets nicht ersichtlich ist. Die Begründung sind Dienstaltersgeschenke und Kosten von Mutationen. Die Einführung von Globalbudgets in der Stadt Bern hat ihre Gründe: Dinge wie Dienstaltersgeschenke müssen darin Platz haben. In einem Jahr sind es Dienstaltersgeschenke, in einem anderen Jahr vielleicht mehr Mutterschaftsurlaube oder besondere Anschaffungen, solch ausserordentliche Auslagen gibt es immer wieder. Diese müssen im Rahmen eines Globalbudgets bezahlt werden können und rechtfertigen keine Erhöhung. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu unserem sehr moderaten Kürzungsantrag bei der Abteilung Stadtentwicklung. Die übrigen Anträge von der SVPplus werden wir alle ablehnen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Als Kind sagte mir meine Mutter, wenn ich soviel redete wie Erich Hess eben: „Hesch dr Schnurrepfluderer?“ Ich weiss nicht, ob das auch auf erwachsene Kinder anwendbar ist.

Früher einmal hiess es „200 000 sind genug“. Heute kommt der Freisinn mit noch mutigeren Slogans daher, indem er sagt: „2 Millionen sind mehr als genug“. Würde dies sich auf den Lohn der Gemeinderäte beziehen, meinte ich, das sei ein ganz guter Slogan, dummerweise bezieht er sich auf die ganze Abteilung Stadtentwicklung. Das zeigt, dass er nicht seriös und fundiert begründet ist, sondern dass es sich dabei um eine nichtssagende Pauschalaussage handelt. Was heisst Stadtentwicklung in der Definition unserer Gemeindeordnung? Darin enthalten ist der Bereich Wohnen, den wir in den letzten Jahren endlich in Schwung brachten. Wenn Sie die Konjunktur der Baubranche in der Region Bern betrachten, sehen Sie volle Auftragsbücher, weil wir endlich planerisch und stadtentwicklungsmässig die nötigen Schritte taten, die vor 10 oder 20 Jahren nicht rechtzeitig aufgegleist wurden. Wohnen ist in Schwung und konjunkturell geht es der Hochbaubranche im Raum Bern heute sehr gut. In dieser wirtschaftlichen Lage wären Kürzungen in diesem Bereich äusserst dumm.

Zum Thema der Aussenbeziehungen führe ich das Votum Adolf Ogis an, der heute Morgen in allen Radio- und Fernsehsendern sagte, einer der schlimmsten politischen Fehler dieses Landes sei gewesen, dass Beziehungen (ins Ausland) nicht gepflegt worden seien. Das gilt auch für eine Kommune, die Beziehungen in der Region, innerhalb des Kantons, aber auch innerhalb des Landes pflegen muss. Wenn wir als Hauptstadtregion wachsen und zu Bedeutung gelangen wollen, benötigen wir Verbündete. Wir müssen Aussenbeziehungen pflegen und ausbauen. Alles andere wäre fatal, aber passend zu der Einigelungspolitik der SVP. Das muss der Rat klar ablehnen, wir müssen uns auf tun und Verbündete zur gemeinsamen Weiterarbeit suchen.

Dass es ein politisches Controlling braucht, ist unbestritten. Die Abteilung Stadtentwicklung macht genau das. So bleiben noch die Statistikdienste. Wir diskutieren jedes Jahr, wie viel Statistik nötig und sinnvoll sei. Im ganzen Land sind wir die Stadt mit der kleinsten Statistikabteilung. Es wäre eine gefährliche Entwicklung, wenn wir die Grundlagen, wie sich eine Stadt planerisch entwickeln soll – schulraummässig, freizeitmässig, für Alterswohnungsplanungen, aber auch für den Verkehr – einfach abschafften und je nach Donnerstagabendlaune jeweils entscheiden, was sinnvoll und nötig ist. Die Grundlagenarbeit der Statistiker ist etwas vom Wichtigsten für eine sinnvolle Stadtentwicklung, ohne Abstützung auf seriöse statistische Fundamente präsentieren wir teure Planungs- und Bauleichen. Wie die meisten zumindest in der vorberatenden Kommission begriffen haben, wäre eine Kürzung bei den statistischen Diensten bloss ein Eigentor, weil wir uns so die Basis entzögen, um sinnvolle planerische

Entscheidungen rechtzeitig in die Wege zu leiten. Zudem liegen uns durch den Abbau der Volkszählung noch weniger Daten als früher vor. Der Gemeinderat beschloss deshalb für 120 000 Franken die Statistikdienste mit der Erhebung von Zusatzdaten zu beauftragen. Würden diese Anträge gutgeheissen, wären die Erhebungen im Quartier, die für die Stadtentwicklung von Bedeutung sind, nicht mehr durchführbar. Die Anträge SVPplus sind abzulehnen. Betreffend des Antrags der GLP ist zu sagen, dass es sich um eine gebundene Ausgabe handelt. Wenn man im Personalrecht den Leuten einräumt für Dienstaltersgeschenke Löhne oder Freizeit zu nehmen, ist das eine gebundene Ausgabe und das Geld ist geschuldet, ob gestrichen oder nicht, weil es dem Personal versprochen ist.

Bernhard Eicher (JF): Ich erlaube mir eine Replik auf Alexander Tschäppät zu unserem Antrag 25: Steigen Sie vom hohen Ross und akzeptieren Sie unsere Anträge so, wie sie sind. Eine Budgetdebatte ist eine Debatte über die Verteilung von Ressourcen. Wenn wir der Ansicht sind, an einem Ort weniger Ressourcen einzusetzen, ist das legitim. Es geht nicht an, dies als unqualifiziert abzutun. Auf dem Niveau müssen wir nicht diskutieren.

Michael Köpfler (GLP): Selbstverständlich gönnen wir all den Mitarbeitern ihre verdienten Dienstaltersgeschenke. Wir meinen, dass sie im Rahmen der Globalbudgets gezahlt werden können. Denn im nächsten Jahr wird das Geld nicht wieder eingespart, sondern verbleibt einfach im Budget. In einem anderen Jahr wird die Begründung dann eine andere sein, seien es zusätzliche Auslagen beim Inventar oder zusätzliche Personalvakanz, die Kosten verursachen. Es geht uns darum, dass wir Globalbudgets zum Zweck eingerichtet haben, derartige Eventualitäten daraus zu bezahlen.

Peter Wasserfallen (SVP): Beispiele zeigen, dass Stadtentwicklung, Aussenbeziehungen und eben das politische Controlling sehr negativ ablaufen, woran dieser Rat nicht unschuldig ist. Beim PROGR hörte man Stimmen aus der ganzen Schweiz, die besagten, als privater Investor solle man nicht in etwas investieren, wo die Stadt Bern beteiligt ist. Denn da gibt es so eine politische Hauruckübung und dann ist ein Projekt vielleicht hinfällig. Es gibt viele dieser Beispiele: Bei der Credit Suisse hiess es, die sollen doch wegziehen, die hätten nur Verluste gemacht und seien Wirtschaftsbonden. Die ziehen jetzt um nach Gümligen, wo sie bauen, und wenn dann die Jobs da sind, sind sie in Gümligen und nicht mehr in Bern im Weltpostverein. „Aussenbeziehungen“ bedeutet auch Beziehungen zu den direkt angrenzenden Agglomerationsgemeinden. Wir haben jetzt die Regionalkonferenz eingeführt, dieses verfassungsmässige Gremium, das vom Volk beschlossen wurde. Aber keiner will mit der Stadt Bern fusionieren, nicht einmal links dominierte Gemeinden aus der Agglomeration wie Köniz oder Ostermundigen. Das sagt einiges aus. Im Gegensatz dazu gibt es in Freiburg Debatten und in Luzern wird etwas umgesetzt. Wir brauchen ein Aussenbeziehungsnetz. Wir müssen für die Agglomerationsgemeinden sexy werden, nicht nur sexy gegenüber Zürich oder Basel oder Genf. Die Kürzungsanträge sind dafür da, dass man über die Bücher geht und erkennt: Aussenbeziehungen und Wirtschaftsförderung heisst seriöser zu sein und weniger herablassend gegenüber den anderen.

Erich J. Hess (JSVP): Ich gebe Alexander Tschäppät darin recht, dass es Statistiken braucht. Es kann aber nicht sein, dass sich ein Stadtpräsident nur auf Statistiken abstützt. Ein guter Stadtpräsident muss auch entscheiden können, ohne dass er Statistiken zur Hand hat. Leider war es bei vielen Politikern der Fall, dass sie, wenn sie einen Entscheid durchzogen, der nicht gut herauskam, den Statistiken die Schuld dafür gaben. Statistiken sind nur Zahlen, eine Momentaufnahme, man kann sich nicht nur auf Statistiken abstützen. Ich zweifle kaum an der Güte der Statistiken des Statistikamtes der Stadt Bern. Andererseits weiss ich auch, dass ich

nur den Statistiken glauben kann, die ich selber gefälscht habe. Statistiken können immer gemäss dem politischen Auftraggeber gebogen und im Aussehen verändert werden. Die Einsparungen, die wir dort vorsehen, sind nicht immens, aber es sind Einsparungen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 25 ab (16 Ja, 54 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 054*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 26 ab (31 Ja, 42 Nein). *Abst.-Nr. 055*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 27 ab (17 Ja, 56 Nein). *Abst.-Nr. 056*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 28 ab (18 Ja, 55 Nein). *Abst.-Nr. 057*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 29 ab (18 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 058*
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 30 ab (17 Ja, 56 Nein). *Abst.-Nr. 059*

31	S. 109; Bauinspektorat (150)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 244 241 auf Fr. 3 500 000 zulasten Baurechtliche Bewilligungsverfahren / Voranfragen (150000)
32	S. 109; Bauinspektorat (150)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 37 959 auf Fr. 180 000 zulasten Beschwerden / Widerrechtliches Bauen (150100)
33	S. 109; Bauinspektorat (150)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 62 174 auf Fr. 325 000 zulasten Baurechtliche Auskünfte (150200)
34	S. 116; Bauinspektorat (150200)	PVS	Änderung Steuerungsvorgabe: Kostendeckungsgrad Archiv; Soll 2010: 20% [statt 33%]
35	S. 116; Bauinspektorat (150200)	SVPplus	Änderung Steuerungsvorgabe: Kostendeckungsgrad Archiv; Soll 2010: 50% [statt 33%]

PVS-Referent *Erich J. Hess* (JSVP) für die Kommission: Im Eintreten der Präsidialdirektion Mir ging der Antrag 34 der PVS vergessen, den ich hätte begründen müssen: Änderung der Steuerungsvorgabe des Kostendeckungsgrades des Archivs. Das Archiv generiert keine grossen Einnahmen und erreicht somit keinen hohen Kostendeckungsgrad. Als Parlament gaben wir die Vorgabe von 33 Prozent Kostendeckungsgrad. In der Diskussion entschied die Kommission, den Kostendeckungsgrad auf 20 Prozent zu senken. Das Archiv weist einen Kostendeckungsgrad von 17 Prozent auf, somit bleibt als Zielvorgabe, den Kostendeckungsgrad zu erreichen. Im Namen der Kommission bitte ich um Annahme des Antrages.

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVPplus: Unsere Fraktion will den Kostendeckungsgrad beim Stadtarchiv von 33 Prozent auf 50 Prozent erhöhen. Natürlich hat das Stadtarchiv keine grossen Einnahmen, aber durch Einsparungen von Personal- und Mietkosten, indem man sich räumlich etwas beschränkt, sind die Kosten zu senken. Somit würde ein massiv höherer Kostendeckungsgrad erreicht. Wir werden unseren Antrag unterstützen, Antrag 34 mit der Senkung des Kostendeckungsgrades lehnen wir ab. Zu Antrag 33, Kürzung der Bruttokosten um 62 174 Franken auf 325 000 Franken zulasten Baurechtliche Auskünfte: Wir beabsichtigen keine massive Einsparung. Das Bauinspektorat leistet gute Arbeit, doch die Effizienz kann sicherlich, wie in jeder Dienststelle, gesteigert werden. Wir kritisieren die Arbeit der Dienststellen aber nicht grundsätzlich. Auch die anderen Anträge sind Zahnrädchen im ganzen System, wo wir Kosten herunterfahren müssen. Deshalb schlagen wir bei einzelnen kleinen Posten Kürzungen vor. Zum Beispiel beantragen wir zulasten Beschwerden/Widerrechtliches

Bauen eine Kürzung von 37 959 Franken. Es bleiben 180 000 Franken zur Verfügung. Ich bitte um Annahme unserer Anträge 31, 32, 33 und 35. Gleichzeitig bitte ich um Ablehnung von Antrag 34.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Falls die von der SVPplus gestellten Anträge durchkommen, führt dies lediglich dazu, dass das Bauinspektorat über weniger Mittel und somit weniger Effizienz verfügt. Nach den Diskussionen der letzten Jahre wurde das Bauinspektorat aufgefordert effizienter, schneller und besser im Kostendeckungsgrad zu arbeiten. Dieses Ziel wurde mittels wesentlichen Verbesserungen erreicht. Was das Bauinspektorat heute abliefert, ringt auch zahlreichen Bauherren, die der Verwaltung nicht nur wohl gesinnt sind, ein Lob ab. Was das Bauinspektorat heute an Qualität und Geschwindigkeit abliefert, ist top. Die Fristen sind kürzer, man arbeitet sehr unbürokratisch und auf der Einnahmeseite hat sich einiges getan. Die neue Bauordnung zeigt unser Bemühen, um schneller, effizienter und verständlich für die Bürger und Bürgerinnen zu funktionieren. Beispielsweise mit der Einführung eines Fast-Tracks erfüllte man das vom Stadtrat in den letzten Jahren eingeforderte. Nun können effiziente Baubewilligungsverfahren innert vernünftiger Frist durchgeführt werden. Dementsprechend wird Investitionsvolumen ausgelöst. Es wäre völlig fatal und falsch eine Entwicklung, die zu vermehrter Bautätigkeit und mehr Investitionen führt und damit die Konjunktur anschiebt, dort zu bremsen, wo sie ihren Anfang nimmt, nämlich bei der Stadtplanung oder beim Bauinspektorat. Die Anträge der SVPplus sind deshalb abzulehnen. Der Antrag der PVS ist vernünftig, den können Sie gutheissen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 31 ab (6 Ja, 55 Nein). *Abst.-Nr. 060*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 32 ab (8 Ja, 54 Nein). *Abst.-Nr. 061*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 33 ab (6 Ja, 58 Nein). *Abst.-Nr. 062*
4. Der Antrag 34 PVS obsiegt dem Antrag 35 SVPplus (51 Ja, 13 Nein). *Abst.-Nr. 063*
5. Der Stadtrat nimmt den Antrag 34 an (51 Ja, 13 Nein, 1 Enthaltung). *Abst.-Nr. 064*

36	S. 121; Stadtplanungsamt (170)	GLP Änderung (Teuerung)	Kürzung Nettokosten um Fr. 61 941 (83 090) auf Fr. 4 250 996 (4 229 847) zulasten Stadtplanung (170500)
37	S. 121; Stadtplanungsamt (170)	FDP	Kürzung Nettokosten um Fr. 312 938.02 auf Fr. 4 Mio zulasten Stadtplanung (170500)
38	S. 122; Stadtplanungsamt (170)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 400 000 auf Fr. 1 054 421 zulasten räumliche Stadtentwicklung (170510)
39	S. 121; Stadtplanungsamt (170)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 210 347 auf Fr. 1 200 000 zulasten Nutzungsplanung (170520)
40	S. 121; Stadtplanungsamt (170)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 28 880 auf Fr. 500 000 zulasten öffentlicher Raum (170530)
41	S. 121; Stadtplanungsamt (170)	SVPplus	Kürzung Bruttokosten um Fr. 113 687 auf Fr. 900 000 zulasten Grünraum (170540)

Dolores Dana (FDP) für die FDP-Fraktion: Auch das Stadtplanungsamt ist eine typische Stelle, die jedes Jahr behandelt wird. Jedes Jahr verspricht die GFL Mithilfe für das nächste Jahr, aber klemmt dann. Diese Stelle mischt sich bei allen anderen Stellen ein. Ihre Funktionen werden durch andere Stellen bereits erfüllt. Beim Proger sehen wir, was bei Wettbewerbsbegleitungen herauskommt. Beratung verwaltungsinterner und -externer Stellen zu Themen im öffentlichen Raum – Tram Bern-West usw. – was macht im Gegensatz dazu die TVS? Fehlt noch, dass eine Aufstockung für den neuen Bahnhof verlangt wird, macht das aber nicht auch die TVS? Es bleibt unklar, wo die Abgrenzungen verlaufen. Zu viel Doppelspurigkeiten und Selbstbeschäftigung, die es zu verhindern gilt. Wir bitten um Zustimmung zum Kürzungsantrag.

Erich J. Hess (JSVP) für die Fraktion SVPplus: Wir müssen jetzt mit dem Sparen anfangen, sonst geraten wir gegen Ende immer mehr in die Bredouille. Mir schwebte bis anhin folgendes Angebot im Hinterkopf: Wenn wir bis zur Polizei 5 Millionen eingespart hätten und dafür die Polizeipräsenz mit dem Polizeikredit um 5 Millionen aufstocken würden, wäre wenigstens etwas erreicht und wir hätten die restlichen Anträge zurückziehen können ...

Der Redner wird vom Vorsitzenden aufgefordert, sich zum Thema zu äussern.

... Also zu den Anträgen 36, 37, 38, 39, 40 und 41. Das sind 6 Anträge mal 2 Minuten, das ergibt eine Redezeit von 12 Minuten. Bei Antrag 36 fordert die GLP eine Kürzung der Nettokosten um 83 090 Franken auf gesamthaft 4 229 847 Franken zulasten der Stadtplanung. Unsere Fraktion wird diesen Antrag gutheissen, obwohl es eine gar schmale Einsparung bedeutet. Auf 4 Millionen lässt sich mehr einsparen als nur 83 090 Franken. Zum Antrag 37: Die FDP will eine Kürzung der Nettokosten um 312 938.02 Franken auf 4 Millionen Franken zulasten der Stadtplanung. Bei einer Variantenabstimmung werden wir diesen Antrag dem der GLP vorziehen. Wir unterstützen den FDP-Antrag ganz sicher. Zu Antrag 38 von der SVPplus: Es geht darum, bei den Bruttokosten 400 000 Franken auf 4 Millionen Franken zulasten der räumlichen Stadtentwicklung einzusparen. Wenn wir Steuern senken wollen, müssen wir überall Einsparungen machen, bei jedem einzelnen dieser Posten. Zu Antrag 39: Unsere Fraktion fordert die Kürzung der Bruttokosten um 210 347 Franken auf 1 200 000 Franken gesamthaft. Nach unserer Überzeugung können die Aufgaben mit 1 200 000 Franken noch ebenso gut wahrgenommen werden. Bei der Nutzungsplanung lassen sich ganz sicher Einsparungen bewerkstelligen, bspw. durch effiziente Arbeitsabläufe. Zu Antrag 40: Wir fordern eine Senkung der Bruttokosten um 28 880 Franken auf gesamthaft 500 000 Franken zulasten des öffentlichen Raums. Das ist ein kleiner Betrag. Dies ist ein sehr liberaler, ein Schmalspur Antrag, wenigstens bei dem könnte das Gesamtparlament seinen Sparwillen beweisen. Wenn Sie bei diesem kleinen Betrag von 28 880 Franken nicht zustimmen, ist grundsätzlich kein Sparwille bei Ihnen zu erkennen. Zu Antrag 41: Die Kürzung der Bruttokosten um 113 687 Franken auf 900 000 Franken zulasten Grünraum. Dieser Antrag ist im Verhältnis eine etwa zehnpromtente Einsparung, somit kein Problem. Mit effizienten Abläufen, besser organisiert und redimensioniert bei den Büroräumlichkeiten, ist das machbar. Durch die ganze Verwaltung zieht sich die Klage, sie müssten viel Geld an StaBe zahlen. Das hängt davon ab, wie viel Fläche von den einzelnen Bereichen in Anspruch genommen wird. Je mehr Fläche ein Verwaltungsbereich beansprucht, desto mehr Mietkosten müssen sie an StaBe bezahlen. Mit StaBe wurde ein marktwirtschaftliches System eingeführt, dadurch wird das ständige Weiterwachsen jedes Büros unterbunden. Dank StaBe erhalten wir Kontrolle darüber, welche Einheiten wie viel Platz beanspruchen, weil sie dies ja über das Budget bezahlen müssen. Ich bitte um Annahme der Anträge 36 bis 41. Hier können Sie Sparwillen beweisen.

Stéphanie Penher (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir werden die Anträge 36 bis 41 nicht annehmen. Die Kürzungen beim Stadtplanungsamt sollten, nachdem wir letztes Jahr diese Diskussionen bereits führten, auch einmal aufhören. Sonst wirtschaften wir ein Amt herunter, das wir dann sogar einmal auflösen müssen, weil es schlicht nicht mehr in der Lage sein wird, seine Arbeit zu erfüllen, wenn wir da weiterhin so kürzen. Die Aufgabenliste des Stadtplanungsamtes ist lang: Begleitung für die Zukunft des Bahnhofs Bern, Tram Region Bern, Streckenüberarbeitung, Quartierplanung und eine lange Reihe von Wohnungsplanungen, die wir im Parlament beschlossen haben und umgesetzt sehen wollen, sind nur einige davon. Dolores Dana erwidere ich, das Stadtplanungsamt tut nicht dasselbe wie die Verkehrsplanung. Verkehrsplanung bezieht sich auf die Strassen, Stadtplanung kümmert sich um die Bereiche neben den Strassen. Zusammen müssen sie funktionieren und benötigen dazu die entsprechenden Stellen. Zu Antrag 36: Die Argumentation für eine Kürzung, die darauf basiert, ein Ausbau sei nicht transparent begründet oder ersichtlich, ist politisch unreif. Wir weisen darauf hin, dass Barbara Hayoz eingangs erwähnte, der Gemeinderat stehe zu diesem transparenten Budget.

Gisela Vollmer (SP) für die Fraktion SP/JUSO: In Erwiderung zum Votum der FDP erwähne ich, dass wir wohl alle nicht einen zweiten Bubenbergplatz wollen. Das zeigt, dass wir ein stärkeres Stadtplanungsamt brauchen. Möglicherweise gibt es Doppelspurigkeiten zwischen TVS und Stadtplanungsamt. Diese Diskussion können wir ruhig einmal führen. Nach meiner Meinung ist das Stadtplanungsamt das Planungsamt und das TVS das Infrastrukturamt. Da muss man teilen, man kann nicht die Planung in die Infrastruktur stellen.

Michael Köpfl (GLP) für die Fraktion GLP: Hier die kurze Begründung zu unserem Antrag. Wir wollen nicht beim Stadtplanungsamt sparen, sondern die Ausgaben auf dem gleichen Stand wie im letzten Jahr halten, sogar plus einem halben Prozent Teuerungsausgleich. Es ist nicht klar, wieso das Stadtplanungsamt, von der Teuerung abgesehen, jedes Jahr mehr Geld benötigt. Das wird aus dem Budget nicht ersichtlich. Auf den Seitenhieb von Stéphanie Penher antworte ich mit der spannenden Frage, ob sie in Zukunft alle Aussagen von Barbara Hayoz per se als qualifiziert anerkennt.

Thomas Weil (SVP): Beim Stadtplanungsamt kommen die Schreibtischtätervoten der Linken zum Vorschein. Die meisten von Ihnen haben keine Ahnung, wo das Geld herkommt. Sie geben einfach das Geld der anderen aus für Ämter, von denen es zwei oder mehr braucht, damit vielleicht Synergien genutzt werden können. Es ist ein Grundsatz der Verwaltung, dass sie sich immer mehr aufbläht und neue Aufgaben generiert. Ich habe zwar ein gewisses Verständnis dafür, ist dies doch eine Beschäftigungsübung, die spielt und eine eigene Gesetzmässigkeit entfaltet. Es ist aber absurd, denn wenn gewisse Stellen und Ämter von Anfang an gar nicht vorhanden oder in grössere Einheiten eingegliedert wären, käme es nicht zu diesen Diskussionen. Es gibt Bereiche, die nötig sind, aber durchaus auch Bereiche, die es nicht braucht, die könnten wir uns sparen.

Der Vorsitzende *Ueli Haudenschild*: Zum Thema Beschäftigungsübung seitens der SVP: Erich J. Hess hat das Wort.

Erich J. Hess (JSVP): Der Ratspräsident sei gebeten, auf Beleidigungen gegenüber Mitgliedern unserer Fraktion zu verzichten.

Stéphanie Penher sprach das Tram an: Ob dies eine gescheite Entwicklung ist, ist fraglich. Als Vorbereitung für den morgigen Kommissionsausflug sprach ich mit Leuten von der Verkehrsdirektion in Luzern. Auf meine Frage, wieso sie denn kein Tram hätten, meinten sie,

dass die Tramgeleise in Luzern schon seit Jahrzehnten aus dem Boden gerissen wurden. Der Trambetrieb sei unrentabel und es käme viel günstiger, den Verkehr mit Bussen abzuwickeln. Es stellt sich die Frage, ob hier Projekte ausgearbeitet werden, weil zu viel Geld zur Verfügung steht. Wäre weniger Geld vorhanden, bedingte dies eine Beschränkung auf das Wesentliche und die Konzentration auf die Frage nach den günstigsten und effizientesten Verkehrsmitteln. Rechnet man die Investitionen, den Unterhalt sowie Tram und Schienenmaterial ist die Tramlösung jedenfalls teurer. Bei der Stadt war eine ganze Abteilung mit den Rechnungen und der Planung für das Tram beschäftigt. Am Ende soll dabei auch ein Resultat heraus schauen: So muss man weitere Trams bauen, obwohl man genau weiss, dass deren Betrieb nicht günstiger sein wird als der Bussbetrieb, der momentan auf diesen Linien verkehrt. Auch Trolleybusse sind problematisch: Bis all die Leitungen aufgehängt sind, wäre von dem Geld schon einiges an Treibstoff für Diesel- oder Gasbusse bezahlt. Im Interesse des Gesamtbudgets bitte ich um Annahme dieser Kürzungsanträge.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* für den Gemeinderat: Fast wehmütig trete ich mein letztes Votum am heutigen Abend an. Nächsten Donnerstag werde ich nicht hier sein, ich weiss nicht, ob ich nicht Entzugserscheinungen nach diesen brillanten Voten von Erich Hess haben werde.

Das Stadtplanungsamt war schon immer ein Zankapfel. So auch heute und es wird dabei nicht sachlicher argumentiert als ehemals. Das Stadtplanungsamt ist nicht ein Amt, das sich überall einmischt, sondern es schafft Grundlagen. Grundlagen dafür, dass zum Beispiel das Baugewerbe überhaupt planen und bauen kann. Denn ohne Grundordnung, ohne Bauordnung oder eine klare Planung über das entsprechende Areal geht im Baugewerbe gar nichts mehr. Denn sie sind die Voraussetzungen jeder Stadterweiterung und -entwicklung. Wir wollen in dieser Stadt wachsen, insbesondere wollen wir im Bereich natürliche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dazugewinnen. Das bedingt entsprechende Planungen. Es müssen Areale entwickelt und in Überbauungsordnungen und Zonenpläne eingearbeitet werden, damit sie dem Volk und dem Stadtrat vorgelegt werden können. Viererfeld, Mutachstrasse, Bollwerk, Tram Bern-West, der ganze Westen, Saali, Schönberg-Ost: Dies sind nur ein paar der grossen Entwicklungen in dieser Stadt, sie alle bedingen eine Stadtplanung. Wer für die Konjunktur und das Baugewerbe etwas tun will, darf nicht am Anfang stoppen und die Planung und Weiterentwicklung untersagen, das ergibt einen Schuss in den Ofen. Ich erinnere mich kaum an alles, was Sie hier bestellt haben, angefangen bei der Piazza-Motion, über das Bollwerk usw. Es bringt nichts, das hier zu bestellen und auf der anderen Seite die entsprechenden Stellen zu streichen. Bereits letztes Jahr wurde eine Stelle gestrichen. Das Stadtplanungsamt hat beim Abgang eines hervorragenden Planers dieser Stadt die Stelle nicht mehr besetzt, das tut uns heute weh. Wir haben ein Opfer erbracht und schon kommt ein nächster Streichungsantrag. Hier wird ein Amt, das wertvolle und schwierige Arbeit leistet, sukzessive demontiert und abgewirtschaftet. Das ist eine ganz gefährliche Entwicklung für die Stadt. Wenn eine Stadt wachsen und sich entwickeln will, benötigt sie als Grundlage eine Planung. Zu glauben, es gehe ohne Planung, wäre einer der grösseren Irrtümer, die dieser Stadtrat begehen könnte.

Manfred Blaser (SVP): Gerade beim Tram leistete das Stadtplanungsamt sehr schlechte Arbeit. Würde ich als Kleinunternehmer derartige Arbeit leisten, würden mir die Hosen abgesägt. Schauen Sie nach Bümpliz, wo wir seinerzeit das Tram überhaupt nicht wollten: Was dort in der Planung vor sich geht, ist himmeltraurig. Die Fussgänger haben Angst, die Strasse zu überqueren, es gibt keinen Fussweg, man ist beengt. Weitere Gefahrenzonen entstehen dadurch, dass niemand beachtet hat, dass die Randsteine bei den Haltestellen auf einer Höhe sind, wo Velofahrer mit den Pedalen daran aufschlagen. Das wurde bedauerlicherweise beim Planungsamt alles nicht ins Auge gefasst.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Der Fairness wegen ist zu sagen, dass das alles nichts mit der Stadtplanung zu tun hat. Wenn es denn stimmt, hat es mit der Bauausführung zu tun und das liegt im Bereich des Tiefbauamtes und nicht bei der Stadtplanung. Man sollte nicht dort kürzen, wo es nicht diejenigen trifft, die das Bemängelte zu verantworten haben.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt den Antrag 36 an (42 Ja, 31 Nein). *Abst.-Nr. 065*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 37 ab (16 Ja, 54 Nein, 2 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 066*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag 38 ab (16 Ja, 55 Nein). *Abst.-Nr. 067*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag 39 ab (15 Ja, 55 Nein). *Abst.-Nr. 068*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag 40 ab (17 Ja, 54 Nein). *Abst.-Nr. 069*
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag 41 ab (16 Ja, 57 Nein). *Abst.-Nr. 070*

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie

FSU-Präsidentin *Barbara Streit-Stettler* (EVP) für die Kommission: In einer für FSU-Verhältnisse ungewöhnlich langen Sitzung befassten wir uns intensiv mit dem SUE-Budget. Generell fällt auf, dass in diesem Budget der SUE zahlreiche neue Stellen vorgesehen sind. Diese Entwicklung werden wir beobachten müssen, wollen wir unsere finanzielle Situation in Zukunft nicht gefährden.

Nun zu den Dienststellen im Einzelnen. 1. Kantonspolizei: Weil wir mit der Darstellung von der Kantonspolizei im Budget unzufrieden waren, nahmen wir während einer nachträglichen Sitzung diesen Bereich zusätzlich unter die Lupe. Es ergab sich eine konstruktive und problemlösungsorientierte Diskussion gemeinsam mit der SUE und der Kantonspolizei. Als Resultat dieser Sitzung beschlossen wir über 15 neue Kennzahlen, wie Sie der Synopsis entnehmen können. Die neuen Kennzahlen betreffen vor allem die Anzahl Stunden in den verschiedenen Arbeitsbereichen der Kantonspolizei. Wir hoffen, in einer zweiten Runde, wenn wir dann effektiv wissen, wie viele Stunden in den einzelnen Bereichen geleistet werden, ein paar dieser Kennzahlen in Steuerungsvorgaben umwandeln zu können. Damit könnten wir auch vom Stadtrat aus strategische Schwerpunkte in der Polizeiarbeit setzen. Das ist aber noch Zukunftsmusik und wird erst im nächsten Budget aktuell. Über die Steuerungsvorgabe „Uniformierte sichtbare Präsenz pro Jahr in Stunden“ diskutierten wir lange. Das Soll für 2009 beträgt 65 000 Stunden. Nun setzt der Gemeinderat ohne vorherige Konsultation mit der Kantonspolizei dieses Soll auf 72 000 Stunden herauf. Dies mit der Begründung, dass im Jahr 2008 71 000 Stunden geleistet wurden. Vonseiten der Kantonspolizei sagte man uns, dies sei nur möglich gewesen, weil im Jahr 2008 wenig Veranstaltungen stattfanden. Die Kommission entschied, die 72 000 Stunden im Budget zu belassen, ist sich aber bewusst, dass dies eventuell nicht erreicht wird. Einen Antrag, im Zusammenhang mit der Erhöhung der Stunden das Globalbudget um 700 000 Franken zu erhöhen, lehnten wir ab. In diesem Fall wurde die FSU in eine Schiedsrichterrolle zwischen Stadt und Kanton gedrängt. Ich halte ausdrücklich fest, dass wir diese Rolle ablehnen und es Sache der SUE und der Kantonspolizei ist, sich vorgängig abzusprechen.

2. Zum Amt für Umweltschutz: Hauptthema war hier die neue Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters, der den Gemeinderat in Energiefragen beraten soll. Unterdessen stellte uns der Gemeinderat den Antrag, diese Stelle nicht im AfU, sondern im Stab der SUE anzusiedeln. Ich möchte die Diskussion zu den 120 000 Franken nicht vorausnehmen, die es sicher auch hier im Stadtrat dazu geben wird. Wir haben nach ausführlicher Diskussion einen sehr knappen Entscheid für diese Stelle gefällt.

3. Zum Polizeiinspektorat: Hier ist die Einwohnerkontrolle ein Dauerthema. Sie läuft am oberen Limit. Das zeigt sich insbesondere beim Callcenter, wo es im Jahr 10 000 sogenannte Lost-Calls gibt, also Anrufe, die nicht angenommen werden können oder die Anrufenden wieder aufliegen. Auch gibt es immer wieder Diskussionen bezüglich der Schnittstellen zwischen Kantonspolizei und Polizeiinspektorat. So zum Beispiel der Streit, ob der Kanton der Stadt die Betriebskontrollen von gewerbemässigen Transportunternehmungen entschädigen muss oder nicht. Andererseits lässt die Kantonspolizei verlauten, dass sie Aufgaben, die ursprünglich beim Polizeiinspektorat lagen, jetzt selber erledigen muss. Da besteht Klärungsbedarf und wir erwarten vom Gemeinderat, dass er diese Unklarheiten mit der Kantonspolizei bereinigt.

4. Zur Sanitätspolizei: Ich weise darauf hin, dass die Sanitätspolizei für 2009 immer noch keinen Leistungsvertrag mit dem Kanton hat. Der Kanton fordert eine Beitragskürzung von 12.5 Prozent. Am 15. September findet die nächste Verhandlungsrunde mit dem Regierungsrat Philippe Perrenoud statt. Uns wurde aber versichert, dass der Kanton trotz vertragslosem Zustand Zahlungen leistet und die Sanitätspolizei nicht auf Kosten der Stadt arbeitet.

5. Zum Wirtschaftsamt: Wir hatten erwartet, darum haben wir ja mittels Motion die Fristverlängerung auf August verkürzt, im Budgetprozess bereits zu wissen, wie es mit dem Wirtschaftsamt weitergeht. In der Kommission wurde kein Antrag zum Budget des Wirtschaftsamtes gestellt. Wir sind dennoch der Meinung, dass es sich bei diesem Budget um einen Blindflug handelt.

6. Zum Tierpark: Dort gaben vor allem der Bärenpark und die Steigerung der Nettokosten zu reden. Ein Kürzungsantrag der Nettokosten wurde abgelehnt, weil wir erkannten, dass wir uns damit ins eigene Fleisch schneiden. Ein Teil der Ausgaben ist für einen Verkaufsshop reserviert, der wiederum Einnahmen generieren wird. Kürzte man die Personalkosten, wären vor allem die Einnahmen infrage gestellt.

Die FSU empfiehlt das Budget der SUE zur Annahme.

Rania Bahnan Buechi (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Als ehemaliges Mitglied der FSU-Kommission freut es mich, zu den Anträgen der SUE Stellung zu nehmen. Wie angekündigt, wird unsere Fraktion alle Anträge, die eine globale Kürzung verlangen, ablehnen. Wir wollen nur in einer Art Einfluss nehmen, wo konkrete und sichtbare Änderungen geprüft werden können. Zum Antrag 44 des Gemeinderates sagen wir Ja, alle Anträge der FSU nimmt die GFL/EVP-Fraktion ebenfalls an. Unser Schwerpunkt bezieht sich auf drei Anträge: Der Antrag 43 des Gemeinderates. Diesen diskutierten wir in der Fraktion lange. Wir sind grundsätzlich nicht gegen die Anliegen von Fachunterstützung und Fachberatung für die Erarbeitung einer Eignerstrategie. Für uns gibt es aber Unklarheiten, die es unmöglich machen zu diesem Zeitpunkt die Stelle zu bewilligen. Am Anfang hiess es, der neue Stelleninhaber oder die neue Stelleninhaberin sollte für den Gemeinderat tätig sein. Danach hiess es plötzlich, die Person solle im Energiebereich arbeiten. Zudem ist nicht klar, was das Stellenprofil genau beinhaltet. Auch der Verlauf der Abgrenzung zwischen dem Gemeinderat und dem Verwaltungsrat von ewb ist unklar. Wir wollen nicht die Rolle eines internen Puffers für die Verwaltung spielen und erwarten darum ein Konzept, worin die oben erwähnten Punkte geklärt werden. Wir lehnen diesen Antrag 43 ab, in logischer Konsequenz nehmen wir dafür Antrag 44 an.

Zum Antrag 54 der GB/JA!: Dieses Anliegen für die Durchführung autofreier Sonntag wurde von der GFL seit 2004 gefordert. Obwohl die Motion schon längst überwiesen worden ist, geht es nicht vorwärts. Den Betrag von 400 000 Franken finden wir zu hoch. Wir sagen diesmal Ja, erwarten aber, dass bis zum nächsten Budget mindestens ein autofreier Sonntag durchgeführt und evaluiert wird. Wir werden den Kredit für das Budget 2011 aufgrund der Evaluation überprüfen und uns dann neu entscheiden. Als logische Folge lehnen wir Antrag 55 ab. Zu unserem Antrag 63: Die Begründung bezieht sich auf die Tatsache, dass die Feuerwehr vom Viktoriaplatz ins Forsthaus umzieht. Dieser Umzug ist aufwendig und verursacht hohe Kosten, un-

ter anderem wird ein neuer Einsatzplan benötigt und alle Wege müssen neu definiert werden. Diese Aufstockung ist auf vier Jahre befristet. Wir wollen diese Kennzahl jetzt einführen, damit wir das in vier Jahren kontrollieren und abhaken können.

Der Vorsitzende *Ueli Haudenschild*: Wir kommen zum ersten Block Anträge 42 bis 44. Ich weise darauf hin, dass ich diese Direktion gerne heute noch behandeln möchte, sonst müssen wir das in einer Woche machen. Nächste Woche können wir nicht früher beginnen, weil vorher das Kinderparlament hier tagt.

42	S.134; Dir.stabsdienst (200)	FDP	Kürzung Nettokosten um Fr. 298 028.28 auf Fr. 2 Mio. zulasten Leistungen für Politik und Verwaltungsführung (200100)
43	S. 134; Direk- tionsstab (200) (S. 147; Amt für Umwelt- schutz)	Gemeinderat	Erhöhung Nettokosten um Fr. 120 000 auf Fr. 1 249 038 zugunsten Stabsdienstleistungen (200200) → Verlagerung wiss. Stelle „Dossier ewb“ zulasten Umweltschutz (220100) (vgl. Antrag-Nr. 44)
44	S. 147; Amt für Umweltschutz (220) (S. 134; Direk- tionsstab)	Gemeinderat	Kürzung Nettokosten um Fr. 120 000 auf Fr. 4 770 662 zulasten Umweltschutz (220100) → Verlagerung wiss. Stelle „Dossier ewb“ zugunsten 200200 Direktionsstab (vgl. Antrag-Nr. 43)

Corinne Mathieu (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Zu den Anträgen 43 und 44 diskutierten wir in der Fraktion die Stellenfrage eingehend. Leider überwog ein grosses Unbehagen. Das hat uns dazu bewogen dem Antrag 43 des Gemeinderates und der Erhöhung der Nettokosten um 120 000 Franken nicht zuzustimmen. Wir anerkennen, dass es nötig sein wird, die Ressourcen zu erhöhen, nicht zuletzt um unsere politischen Forderungen im Bereich der Energiepolitik umzusetzen. Aber allzu vieles bleibt unklar. Anscheinend ist man sich im Gemeinderat und in der Direktion Nause nicht darüber einig, wo die Stelle angesiedelt werden soll. Das hat aber grosse Auswirkungen auf den Stellenbeschrieb und die Aufgaben dieser Person. Solange dies nicht klargestellt ist, sind wir nicht bereit eine zusätzliche Stelle zu bewilligen. Falls der Gemeinderat weiss, was er eigentlich will und dies dem Stadtrat auch einigermaßen plausibel darlegen kann, was in der Kommissionssitzung der FSU gar nicht der Fall war, sind wir diskussionsbereit. Wir würden auch ausserhalb des Budgetprozesses über diese Stelle entscheiden. Unsere Fraktion lehnt den Antrag 43 ab und stimmt dem Antrag 44 zu.

Natalie Imboden (GB) für die Fraktion GB/JA!: Ich äussere mich zu den Anträgen 43 und 44, zuerst inhaltlich und anschliessend in der Form. Im Gegensatz zur SP, die sich für die Streichung der vorliegenden Stelle ausspricht, sind wir dezidiert der Meinung, dass die Stadt Bern eine entsprechende Stelle im Bereich der Energiepolitik braucht, weswegen wir die Notwendigkeit der Schaffung dieser Stelle unterstützen. Mit der Eignerstrategie hat der Gemeinderat in diesem Jahr ein wichtiges Dokument verabschiedet, wie er mit ewb in den nächsten Jahren umzugehen gedenkt und wie die Zusammenarbeit stattfinden soll. Das ist ein wichtiger Schritt und wir haben jedes Interesse daran, dass diese Strategie umgesetzt wird. Die Strategie ist ambitioniert, es geht dabei um den Ausstieg aus der Atomkraft, um erneuerbare Energien. Das ist ein langwieriger Prozess und bedeutet viel Knochenarbeit. Darum ist es nur rechtens, dass der Gemeinderat sich hier das entsprechende Know-how organisiert. Klar hat ewb dieses Know-how, aber die Perspektive der Stadt bringt teilweise eigene Logiken und die Stadt

muss ihre eigenen Interessen als Eigner dieses wichtigen energiepolitischen Werkes wahren. Weitere Gründe sprechen für die Richtigkeit: Als man ewb damals auslagerte, ging auch das Know-how an ewb über und man macht jetzt eine Korrektur dieser vor Jahren vernachlässigten Tatsache. Wie die Stelle genau formuliert wird, ist nicht Sache des Stadtrats, der im Budgetprozess nicht Stellenprofile diskutiert. In der Kommission wurde ein Stellenprofil vorgestellt und die Kommission hatte damit Gelegenheit, die fachliche Diskussion darüber zu führen, wie die Stelle aussehen soll.

Zusammenfassend: Die Stadt Bern braucht diese Stelle, wir brauchen das technische Know-how und der Gemeinderat benötigt die Fachkompetenz. Das liegt im Interesse der ökologischen und fortschrittlichen Energiepolitik.

Die Form dieser Anträge sorgte für einige Verwirrung. Es handelt sich um einen ursprünglichen Gemeinderatsantrag und um einen Gemeinderatsantrag, der das eigene Budget abändert. Die Frage stellt sich, ob man die Stelle dem Amt für Umwelt angliedern will oder dem Stab. Nach unserer Meinung soll der Gemeinderat die Entscheidung über die Ansiedlung der Stelle fällen. Für uns ist zentral, dass diese Stelle wirklich existiert. Deshalb folgen wir dem Gemeinderatsantrag. Fazit: Es ist wichtig, dass wir dieses Fachwissen haben. Energiepolitik wird in den nächsten Jahren in der Stadt Bern zentral sein. Eine Verschiebung ist nicht die Lösung. Wer A sagt zu einer innovativen Energiepolitik, muss auch B sagen zur Umsetzung. Man kann nicht nur Absichtserklärungen in die Luft setzen, aber die Ressourcen für die Umsetzung nicht sprechen. Angesichts der entstandenen Konfusion ist der zuständige Gemeinderat gut beraten, hier Klärung zu schaffen und bis Ende Jahr die Kommission darüber zu informieren, wie genau das Profil aussieht und diese Stelle ausgestaltet wird. Dieser Erklärungsprozess liegt im Interesse aller.

Wir unterstützen beide Anträge (43 und 44) des Gemeinderates, denn nur auf diese Weise ist garantiert, dass sich die Stadt Bern das für die Umsetzung der Energiepolitik notwendige Know-how organisiert.

Ordnungsantrag

Erich J. Hess (JSVP): Ich beantrage, dass bis und mit Antrag 44 verhandelt und abgestimmt wird. Nach Antrag 44 werden die Themen Sicherheit und Polizei behandelt, da sind allein aus unserer Fraktion Referate in der Gesamtdauer von über einer Stunde zu erwarten, dazu kommen noch Referate der anderen Seiten. Also ein **Antrag auf Abbruch der Sitzung nach Antrag 44**.

Beschluss

Der Ordnungsantrag wird vom Rat abgelehnt (30 Ja, 39 Nein). *Abst.-Nr. 071*

Dolores Dana (FDP) für die FDP-Fraktion: Zu unserem Antrag 42: Bis dato reichten 2 Millionen Franken aus, der Ausbau wird nicht plausibel begründet. Die Stadtpolizei ist bekanntlich nicht mehr bei uns, sondern beim Kanton. Es gibt nicht mehr Arbeit bei den Stabsdiensten. Die FDP ersucht deshalb um Unterstützung dieses Antrags.

Der Antrag 43 findet nicht unsere Unterstützung. In der Kommission bekamen wir vier verschiedene Begründungen, der Gemeinderat ist sich über die Richtung offenbar selber nicht gewiss. Was will man denn noch mehr? Die Stadt ist Alleinaktionärin, sie hat einen neuen Vertreter im Verwaltungsrat, der die Interessen bezüglich grüner Politik durchsetzt und sie hat eine neue Eignerstrategie. Es bräuchte wohl mehr, wenn man sich das erforderliche Wissen punktuell aneignet oder eben holt, wie auch schon getan; statt eine Stelle zu schaffen, von der wir schon heute wissen, dass sie ausgebaut wird und ein Riesenballast entsteht. Sehen Sie einmal in der Statistik den Stellenausbau seit der Einführung von NSB nach, es ist unglaublich.

Béatrice Wertli (CVP) für die Fraktion BDP/CVP: Es braucht die Stelle und das Know-how und es braucht sie dort, wo sie jetzt ist. Wie Natalie Imboden sehr gut ausführte, braucht es dieses Know-how zur Umsetzung der städtischen Energiestrategie. Es geht um Synergien und um Kompetenz sowie Effizienz. Wird eine Stelle disloziert, entstehen ein Know-how-Verlust und ein erhöhter Koordinationsaufwand. Die grosse Mehrheit unserer Fraktion empfiehlt die Ablehnung der Anträge 43 und 44, um die Stelle wie im aktuellen Budget zu belassen. Das AfU ist für die Umsetzung der städtischen Energiestrategie verantwortlich und hat dazu ein Kompetenzzentrum aufgebaut. Synergien erleichtern die Arbeit und das Wissen wird intern gebraucht. Wenn man das Wissen intern nicht hat, muss man sich das Wissen von aussen beschaffen, was in aller Regel teurer ist.

Jan Flückiger (GLP) für die Fraktion GLP: Wir sind der Schaffung einer Stelle, die dem Gemeinderat bei der Umsetzung der Eignerstrategie und beim Controlling hilft, nicht grundsätzlich abgeneigt. Wir stören uns aber an zwei Punkten: 1. Es muss grundsätzlich geklärt werden, warum man Gemeinderäte in Verwaltungsräte von ausgelagerten Firmen schickt, die nicht über die nötige Fachkompetenz verfügen und sich eine teure Stabsstelle schaffen müssen, die sie fit macht für die Verwaltungsratssitzungen. Mit dieser Frage wird nicht die Kompetenz von Reto Nause infrage gestellt. Vielmehr ist dies eine Frage grundsätzlicher Art, die wir diskutieren wollen. Dazu ist eine Interpellation hängig, bei deren Beantwortung der Gemeinderat sich aber windet. 2. Zum Zweck der Stelle erhielten wir sehr disparate Informationen. Nun beantragt der Gemeinderat kurzfristig die Verschiebung der Stelle. Wir sind der Meinung, das sei im Rahmen des Budgets nicht mehr zu klären. Wie die SP sind wir bereit, die Stelle zu einem späteren Zeitpunkt zu bewilligen, wenn ein klares Profil vorliegt und geklärt ist, welche Aufgaben diese Person erfüllen muss. Möglicherweise ist die Stelle besser beim AfU aufgehoben, denn so kann sie nebst dem ewb-Dossier noch andere Aufgaben wahrnehmen. Die Anträge 42 und 43 lehnen wir ab, Antrag 44 nehmen wir an.

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVPplus: Auch ich bin Kommissionsvertreter der FSU und wir erhielten vier verschiedene Begründungen für diese Stelle. Sobald man sah, dass eine Begründung nicht durchschlug, wurde innerhalb der gleichen Sitzung eine andere angehängt. Das ist nicht vertrauensbildend und führt dazu, dass wir die Stelle ablehnen. Es gibt aber noch sachlichere Gründe für die Ablehnung: Offenbar braucht es eine Stelle, die den Gemeinderat Reto Nause darin berät, wie er die Energiepolitik der Stadt Bern im Verwaltungsrat ewb umsetzen kann. Da stellt sich ein grundsätzliches Problem: ewb gehört uns, wir wählen im Stadtrat die Verwaltungsräte von ewb, also müssten eigentlich alle Verwaltungsräte Stadtinteressen wahrnehmen. So muss man schon bei der Wahl der Verwaltungsräte die richtigen wählen, nämlich die, welche die Energiepolitik der Stadt Bern auch umsetzen. Von daher erscheint die Stelle überflüssig. Wir begegnen derselben Situation auch auf Kantonsstufe: Dort gibt es die regionalen Spitalzentren (RSZ), das sind AGs, die alle dem Kanton gehören. Es ist aber so, dass kein Regierungsrat in den Verwaltungsräten dieser RSZ einsitzt. Es sind alles fremde Verwaltungsräte, die zum Zeitpunkt ihrer Wahl durch den Regierungsrat darauf geprüft werden, dass sie die Richtigen sind. Dieses Verfahren genügt auch beim ewb: Man wählt die richtigen Verwaltungsräte und stimmt an der Generalversammlung den Interessen der Stadt entsprechend.

Direktor SUE *Reto Nause* für den Gemeinderat: Zuerst zu Antrag 42: Im Budgetband gibt es vermutlich keine Amtsstelle, die ein tieferes Budget und tiefere Nettokosten als unser Generalsekretariat und die Stabsdienste aufweisen. Anderslautende Behauptungen sind schlicht nicht wahr. Die Direktionsstabsdienste SUE verfügen über ein tieferes Budget als im Vorjahr.

Bitte bedenken Sie, welche Art politischer Zeichen Sie setzen, wenn Sie denen auf den Kopf schlagen, die sparen. Mit 300 000 Franken ist die von der FDP vorgeschlagene Kürzung massiv. Es bedeutete konkret einen Stellenabbau von drei Personen. Sie kürzen damit Dienstleistungen an Ihnen selber. Zwischen 2005 und 2008 kamen aus diesem Rat 234 die Direktion SUE betreffende Vorstösse. Die meisten Vorstösse im Vergleich mit allen Direktionen. Sicherheit ist eben ein emotionales Thema, das bewegt. Sie kürzen aber auch Dienstleistungen an den Bürgerinnen und Bürgern. Sämtliche an die Stadt gerichteten Anfragen zur Sicherheit, die früher durch die Stadtpolizei beantwortet wurden, werden neu durch unser Generalsekretariat beantwortet. Mit diesen Kürzungen betreiben Sie ein heisses Spiel, wenn es darum geht, das Controlling gegenüber der Kantonspolizei auf eine neue effiziente, tragfähige Basis zu stellen. Auch ist unsere Direktion Rekursinstanz, wir haben einen Rechtsdienst, bestehend aus einer Person, die jährlich x Beschwerden beantwortet, betreffend bspw. Aussenbestuhlungen, Glacévelos usw. Würde der Antrag angenommen, müsste der Rechtsdienst schlicht ausgelagert werden. Danke für die Ablehnung dieses Schnellschusses gegen die Bürger und Sie selber.

Zu den Anträgen 43 und 44: ewb ist das wichtigste stadteigene Werk und es wird eine teure Geschichte, wenn dort irgendetwas einmal falsch läuft. Mit der Eignerstrategie beschloss der Gemeinderat, dieses Werk durch die Stadt enger zu begleiten. Das ist notwendig, denn wir dringen in neue Geschäftsfelder vor. Wir werden Millionen investieren müssen in Produktionskapazitäten von neuen und erneuerbaren Energien. Wir werden ein für die Kontrolle zur Umsetzung der Eignerstrategie eminent wichtiges Kennzahlensystem etablieren. Im Bereich Tarifpolitik wollen wir das Werk auf Energieeffizienz ausrichten und stehen im Umfeld einer Marktliberalisierung, die einen rasanten Wandel mit sich bringt, dessen Auswirkungen noch nicht abwägbar sind. Der Aufbau von stadtinternem Know-how ist deswegen zwingend. Rund um ewb sind zentrale Zukunftsthemen angesiedelt, die in diesem Rat immer wieder eine grosse Rolle spielen: Umsetzung Energierichtplan, Energiestadt GOLD, Smart Metering, Smart City, 2000 Watt-Gesellschaft, Senkung des CO₂-Ausstosses usw. Ohne Fachwissen vergibt sich die Stadt die Chance, sich strategisch zu positionieren. Was in anderen Bereichen selbstverständlich ist, soll bei ewb plötzlich eine Idee vom Mond sein? Es braucht diese Stelle, wird sie im AfU angesiedelt, sind sicher die Synergien auf andere Bereiche optimal, der Gemeinderat ist aber der Meinung, sie sei im Stab anzusiedeln, weil sie dort das nötige politische Gewicht erhält.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag 42 ab (16 Ja, 55 Nein). *Abst.-Nr. 072*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag 43 ab (12 Ja, 57 Nein, 3 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 073*
3. Der Stadtrat nimmt den Antrag 44 an (46 Ja, 19 Nein, 6 Enthaltungen). *Abst.-Nr. 074*

Der Vorsitzende *Ueli Haudenschild*: Die Zusatzbemerkung: →Verlagerung wiss. Stelle „Dossier ewb“ zugunsten 200200 Direktionsstab ist hinfällig.

Ordnungsantrag

Edith Leibundgut (CVP): Nachdem Erich Hess seit heute Nachmittag um 13.30 Uhr die Halle mit eigenen Worten füllte und kaum jemand sonst zum Reden kam, wir aber noch keinen grossen Fisch aus dem Finanztopf fingen, hoffe ich auf mehr Glück für den **Antrag, die Sitzung um 23 Uhr zu schliessen**. Es gibt im Saal zum Beispiel junge Mütter und Väter, die nachts aufstehen müssen und viele, die um 6 Uhr morgens wieder funktionieren müssen. Mittlerweile ist eine seriöse Debatte nicht mehr möglich, bitte heissen Sie diesen Antrag gut.

Beschluss

Der Ordnungsantrag wird vom Stadtrat angenommen (35 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltung).

Abst.-Nr. 075

- | | | | |
|----|---------------------------------|---------|---|
| 45 | S. 140; Kantonspolizei (210) | FDP | Erhöhung Nettokosten um Fr. 5.1 Mio auf 34 888 876 zugunsten Kantonspolizei (210100) |
| 46 | S. 140; Kantonspolizei (210) | SVPplus | Erhöhung Bruttokosten um Fr. 5 211 124 auf 35 Mio zugunsten Kantonspolizei (210100) |
| 47 | S. 142; Kantonspolizei (210100) | FSU | Ergänzung übergeordnete Ziele:
„Ein angemessenes und zweckmässiges Reporting ist etabliert (P110)“ |
| 48 | S. 142; Kantonspolizei (210100) | FSU | Änderung Hinweise zur Zielüberprüfung: „Die Kantonspolizei informiert die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie halbjährlich über die Entwicklung der Steuerungsvorgaben und Kennzahlen. Es finden vierteljährlich Controllinggespräche zwischen der Kantonspolizei und der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie statt. Die zuständige Stadtratskommission (FSU) wird regelmässig über die Ergebnisse informiert (P110).“ |
| 49 | S. 142, Kantonspolizei (210) | SVPplus | Erhöhung Steuerungsvorgabe
1) Uniformierte Präsenz pro Jahr; Soll 85 000 Std. [statt 72 000 Std.] |
| 50 | S. 143; Kantonspolizei (210100) | FSU | Einführung neue Kennzahlen:
1) Präventive Präsenz (P110)
2) Präventionsarbeit Sicherheitspolizei
3) Ereignisbewältigung
4) Kundgebungen
5) Veranstaltungen
a. Sportveranstaltungen
b. übrige Veranstaltungen
6) Personenschutz
7) Objektschutz
8) Präventionsarbeit Verkehrspolizei
9) Verkehrsunterricht
10) Verkehrskoordination
11) Amts- und Vollzugshilfe
12) Gemeindepolizeiliche Aufgaben
13) Administration
14) Anzahl Controllinggespräche SUE/Kapo pro Jahr

Die bisherigen Kennzahlen 1) bis 10) werden zu Kennzahlen 15) bis 24). |
| 51 | S. 143; Kantonspolizei (210100) | FSU | Ergänzung Kennzahl:
Bei Kennzahl 2) Anzahl Kundgebungen (<i>neu Kennzahl 16</i>) ist zusätzlich die Anzahl der bewilligten Kundgebungen aufzuführen. |

Rahel Ruch (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Unsere Fraktion lehnt bei den Anträgen zur Kantonspolizei die Anträge der SVPplus und der FDP ab, den Anträgen der FSU stimmen wir zu. Zur Begründung der Ablehnung der Anträge von SVPplus und FDP: Diese Anträge bezwecken eine grössere uniformierte Polizeipräsenz auf Berns Strassen. Das suggeriert Bern sei eine unsichere Stadt. Das stimmt nicht. In der Zeitung von heute steht in Zusammenhang mit der FDP-Initiative für eine sichere Stadt Bern und dem gemeinderätlichen Gegenvorschlag zu lesen, dass die Stadt Bern weder unsicher ist, noch die Bewohner und Bewohnerinnen sich unsicher fühlen. Alle Studien und Umfragen belegen, dass man sich in Bern sicherer als in anderen Städten fühlen kann. Wir sind überzeugt, dass Sicherheit in unserer Gesellschaft nicht so sehr mit Polizeipatrouillen oder Videokameras zu tun hat, sondern mit der sozialen Sicherheit, besonders in Krisenzeiten. In der heutigen Budgetdebatte wird klar ersichtlich, wer Sicherheit wie definiert. Die bürgerliche Ratshälfte will über 5 Millionen Franken mehr ausgeben für Polizeipatrouillen, will gleichzeitig aber überall dort sparen, wo es um soziale Sicherheit geht bspw. bei Jugendarbeit, Integration, Sozialarbeit usw. Das ist keine nachhaltige Politik. Sicherheit lässt sich nicht mittels Uniformen und Polizeipräsenz sicherstellen. Wir wollen eine Polizei, die dort zum Zuge kommt, wo es sie braucht und unter einer guten demokratischen Kontrolle steht, darum auch unsere Zustimmung zu den Anträgen der FSU. Die 5 Millionen Franken für die Polizeipräsenz sind unnötig, zu teuer und nutzlos. Die Anträge der FDP und der SVPplus sind abzulehnen.

Corinne Mathieu (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion stimmt den Anträgen der FSU zu. Dank der Einführung der neuen Kennzahlen laut Antrag 50 wird endlich im dritten Jahr des Ressourcenvertrages ein Controlling etabliert, das den Namen auch verdient. Das setzte allerdings einigen Druck seitens des Gemeinderates und der Kommission voraus. Auch wird die Frequenz der Controllinggespräche auf vier Gespräche pro Jahr erhöht, was ebenfalls mittels Kennzahl überprüft werden soll. Die Anträge von SVPplus und FDP lehnen wir ab. Der Gemeinderat hat die Steuerungsvorgabe für die uniformierte, sichtbare Präsenz der Kapo von heute 65 000 Stunden auf neu 72 000 Stunden erhöht, diesen Antrag unterstützen wir. Die Anträge von FDP und SVPplus bedeuten zudem einen Vorgriff auf eine Initiative, die in der Kommission noch nicht einmal behandelt worden ist. Dies findet erst nach den Herbstferien statt. Das Vorgehen der beiden Fraktionen ist unter diesen Voraussetzungen äusserst undemokratisch.

Pascal Rub (FDP) für die FDP-Fraktion: Unsere Fraktion stimmt allen Anträgen in diesem Block 45 bis 51 zu. Mit dem Antrag 45 – der in Zusammenhang mit unserem alternativen Budget steht – mit der Erhöhung des Budgets der Kantonspolizei um 5.1 Millionen Franken zeigen wir auf, dass die Initiative, die nächstes Jahr dem Stimmvolk vorgelegt wird, auch finanzierbar ist. Wir sind uns bewusst, dass in so kurzer Zeit nicht so viele Polizisten rekrutiert werden können. Das wird auch der Kritikpunkt sein, aber es geht darum, den Vorwurf abzuwenden, wir wollten mehr ausgeben und das sei nicht finanzierbar. Auch den anderen Anträgen von FSU und von der SVPplus stimmen wir zu.

Jan Flückiger (GLP) für die Fraktion GLP: Wir sprechen über die von FDP und SVP geforderten 5 Millionen Franken für mehr Polizeipräsenz. Ich verstehe die beiden Fraktionen überhaupt nicht: Da wollen sie sparen und Steuern senken, geben aber plötzlich 5 Millionen Franken mehr aus. Sogar der FDP-Polizeidirektor Hans-Jürg Käser sagt, dass es bei Bestellung nicht genügend Polizisten gäbe, die das leisten könnten. Trotzdem fordern Sie im Budget 2010 mehr Polizeipräsenz. Selbst wenn die Stadt Bern so unsicher wäre, wie diese Seite ständig behauptet, ist fraglich, ob das Problem durch mehr Polizeistunden zu lösen sei. Das hiesse reine Symptombekämpfung, wie diese Seite sie in anderen Dossiers immer kritisiert.

Um Gewalt und Kriminalität an der Wurzel zu bekämpfen, muss man andernorts ansetzen: Bei der Erziehung und der Prävention, bei der Schaffung von Freizeit- und Sportangeboten und bei richtigen Rahmenbedingungen bspw. einer lebendigen Altstadt. Leider wird diesbezüglich von der Regierungsstatthalterin Regula Mader eher das Gegenteil unternommen, offenbar will man die Stadt lieber entleben statt beleben. Es fragt sich, ob die bereits vorhandenen Polizisten nicht auf eine andere Art durch die Stadt patrouillieren könnten. Statt mit dem Auto oder wie neuerdings hoch zu Ross könnten sie mit dem Velo durch die Stadt fahren, so wären sie mobiler, schneller und näher bei den Leuten. Es gäbe noch andere Ideen wie zum Beispiel die Aufstockung von Pinto, die man anstelle einer pauschalen Erhöhung der Polizeipräsenz umsetzen könnte. Wie heute in der Zeitung zu lesen war, hat sich der Gemeinderat bereit erklärt in einem vernünftigen Ausmass schrittweise die Polizeipräsenz zu erhöhen und gleichzeitig andere Instrumente wie auch Pinto auszubauen. Wir erachten diesen Weg als zielführender und werden dies unterstützen. Für das Budget 2010 besteht aus unserer Sicht kein Handlungsbedarf. Wir werden darum die Anträge 45, 46 und 49 ablehnen, die Anträge der FSU nehmen wir an.

Bernhard Eicher (JF): Als Replik auf das eben gefallene Votum: Mit der Erhöhung bei der Polizeipräsenz wollen wir aufzeigen, dass unser Budget mit der Initiative konsistent ist, dass dies finanzierbar ist. Darum geht es. Klar ist, dass die 5.1 Millionen Franken nicht im nächsten Jahr 1:1 eingesetzt werden können. Das ist nicht tragisch, einen Überschuss werden wir in den Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrages einbringen. Wir haben den Ehrgeiz, wenn wir ein Alternativbudget ausarbeiten und präsentieren, dass es auch konsistent ist mit unseren sonstigen politischen Forderungen. Wie wir aufzeigen, ist es auch mit der Initiative der FDP für mehr Sicherheit noch möglich, eine Steuersenkung von 1.54 auf 1.49 durchzuführen.

Rudolf Friedli (SVP): Es ist Symptombekämpfung, wenn wir die Polizeipräsenz erhöhen, darin gebe ich Jan Flückiger recht. Mir ist aber egal, unter welchem Titel ich geschützt werde, Hauptsache ist, dass ich nicht invalide geprügelt werde beim abendlichen Gang durch eine Gasse. Viele Leute fühlen sich nicht mehr sicher. Das ist eine Tatsache und lässt sich nicht mit der Aussage abtun, das sei subjektiv, objektiv sei es nicht so. Es gibt Leute, die nicht mehr in die Stadt gehen, weil sie Angst haben. Es ist eine der Grundaufgaben des Staates dafür zu sorgen, dass dies nicht geschieht.

Philippe Müller (FDP): Es geht um Bekämpfung von Symptomen, von Auswüchsen mit Verletzten und Zusammengeschlagenen. Das ist wichtig. Das Grüne Bündnis zitiert glorreiche Umfragen, die feststellen, wie toll es in Bern sei. Dagegen steht die Tatsache, dass die Kriminalität in Bern in verschiedenen Fällen über mehrere Jahre höher als in Zürich oder Genf ist. Wenn man lieber, zusammen mit der eigenen Gemeinderätin, die Polizei einsetzt, um zu sehen, wann die Leute ihre Abfallsäcke hinausstellen, statt für die Sicherheit zu sorgen, dann bekommt man ein Problem. Es ist eine Tatsache, dass die Delikte gegen Leib und Leben seit 1990 um über 500 Prozent zugenommen haben. Dagegen nützt unbestritten nur die Polizei. Auch die beste Erziehung und andere gute Sachen, die Sie wohl befehlen wollen, nützen nichts gegen Schlägerbanden, die einfach mal den Platz freiräumen wollen, wenn sie aus der Disco kommen. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, denn das geht ab hier in Bern. Sie können es der Zeitung entnehmen: Das geht jetzt ab und am nächsten Wochenende auch wieder.

- Der Stadtrat verschiebt die Fortsetzung der Debatte und die Traktanden 2 und 3 auf die Sitzung vom 17. September 2009. -

Eingänge

Es werden zwei Dringliche Motionen, eine Motion, ein Postulat, eine Interpellation und zwei Kleine Anfragen eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

1. Dringliche Motion Fraktion SVPplus (Peter Wasserfallen, SVP): Parkpflegewerk Elfenau – Nein danke!
2. Dringliche Motion Fraktion FDP (Pascal Rub): Kein „Musik Theater Bern“ ohne Haus!
3. Motion Aufsichtskommission AK (Annette Lehmann, SP/Hans Peter Aeberhard, FDP): Auswirkungen der Initiative "200'000.00 Franken sind genug" auf die Besetzung von Kaderstellen – Prüfung alternativer Lohnsystemmodelle
4. Postulat Fraktion SP/JUSO (Gisela Vollmer, SP): Bundesterrasse in der Nacht schliessen?
5. Interpellation Fraktion SVPplus (Peter Wasserfallen, SVP): Parkpflegewerk Elfenau – Fragen über Fragen
6. Kleine Anfrage (Peter Wasserfallen, SVP): Begegnungszone Robinsonweg – Was ist los?!
7. Kleine Anfrage (Peter Wasserfallen, SVP): Veranstaltungs- und Zirkusplatz Grosse Allmend – Stand der Dinge

Schluss der Sitzung: 23.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Ueli Haudenschild*

Die Protokollführerin: *Barbara Waelti*

Namenslisten zu den Abstimmungen während der Grundsatzdebatte 13.30 bis 15.30 Uhr im Jardin

Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag der Fraktion SVPplus ab (14 Ja, 48 Nein).

Abstimmung mit Namensaufruf

Mit Ja stimmen: Hans Peter Aeberhard, Manfred Blaser, Bernhard Eicher, Rudolf Friedli, Jacqueline Gafner Wasem, Erich J. Hess, Jimmy Hofer, Mario Imhof, Dannie Jost, Philippe Müller, Pascal Rub, Peter Wasserfallen, Thomas Weil, Christoph Zimmerli

Mit Nein stimmen: Cristina Anliker-Mansour, Vinzenz Bartlome, Giovanna Battagliero, Thomas Begert, Kathrin Bertschy, Henri-Charles Beuchat, Conradin Conzetti, Regula Fischer, Jan Flückiger, Urs Frieden, Thomas Göttin, Guglielmo Grossi, Beat Gubser, Kurt Hirsbrunner, Natalie Imboden, Stefan Jordi, Ruedi Keller, Michael Köpfli, Vania Kohli, Peter Künzler, Lea Kusano, Annette Lehmann, Edith Leibundgut, Daniela Lutz-Beck, Ursula Marti, Corinne Mathieu, Claudia Meier, Christine Michel, Patrizia Mordini, Nadia Omar, Stéphanie Penher, Rahel Ruch, Hasim Sancar, Emine Sariaslan, Martin Schneider, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Tanja Sollberger, Hasim Sönmez, Barbara Streit-Stettler, Luzius Theiler, Gisela Vollmer, Nicola von Greyerz, Tanja Walliser, Béatrice Wertli, Manuel C. Widmer, Rolf Zbinden, Beat Zobrist

Enthaltungen: -

Abwesend: Michael Aebersold, Rania Bahnan Buechi, Lea Bill, Peter Bühler, Rithy Chheng, Dolores Dana, Susanne Elsener, Tania Espinoza, Simon Glauser, Claude Grosjean, Leyla Gül, Ueli Jaisli, Daniel Klauser, Robert Meyer, Martin Trachsel, Aline Trede, Markus Wyss

Präsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag GFL auf eine Blockweise Diskussion zu (48 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltung).

Abstimmung mit Namensaufruf

Mit Ja stimmen: Michael Aebersold, Cristina Anliker-Mansour, Rania Bahnan Buechi, Vinzenz Bartlome, Giovanna Battagliero, Kathrin Bertschy, Henri-Charles Beuchat, Lea Bill, Conradin Conzetti, Regula Fischer, Jan Flückiger, Urs Frieden, Thomas Göttin, Guglielmo Grossi, Kurt Hirsbrunner, Natalie Imboden, Stefan Jordi, Ruedi Keller, Daniel Klauser, Michael Köpfli, Vania Kohli, Peter Künzler, Lea Kusano, Annette Lehmann, Edith Leibundgut, Daniela Lutz-Beck, Ursula Marti, Corinne Mathieu, Claudia Meier, Christine Michel, Patrizia Mordini, Nadia Omar, Stéphanie Penher, Rahel Ruch, Hasim Sancar, Emine Sariaslan, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Tanja Sollberger, Hasim Sönmez, Barbara Streit-Stettler, Luzius Theiler, Gisela Vollmer, Nicola von Greyerz, Tanja Walliser, Béatrice Wertli, Manuel C. Widmer, Beat Zobrist

Mit Nein stimmen: Hans Peter Aeberhard, Manfred Blaser, Bernhard Eicher, Rudolf Friedli, Jacqueline Gafner Wasem, Beat Gubser, Erich J. Hess, Jimmy Hofer, Mario Imhof, Dannie Jost, Philippe Müller, Pascal Rub, Peter Wasserfallen, Thomas Weil, Rolf Zbinden, Christoph Zimmerli

Enthaltungen: Martin Schneider

Abwesend: Thomas Begert, Peter Bühler, Rithy Chheng, Dolores Dana, Susanne Elsener, Tania Espinoza, Simon Glauser, Claude Grosjean, Leyla Gül, Ueli Jaisli, Robert Meyer, Martin Trachsel, Aline Trede, Markus Wyss

Präsident Ueli Haudenschild stimmt nicht.

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-17:47 - 032

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Position. Includes names like Aebersold, Aniker Mansour, Bahnan Bächli, etc.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Position. Includes names like Vollmer, Grela, von Greyerz, Walliser, etc.

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-17:47 - 033

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Position. Includes names like Aeberhard, Hanspeter, Bartome, Vinzenz, Begart, etc.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Position. Includes names like Klausner, Daniel, Köpfl, Michael, Künzler, etc.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 17:47:17

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 17:47:58

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-18:08 - 034

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Position. Includes names like Blaser, Manfred, Fischer, Regula, Friedli, etc.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Position. Includes names like Mordini, Patrizia, Omar, Nadia, Penher, etc.

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-18:17 - 035

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Position. Includes names like Aeberhard, Hanspeter, Aebersold, Michael, Bahnan Bächli, etc.

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, and Position. Includes names like Rub, Pascal, Ruch, Rahel, Sancar, etc.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 18:08:41

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 18:17:36

Stadtrat der Stadt Bern

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Includes names like Aeberhard, Hanspeter, FDP, Nein.

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-21:05 - 052

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Includes names like Meier, Claudia, BDP, Nein.

Stadtrat der Stadt Bern

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Includes names like Aeberhard, Hanspeter, FDP, Ja.

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-21:05 - 053

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Includes names like Leibundgut, Edith, CVP, Ja.

**** Präsidentin stimmt nicht

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 21:05:27

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 21:05:58

Stadtrat der Stadt Bern

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Includes names like Aebersold, Michael, SP, Nein.

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-21:30 - 054

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Includes names like Schuler, Rolf, SP, Nein.

Stadtrat der Stadt Bern

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Includes names like Aebersold, Michael, SP, Nein.

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-21:31 - 055

Table with 4 columns: Name, Party, Vote, Result. Includes names like Zbinden, Rolf, PDA, Nein.

**** Präsidentin stimmt nicht

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 21:31:03

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 21:31:56

Anhang zu Protokoll Nr. 25 | Stadtratssitzung, 10. September 2009

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-21:42 - 060

Table with 4 columns: Name, Party, and two columns for 'Nein' votes.

Table with 4 columns: Name, Party, and two columns for 'Nein' votes.

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-21:43 - 061

Table with 4 columns: Name, Party, and two columns for 'Nein' votes.

Table with 4 columns: Name, Party, and two columns for 'Nein' votes.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 10.09.2009 21:42:50

Datum / Zeit des Ausdruckles: 10.09.2009 21:43:20

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-21:43 - 062

Table with 4 columns: Name, Party, and two columns for 'Nein' votes.

Table with 4 columns: Name, Party, and two columns for 'Nein' votes.

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-21:44 - 063

Table with 4 columns: Name, Party, and two columns for 'Nein' votes.

Table with 4 columns: Name, Party, and two columns for 'Nein' votes.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckles: 10.09.2009 21:44:09

Datum / Zeit des Ausdruckles: 10.09.2009 21:44:37

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 10.09.2009-21:44 - 064

Aeberhard Hanspeter FDP Nein
Blaser Manfred SVP Nein
Dana Dolores FDP Nein
Eicher Bernhard JF Nein
Friedli Rudolf SVP Nein
Gubser Beat EDU Nein
Hess Erich J. JSVP Nein
Hofer Jimmy parteilos Nein
Imhof Mario FDP Nein
Jaisli Ueli SVP Nein
Jost Dannie FDP Nein
Wasserfallen Peter SVP Nein
Zimmerli Christoph FDP Nein
Anliker Mansour Cristina GB Ja
Bahnan Buechi Rania GFL Ja
Barlome Vinzenz BDP Ja
Battagliero Giovanna SP Ja
Begert Thomas BDP Ja
Bertschy Kathrin GLP Ja
Beuchat Henri-Charles CVP Ja
Bill Lea JAI Ja
Chheng Rithy SP Ja
Conzetti Conradin GFL Ja
Elsener Susanne GFL Ja
Espinoza Tania GFL Ja
Fischer Regula GPB-DA Ja
Flückiger Jan GLP Ja
Frieden Urs GB Ja
Götsch Thomas SP Ja
Grosjean Claude parteilos Ja
Grossi Guglielmo SP Ja
Hirsbrunner Kurt BDP Ja
Imboden Natalie GB Ja
Jordi Stefan SP Ja
Keller Ruedi SP Ja
Klausser Daniel GFL Ja
Kohli Vania BDP Ja
Köpfli Michael GLP Ja
Künzler Peter GFL Ja
Kusano Lea SP Ja

Lehmann Annette SP Ja
Leibundgut Edith CVP Ja
Lutz-Beck Daniela GFL Ja
Marti Ursula SP Ja
Mathieu Corinne SP Ja
Meier Claudia BDP Ja
Michel Christine GB Ja
Mordini Patrizia SP Ja
Omair Nadia GFL Ja
Penher Stéphanie GB Ja
Ruch Rahel JAI Ja
Sariaslan Emine GB Ja
Schuler Rolf SP Ja
Sollberger Tanja GLP Ja
Sönmez Hasim SP Ja
Streit-Stettler Barbara EVP Ja
Theiler Luzius GPB-DA Ja
Vollmer Gisela SP Ja
von Greyerz Nicola SP Ja
Walliser Tanja SP Ja
Werth Béatrice CVP Ja
Widmer Manuel C. GFL Ja
Zbinden Rolf PdA Ja
Zobrist Beat SP Ja
Weil Thomas SVP Enth.
Haudenschild Ueli FDP ****
Aebersold Michael SP
Bühler Peter SVP
Gafner Jacqueline FDP
Glauser Simon SVP
Gül Leyla SP
Meyer Robert SD
Müller Philippe FDP
Rub Pascal FDP
Sancar Hasim GB
Schneider Martin parteilos
Schwarz Miriam SP
Trachsel Martin EVP
Trede Aline GB
Wyss Markus BDP

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 10.09.2009-22:10 - 065

Aebersold Michael SP Nein
Anliker Mansour Cristina GB Nein
Battagliero Giovanna SP Nein
Bill Lea JAI Nein
Chheng Rithy SP Nein
Fischer Regula GPB-DA Nein
Frieden Urs GB Nein
Götsch Thomas SP Nein
Grossi Guglielmo SP Nein
Imboden Natalie GB Nein
Jordi Stefan SP Nein
Keller Ruedi SP Nein
Kusano Lea SP Nein
Lehmann Annette SP Nein
Marti Ursula SP Nein
Mathieu Corinne SP Nein
Michel Christine GB Nein
Mordini Patrizia SP Nein
Penher Stéphanie GB Nein
Ruch Rahel JAI Nein
Sancar Hasim GB Nein
Sariaslan Emine GB Nein
Schuler Rolf SP Nein
Schwarz Miriam SP Nein
Sönmez Hasim SP Nein
Theiler Luzius GPB-DA Nein
Vollmer Gisela SP Nein
von Greyerz Nicola SP Nein
Walliser Tanja SP Nein
Zbinden Rolf PdA Nein
Zobrist Beat SP Nein
Aeberhard Hanspeter FDP Ja
Bahnan Buechi Rania GFL Ja
Barlome Vinzenz BDP Ja
Begert Thomas BDP Ja
Bertschy Kathrin GLP Ja
Beuchat Henri-Charles CVP Ja
Blaser Manfred SVP Ja
Conzetti Conradin GFL Ja
Dana Dolores FDP Ja

Eicher Bernhard JF Ja
Elsener Susanne GFL Ja
Espinoza Tania GFL Ja
Flückiger Jan GLP Ja
Friedli Rudolf SVP Ja
Gafner Jacqueline FDP Ja
Grosjean Claude parteilos Ja
Gubser Beat EDU Ja
Hess Erich J. JSVP Ja
Hirsbrunner Kurt BDP Ja
Hofer Jimmy parteilos Ja
Imhof Mario FDP Ja
Jaisli Ueli SVP Ja
Jost Dannie FDP Ja
Klausser Daniel GFL Ja
Kohli Vania BDP Ja
Köpfli Michael GLP Ja
Künzler Peter GFL Ja
Lutz-Beck Daniela GFL Ja
Meier Claudia BDP Ja
Müller Philippe FDP Ja
Omair Nadia GFL Ja
Rub Pascal FDP Ja
Schneider Martin parteilos Ja
Sollberger Tanja GLP Ja
Streit-Stettler Barbara EVP Ja
Trachsel Martin EVP Ja
Wasserfallen Peter SVP Ja
Weil Thomas SVP Ja
Werth Béatrice CVP Ja
Widmer Manuel C. GFL Ja
Zimmerli Christoph FDP Ja
Haudenschild Ueli FDP ****
Bühler Peter SVP
Glauser Simon SP
Gül Leyla SP
Meyer Robert SD
Trede Aline GB
Wyss Markus BDP

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 21:45:06

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 22:10:18

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 10.09.2009-22:10 - 066

Aebersold Michael SP Nein
Anliker Mansour Cristina GB Nein
Bahnan Buechi Rania GFL Nein
Barlome Vinzenz BDP Nein
Battagliero Giovanna SP Nein
Begert Thomas BDP Nein
Bertschy Kathrin GLP Nein
Beuchat Henri-Charles CVP Nein
Bill Lea JAI Nein
Chheng Rithy SP Nein
Conzetti Conradin GFL Nein
Elsener Susanne GFL Nein
Espinoza Tania GFL Nein
Fischer Regula GPB-DA Nein
Flückiger Jan GLP Nein
Frieden Urs GB Nein
Götsch Thomas SP Nein
Grossi Guglielmo SP Nein
Hirsbrunner Kurt BDP Nein
Imboden Natalie GB Nein
Jordi Stefan SP Nein
Keller Ruedi SP Nein
Klausser Daniel GFL Nein
Kohli Vania BDP Nein
Köpfli Michael GLP Nein
Künzler Peter GFL Nein
Kusano Lea SP Nein
Lehmann Annette SP Nein
Leibundgut Edith CVP Nein
Lutz-Beck Daniela GFL Nein
Marti Ursula SP Nein
Mathieu Corinne SP Nein
Michel Christine GB Nein
Mordini Patrizia SP Nein
Omair Nadia GFL Nein
Penher Stéphanie GB Nein
Ruch Rahel JAI Nein
Sancar Hasim GB Nein
Sariaslan Emine GB Nein
Schneider Martin parteilos Nein

Schuler Rolf SP Nein
Schwarz Miriam SP Nein
Sollberger Tanja GLP Nein
Sönmez Hasim SP Nein
Streit-Stettler Barbara EVP Nein
Theiler Luzius GPB-DA Nein
Trachsel Martin EVP Nein
Vollmer Gisela SP Nein
von Greyerz Nicola SP Nein
Walliser Tanja SP Nein
Werth Béatrice CVP Nein
Widmer Manuel C. GFL Nein
Zbinden Rolf PdA Nein
Zobrist Beat SP Nein
Aeberhard Hanspeter FDP Ja
Blaser Manfred SVP Ja
Dana Dolores FDP Ja
Eicher Bernhard JF Ja
Friedli Rudolf SVP Ja
Gafner Jacqueline FDP Ja
Gubser Beat EDU Ja
Hess Erich J. JSVP Ja
Hofer Jimmy parteilos Ja
Jaisli Ueli SVP Ja
Jost Dannie FDP Ja
Müller Philippe FDP Ja
Rub Pascal FDP Ja
Wasserfallen Peter SVP Ja
Weil Thomas SVP Ja
Zimmerli Christoph FDP Ja
Grosjean Claude parteilos Enth.
Meier Claudia BDP Enth.
Haudenschild Ueli FDP ****
Bühler Peter SVP
Glauser Simon SVP
Gül Leyla SP
Imhof Mario FDP
Meyer Robert SD
Trede Aline GB
Wyss Markus BDP

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern
Abstimmungsprotokoll mit Namensliste
Abst.Nr.: 10.09.2009-22:11 - 067

Aebersold Michael SP Nein
Bahnan Buechi Rania GFL Nein
Barlome Vinzenz BDP Nein
Battagliero Giovanna SP Nein
Begert Thomas BDP Nein
Bertschy Kathrin GLP Nein
Beuchat Henri-Charles CVP Nein
Bill Lea JAI Nein
Chheng Rithy SP Nein
Conzetti Conradin GFL Nein
Elsener Susanne GFL Nein
Espinoza Tania GFL Nein
Fischer Regula GPB-DA Nein
Flückiger Jan GLP Nein
Frieden Urs GB Nein
Götsch Thomas SP Nein
Grosjean Claude parteilos Nein
Grossi Guglielmo SP Nein
Gubser Beat EDU Nein
Hirsbrunner Kurt BDP Nein
Imboden Natalie GB Nein
Jordi Stefan SP Nein
Keller Ruedi SP Nein
Klausser Daniel GFL Nein
Kohli Vania BDP Nein
Köpfli Michael GLP Nein
Künzler Peter GFL Nein
Kusano Lea SP Nein
Lehmann Annette SP Nein
Leibundgut Edith CVP Nein
Lutz-Beck Daniela GFL Nein
Marti Ursula SP Nein
Mathieu Corinne SP Nein
Meier Claudia BDP Nein
Michel Christine GB Nein
Mordini Patrizia SP Nein
Omair Nadia GFL Nein
Penher Stéphanie GB Nein
Ruch Rahel JAI Nein
Sancar Hasim GB Nein

Sariaslan Emine GB Nein
Schneider Martin parteilos Nein
Schuler Rolf SP Nein
Schwarz Miriam SP Nein
Sollberger Tanja GLP Nein
Sönmez Hasim SP Nein
Streit-Stettler Barbara EVP Nein
Theiler Luzius GPB-DA Nein
Trachsel Martin EVP Nein
Vollmer Gisela SP Nein
von Greyerz Nicola SP Nein
Walliser Tanja SP Nein
Widmer Manuel C. GFL Nein
Zbinden Rolf PdA Nein
Zobrist Beat SP Nein
Aeberhard Hanspeter FDP Ja
Blaser Manfred SVP Ja
Dana Dolores FDP Ja
Eicher Bernhard JF Ja
Friedli Rudolf SVP Ja
Gafner Jacqueline FDP Ja
Hess Erich J. JSVP Ja
Hofer Jimmy parteilos Ja
Imhof Mario FDP Ja
Jaisli Ueli SVP Ja
Jost Dannie FDP Ja
Müller Philippe FDP Ja
Rub Pascal FDP Ja
Wasserfallen Peter SVP Ja
Weil Thomas SVP Ja
Zimmerli Christoph FDP Ja
Haudenschild Ueli FDP ****
Anliker Mansour Cristina GB
Bühler Peter SVP
Glauser Simon SVP
Gül Leyla SP
Meyer Robert SD
Trede Aline GB
Werth Béatrice CVP
Wyss Markus BDP

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 22:10:45

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 22:11:16

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-22:45 - 072

Table with 4 columns: Name, Party, Response, Status. Lists members of the Bern City Council and their votes on proposal 072.

Table with 4 columns: Name, Party, Response, Status. Continues the list of members and their votes on proposal 072.

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-22:45 - 073

Table with 4 columns: Name, Party, Response, Status. Lists members of the Bern City Council and their votes on proposal 073.

Table with 4 columns: Name, Party, Response, Status. Continues the list of members and their votes on proposal 073.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 22:45:23

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 22:46:00

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-22:46 - 074

Table with 4 columns: Name, Party, Response, Status. Lists members of the Bern City Council and their votes on proposal 074.

Table with 4 columns: Name, Party, Response, Status. Continues the list of members and their votes on proposal 074.

**** Präsidentin stimmt nicht

Stadtrat der Stadt Bern

Abstimmungsprotokoll mit Namensliste

Abst.Nr.: 10.09.2009-22:47 - 075

Table with 4 columns: Name, Party, Response, Status. Lists members of the Bern City Council and their votes on proposal 075.

Table with 4 columns: Name, Party, Response, Status. Continues the list of members and their votes on proposal 075.

**** Präsidentin stimmt nicht

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 22:46:21

Datum / Zeit des Ausdruckes: 10.09.2009 22:47:48